

rechnungshofes über das Projekt "noeHIT – niederösterreichische Heime Informations Technologie" (Bericht 10/2015).

Berichterstatter: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 445).

- 7.4. Ltg. 795/B-1/38: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes über Finanzierung des Landes NÖ im Wirkungsbereich des Bundes, Nachkontrolle (Bericht 11/2015).

Berichterstatter: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 445).

- 7.5. Ltg. 821/B-1/39: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes über Betriebsführung und Verwaltung der NÖ Landeskliniken (Bericht 12/2015).

Berichterstatter: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 445).

Redner zu 7.1. – 7.5.: Abg. Hahn MEd (Seite 445), Abg. Rosenmaier (Seite 446), Abg. Landbauer (Seite 448), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 449), Abg. Dworak (Seite 451), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 451), Abg. Thumpser MSc (Seite 452), Abg. Dipl.Ing. Eigner (Seite 453), Abg. Ing. Huber (Seite 454), Abg. Dr. Laki (Seite 456), Abg. Onodi (Seite 456), Abg. Ing. Haller (Seite 457).

Abstimmung (Seite 458).

(alle Geschäftsstücke einstimmig angenommen.)

8. Ltg. 786-1/A-3/94: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Bader und Ing. Huber betreffend Sicherstellung der notärztlichen Versorgung.

Berichterstatterin: Abg. Hahn MEd (Seite 459).

Redner: Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 459), Abg. Waldhäusl (Seite 460), Abg. Mag. Scheele (Seite 461), Abg. Bader (Seite 461), Abg. Ing. Huber mit Abänderungsantrag (Seite 463).

Abstimmung (Seite 464).

(Geschäftsstück einstimmig angenommen; Abänderungsantrag nicht abgestimmt.)

9. Ltg. 777-1/A-3/88, Ltg. 778-1/A-3/89, Ltg. 780-1/A-3/91: Antrag des Sozial-Ausschusses zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer und Landbauer betreffend umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Seniorenbereich.

Berichterstatterin: Abg. Hinterholzer (Seite 464).

Redner: Abg. Naderer mit Abänderungsantrag (Seite 465), Abg. Enzinger MSc (Seite 469), Abg. Königsberger mit Zusatzantrag betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – Unsoziale Verschlechterungen beim Bezug des Pflegegeldes sofort aufheben und Zusatzantrag betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – Neues Bonus-System zur Verringerung der Altersarbeitslosigkeit (Seite 469), Abg. Vladyka mit Zusatzantrag betreffend Beschäftigung und Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen (Seite 472), Abg. Erber MBA (Seite 474).

Abstimmung (Seite 476).

(Abänderungsantrag nicht abgestimmt; Geschäftsstück angenommen: Zustimmung ÖVP, FRANK, FPÖ, GRÜNE, Ablehnung SPÖ;

Zusatzantrag Abg. Königsberger betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – Unsoziale Verschlechterungen beim Bezug des Pflegegeldes sofort aufheben abgelehnt: Zustimmung FRANK, FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, GRÜNE;

Zusatzantrag Abg. Königsberger betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – Neues Bonus-System zur Verringerung der Altersarbeitslosigkeit abgelehnt: Zustimmung FRANK (Abg. Naderer, Abg. Gabmann), FPÖ, GRÜNE, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Abg. Dr. Laki;

Zusatzantrag Abg. Vladyka abgelehnt: Zustimmung SPÖ, Abg. Dr. Laki, GRÜNE, Ablehnung ÖVP, FRANK (Abg. Naderer, Abg. Gabmann), FPÖ.)

10. Ltg. 800/A-5/153: Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Königsberger an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend finanzielle Probleme im Zivilschutzverband NÖ.

Redner: Abg. Königsberger mit Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen (Seite 476), Abg. Kainz mit Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen (Seite 477), Abg. Waldhäusl (Seite 478).

Abstimmung (Seite 479).

(Antrag Abg. Kainz angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FRANK, Ablehnung FPÖ, GRÜNE.)

11. 789/A-5/151: Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrätin Mag. Schwarz betreffend Landesförderung für Kinderbetreuerinnen.

Redner: Abg. Waldhäusl mit Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen (Seite 479), Abg. Dworak (Seite 480), Abg. Moser mit Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen (Seite 480).

Abstimmung (Seite 481).

(Antrag Abg. Dworak angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FRANK, Ablehnung FPÖ, GRÜNE.)

* * *

Präsident Ing. Penz (um 13.00 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Frau Abgeordnete Tröls-Holzweber wegen Krankheit und Herr Abgeordneter Dr. Machacek ebenfalls wegen Krankheit. Frau Abgeordnete Dr. Petrovic wird ab 16.30 Uhr als entschuldigt gelten, es gibt hier einen privaten Grund. Und entschuldigt ist auch von der heutigen Sitzung Frau Landesrätin Dr. Bohuslav. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und ich erkläre sie für genehmigt.

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

Ltg. 823/A-3/98 - Antrag der Abgeordneten Ing. Huber, Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Aufhebung der Pflichtsprengel für die Schulform Neue NÖ Musikmittelschule und NÖ Sportmittelschule – wird dem Bildungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 827/B-2/26 - Bericht des Rechnungshofes vom 28.12.2015 betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2014; Internationales (Reihe Niederösterreich 2015/12) – wird dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 830/E-1/20 - Eingabe der Stadtgemeinde Klosterneuburg vom 4.1.2016 betreffend Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung – wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 831/B-53/2 - Bericht der Landesregierung vom 12.1.2016 betreffend Veranlagung der NOE Fonds im Geschäftsjahr 2014/15 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 832/A-1/61 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes 2015 (NÖ FG 2015) – wird dem Kommunal-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 833/A-1/62 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend Änderung der NÖ Landarbeiterkammer-Wahlordnung – wird dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 834/E-1/21 - Eingabe der Marktgemeinde Kautzen vom 4.12.2015 betreffend Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung – wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 836/A-3/99 - Antrag der Abgeordneten Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Einführung des „NÖ Erziehungsgeldes“ – wird dem Sozial-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 837/A-8/39 - Antrag der Abgeordneten Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber u.a.

gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagsitzung am 28.1.2016 zum Thema: „Keine Kriminalisierung der NÖ Waffenbesitzer“.

Ltg. 813/A-3/97 - Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Waldhäusl u.a. betreffend Auszahlung der Gehälter und Weihnachtsgelder an die MitarbeiterInnen der insolventen Zielpunkt-Kette noch in diesem Jahr – Antrag wurde am 19. Jänner 2016 zurückgezogen.

Anfragen:

Ltg.-824/A-4/126 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmann-Stv. Mag. Sobotka betreffend Kosten für Veranlagungsmanagement FIBEG.

Ltg. 825/A-5/157 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend 100% Ökostrom bilanziell in Niederösterreich.

Ltg. 826/A-4/127 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmann-Stv. Mag. Sobotka betreffend Präsentation des Veranlagungsrisikos mittels Sharp Ratio.

Ltg. 828/A-5/158 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend Landesstraße B210 Spange Alland Ost.

Ltg. 829/A-4/128 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Landesstraße B210 Spange Alland Ost.

Ltg. 835/A-5/159 - Anfrage der Abgeordneten Gruber an Landesrätin Dr. Bohuslav betreffend Bergerlebniszentren NÖ.

Ltg. 838/A-5/160 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Mag. Wilfing betreffend Ärztenmangel in Niederösterreich.

Anfragebeantwortungen zu Ltg. 789/A-5/151, zu Ltg. 799/A-5/152 von Landesrätin Mag. Schwarz; zu Ltg. 812/A-4/124 von Landeshauptmann-Stv. Mag. Sobotka; zu Ltg. 815/A-5/154 von Landesrat Mag. Wilfing; zu Ltg. 816/A-4/125 von Landeshauptmann-Stv. Mag. Sobotka; zu Ltg. 817/A-5/155, zu Ltg. 818/A-5/156 - von Landesrat Ing. Androsch; zu Ltg. 824/A-4/126 von Landeshauptmann-Stv. Mag. Sobotka; zu Ltg. 825/A-5/157 von Landesrat Dr. Stephan Pernkopf; zu Ltg. 826/A-4/127 von Landeshauptmann-Stv. Mag. Sobotka; zu Ltg. 828/A-5/158 von Landesrat Dr. Stephan Pernkopf; zu Ltg. 829/A-4/128 von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll.

Heute sind noch folgende Geschäftsstücke eingelangt: Ltg. 839/A-1/63, Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes. Diesen Antrag weise ich dem Sozial-Ausschuss zu.

Ltg. 840/E-1/22, Eingabe der Bürgerinitiative „Rettet den Wagram“ betreffend Grünland muss Grünland bleiben. Diesen Antrag weise ich dem Bau-Ausschuss zu.

Die Abgeordneten Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber u.a. haben gemäß § 39 Abs.7 der Geschäftsordnung das Begehren gestellt, dass über die Anfragebeantwortung der Frau Landesrätin Mag. Schwarz betreffend Landesförderung für Kinderbetreuung zu Ltg. 789/A-5/151 eine Debatte durchgeführt wird. Das Begehren ist ausreichend unterstützt. Da der Landtag gemäß § 39 Abs.8 LGO ohne Debatte darüber zu entscheiden hat, ob dieses Begehren auf die Tagesordnung dieser oder der nächsten Sitzung gesetzt wird, bitte ich jene Mitglieder des Hauses, welche für die Abhaltung der Debatte in der heutigen Sitzung sind, sich vom Platz zu erheben. *(Nach Abstimmung:)* Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest. Die Debatte über die Anfragebeantwortung findet am Ende der heutigen Sitzung statt.

Unter Berücksichtigung der ergänzten Tagesordnung wurde die heutige Sitzung insofern eingeleitet als folgende Redezeitkontingentierung gemäß dem Redezeitmodell vom 24. April zwischen den Vertretern der Klubs einvernehmlich festgelegt wurde.

Die Gesamtredezeit beträgt ohne die Aktuelle Stunde 614 Minuten. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses vom 24. April 2013 kommen demnach der ÖVP 239 Minuten, der SPÖ 129 Minuten, der Liste FRANK 86, der FPÖ 80 und den GRÜNEN ebenfalls 80 Minuten Redezeit zu. Für

die Aktuelle Stunde gilt die Verteilung von 100 Minuten zwischen den Fraktionen im Verhältnis von 39:21:14:13:13. Dem Antrag stellenden Klub kommen noch 15 Minuten Redezeit hinzu. Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingentierung fallen.

Mit Schreiben, eingelangt am 21. Jänner 2016, teilt Herr Ing. Johann Hofbauer mit, dass er sein Mandat als Abgeordneter zum NÖ Landtag zurücklegt. Die Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung gibt bekannt, dass auf dieses freigewordene Mandat gemäß § 103 Abs.3 der NÖ Landtagswahlordnung Frau Margit Göll, geboren 1964, wohnhaft in 3970 Moorbach Harbach berufen wird.

Wir kommen daher zur Angelobung eines Mitgliedes des Landtages. Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Ing. Schulz, um Verlesung der Angelobungsformel. *(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)*

Berichterstatter Abg. Ing. Schulz (ÖVP) *(liest):* Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Präsident Ing. Penz: Frau Abgeordneten Göll!

Abg. Göll (ÖVP): Ich gelobe!

Präsident Ing. Penz: Ich gratuliere Frau Abgeordnete Göll sehr herzlich zu dieser Angelobung und wünsche ihr im NÖ Landtag im Interesse auch der Waldviertler Bevölkerung alles Gute und viel Erfolg! *(Beifall im Hohen Hause. – Die Abgeordneten gratulieren der neuen Mandatarin und nehmen danach ihre Plätze ein.)*

Der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich teilt mit Schreiben vom 28. Jänner 2016 mit, dass anstelle von Herrn Abgeordneten Ing. Hofbauer Frau Abgeordnete Margit Göll als Mitglied im Europa-Ausschuss, als Mitglied im Rechnungshof-Ausschuss und als Mitglied im Verkehrs-Ausschuss namhaft gemacht wird.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde Ltg. 837/A-8/39, Antrag der Abgeordneten Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Keine Kriminalisierung der NÖ Waffenbesitzer“. Gemäß § 40 Abs.4 LGO wurde beantragt, die Ak-

tuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Die ÖVP steht geschlossen und diesem Antrag schließen sich auch alle anderen Fraktionen dieses Hauses an. Dieser Antrag ist somit einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Klubobmann Waldhäusl, als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller das Wort zu nehmen. Davor aber darf ich bei uns sehr herzlich auf der Galerie begrüßen eine Delegation der Gemeinde Moorbach Harbach sowie die vierten Klassen der Privathauptschule Mary Ward St. Pölten. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Keine Kriminalisierung der NÖ Waffenbesitzer. Eine Diskussion im Landtag, weil sie erstens aktuell ist und weil es zweitens notwendig ist, hier über jene Anschläge aus der EU zu diskutieren, die unsere niederösterreichischen Bürger, unsere niederösterreichischen Waffenbesitzer treffen. Gleich vorweg: Wir stehen hinter unseren Jägern, wir stehen hinter unseren Sportschützen, und wir stehen hinter jenen ehrbaren Bürgern, die legal eine Waffe besitzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn es nach uns geht, muss auch weiterhin jeder Bürger das Recht haben, das legitime Recht haben, seine Familie, Leib und Leben zu schützen. Geht es nach den Eurokraten, geht es nach Brüssel, soll sich das ändern. Der Erwerb, der Besitz soll sich verschärfen. Ja, es ist sogar angeordnet, Waffen generell zu verbieten. Sagen wir nein! Denn wo kommen wir da hin, wenn in Zeiten steigender Kriminalität man gleichzeitig seitens der Politik die Bürger entwaffnen möchte? Wir wollen aber, dass sich die Politik auch darüber Gedanken macht, wie man den illegalen Besitz und Handel besser kontrollieren kann und hier verschärfend eingreift. Denn hier hat die Politik strengere Maßstäbe anzusetzen. Es kann nicht sein, dass man weiß, dass man ein paar Kilometer im Waldviertel über die tschechische Grenze fährt und sich dort illegal Waffen besorgen kann und die Politik und die Behörden schauen zu. Da gehört angesetzt. Hier muss man schärfer und strenger vorgehen.

All jene Politiker, die meinen, dass der Besitz, der Erwerb einer Waffe auf legalem Wege ein Risiko darstellt, denen möchte ich schon eines mitgeben: Ob es die Terroristen sind und waren, ob es die Bankeinbrecher sind, ob es die Wohnungseinbrecher sind, diese Menschen, diese Täter kom-

men mit illegalen Waffen! Dringen in die Häuser ein, rauben Banken aus oder bringen Menschen um.

Nicht die ehrbaren, legalen Waffenbesitzer, sondern es sind Verbrecher und Mörder mit illegalen Waffen. Und daher auch der Titel keine Kriminalisierung. Denn mit dieser Diskussion, die jetzt ausgelöst wurde, kriminalisiert man jetzt jene ehrbaren Bürger, die Waffen zur Jagd haben, die Sportschießen betreiben oder eben ihr legales Recht wahrnehmen, Leib, Leben und die Familie zu beschützen.

Ich bin mir sicher, dass jeder vernünftige Mensch das auch trennen kann. Wir diskutieren es und wir thematisieren es und wir werden es auch im Landtag noch länger diskutieren, weil wir wissen, dass Handlungsbedarf besteht. Handlungsbedarf und auch dass die Bevölkerung erkennen kann, wer auf welcher Seite steht. Wir stehen nicht auf der Seite von Verbrechern, wir stehen nicht auf der Seite von Mördern, wir stehen nicht auf der Seite von jenen Menschen, die illegal Waffen handeln, besitzen. Sondern wir stehen auf der Seite jener ehrbaren Bürger, die legal Waffen haben und auch künftig erwerben möchten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn es muss von uns, der Politik, sichergestellt werden, dass auch künftig diese Menschen wissen, dass die Politik hinter ihnen steht. Und es ist ein Gebot der Stunde daher, all jene Bürger, Jäger und Sportschützen nicht als Sündenböcke abstempeln zu lassen, sondern tatsächlich laut und mit Nachdruck zu sagen, wir sind froh, dass wir jene Bürger in Niederösterreich haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gabmann.

Abg. Gabmann (FRANK): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Vertreter der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese unfassbaren Gräueltaten mit terroristischem Hintergrund, diese Gewalttaten, die die Zivilgesellschaft heimsuchen: In ganz Europa fühlt sich keine Gesellschaft, keine Zivilgesellschaft mehr sicher und auch nicht unbeteiligt. Aber man darf in solchen Situationen nicht überreagieren! Man darf hier aus diesen Vorkommnissen nicht die falschen Schlüsse ziehen.

Diese völkerwanderungsähnlichen Zustände, wie wir sie jetzt durch diesen Asylstrom sehen,

bewirken nicht nur eine wirtschaftspolitische Unsicherheit, sondern vor allem auch eine sicherheitspolitische Unsicherheit bei unseren Mitbürgern und Landsleuten in Niederösterreich.

Es geht vor allem darum, dass alles Fremde und Neue immer eine gewisse Unsicherheit mit sich bringt. Dies aber jetzt auf die Verbohrtheit oder auf das Unwissen der Mitbürger zu schieben, das wäre verkürzt und unzulässig. Sicherlich wird es auch so sein, dass die minder- und nicht qualifizierten Zuwanderer unseren wirtschaftspolitischen Raum für minder- und nicht qualifizierte Niederösterreicherinnen und Österreicher einengen würden. Und die damit zu befürchtende Arbeitslosigkeit wird möglicherweise auch die Beschaffungskriminalität in die Höhe schrauben.

Alles das führt dazu, dass dieses irrationale Gefühl der Angst, dieses unsensitive Gefühl der Unsicherheit immer stärker kommen wird. Und es wäre geradezu unzulässig und ein Eingriff in Persönlichkeitsrechte, wenn unsere Familien und unsere Bürger nicht über ihre eigenen Abwehrpotenziale und ihre Verteidigungssicherheit und Verteidigungsmöglichkeiten nachdenken sollten.

Wir haben kluge und sichere Gesetze! Man muss eine Zuverlässigkeitsprüfung über sich ergehen lassen, die mittlerweile auch schon 300 Euro kostet. Die Sicherheitsbehörden können ohne Begründung des Hintergrundes die Zuverlässigkeit verweigern. Und eine gewisse Form der Ausbildung an der Waffe ist auch notwendig.

Und es war nicht irgendwer, der 2013 gesagt hat, nach den terroristischen Anschlägen in Nairobi, es war Robert K. Noble, der Generaldirektor von Interpol (2014), der gesagt hat: Es gibt zwei wirkungsvolle Punkte, um eine Zivilgesellschaft zu schützen. Das ist der Waffenbesitz im qualifizierten Zivilistentum. Und das sind Sicherheitsschleusen. Und dieser Meinung sind wir auch.

Sind wir auch, wenn es geht um staatliche Gewalt. Dort wo Regulatoren verletzt werden, egal ob es das Bundesgebiet ist, durch unser Bundesheer, oder die innere Sicherheit, dort, wo morgen wieder habituell gewaltbereite Chaoten, linke Chaoten, einen Ball stören wollen, dort darf der Staat nicht zuschauen. Da muss er seine Gewalt in voller Härte zur Anwendung bringen und der Zivilgesellschaft die Sicherheit garantieren.

In diesem Sinne sind wir gegen einen verschärften Zugang zum Waffenbesitz. Wir sind sicher, dass die Sportschützen, die Jäger und die qualifizierten Zivilisten bei uns wissen, wie man mit

der Waffe umgeht, wie man sie richtig aufbewahrt. Und deswegen bedarf es keiner Änderung. *(Beifall bei FRANK.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Ich kann gleich vorwegschicken, dass ich mich der Meinung meiner Vorredner nicht anschließe. Der Kollege Klubobmann Waldhäusl hat sehr oft von ehrbaren Bürgern - es gibt auch sehr viele ehrbare Bürgerinnen in Niederösterreich - gesprochen und hat in diesem Zusammenhang von Jägern, von Sportschützen gesprochen, die selbstverständlich Waffen verwenden, auch berechtigt Waffen verwenden und in ihrem Besitz haben.

Ich würde mich jetzt selber auch als ehrbaren Bürger in Niederösterreich bezeichnen. Und mir liegt der Schutz meiner Familie, meiner Kinder, meiner Enkelkinder natürlich auch sehr am Herzen. Ich würde nie auf die Idee kommen, mir deswegen eine Waffe zu kaufen und die dafür zu verwenden! Weil ich vertraue zum Beispiel unserer Polizei, die durchaus imstande ist, meine Familie und mich zu schützen, ohne dass ich mir selber eine Waffe kaufen muss. Ich verstehe auch die Argumentation des Kollegen Klubobmann Gabmann nicht, mit der Ausrüstung der Zivilbevölkerung mit Waffen. Aber ich werde noch näher darauf eingehen.

Meiner Meinung nach, meine Damen und Herren, ist in Zeiten wie diesen es so, dass Waffengesetze, egal ob national oder international, nicht streng genug sein können! *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ.)*

Vor allem wenn es um den privaten Gebrauch geht. Die vielen erschreckenden Beispiele sind ja heute schon angeführt worden, wo eben psychisch labile und radikalisierte Menschen, sei es mit legal oder illegal erworbenen Schusswaffen katastrophale Schäden anrichten können. Das ist uns alles bekannt! Derzeit kann man in Österreich legal ein so genanntes halbautomatisches Sturmgewehr des Bundesheeres erwerben. Solche Waffen dienen weder der Jagd noch der Sportausübung, sie ermöglichen im Gegenteil durch große Magazine und rasche Schussraten das gezielte Töten.

Was ich noch dazu gehört habe, dass man diese halbautomatischen Waffen, wenn man technisches Verständnis hat, sehr rasch auch in automatische Waffen umwandeln kann. Also höchst

gefährlich! Hier zu sagen, wir sind gegen eine Verschärfung der Waffengesetze hinsichtlich des Erwerbs, das ist wirklich grob-fahrlässig!

Daher ist es legitim und notwendig, über Veränderungen beim Erwerb von Waffenscheinen und natürlich auch beim Erwerb von Waffen im Privatbereich nachzudenken und sinnvolle Änderungen vorzunehmen, die den Erwerb erschweren oder überhaupt verbieten. Warum nicht verbieten? Wir verbieten einiges in Österreich, was gefährlich ist, was berechtigterweise als gefährlich angesehen wird. Also warum nicht auch das? Um sinnloses Morden und großes Leid für Unschuldige zu vermeiden und unmöglich zu machen!

Es ist auch legitim und man sollte viel öfter darüber reden, wie das mit der Waffenproduktion, mit den Waffenexporten auch in Österreich abläuft. Ob hier die Gesetze wirklich ausreichend sind um Katastrophen zu verhindern. Wer gestern geschaut hat „Zeit im Bild 2“ oder „Weltjournal“, wird bestätigen, dass der Waffenhandel, der Waffenschmuggel im Zusammenhang mit den Terroranschlägen auch die Aufmerksamkeit von Österreich verdiente – und auch von Niederösterreich verdienen würde, um das kritisch zu verfolgen.

Und es kann natürlich nicht Ziel sein, unserer Meinung auch, Menschen, die Waffen für ihren Beruf brauchen, so wie es bei der Polizei ist, oder zur sportlichen Betätigung zu kriminalisieren oder in Verruf zu bringen. Na selbstverständlich ist das nicht der Sinn und Zweck oder unser Anliegen, das zu tun. Aber das muss man auseinanderhalten und nicht mit ehrbaren Bürgerinnen und Bürgern vermischen. Und das Eine ja und das Andere nein, das passt irgendwie nicht. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Trotzdem ist es auch in diesem Bereich notwendig, Mechanismen zu gestalten, die es ja auch schon gibt, aber verstärkt zu gestalten: Periodische Überprüfungen vorzunehmen um zu gewährleisten, dass diese Menschen auch ein gutes psychisches Korsett aufweisen, wodurch weitgehend auszuschließen ist, dass Waffen missbräuchlich verwendet werden.

Und wer halbwegs aufmerksam die geschichtlichen Entwicklungen verfolgt, der wird wohl erkennen müssen und auch erkennen, dass Waffen noch nie, wirklich noch nie, nachhaltig Probleme gelöst haben. Eher Probleme hervorrufen. Daher mag der Ruf nach vermehrter Bewaffnung von Kleingeistern als logisch angesehen werden. Und der Besitz von Waffen, der ja angeblich auch ein Symbol der Freiheit darstellt. Also das ist ja für mich überhaupt das Absurdeste. Da geht leider Amerika mit ganz er-

schreckendem Beispiel voran. Ich zitiere, oder ich gebe Ihnen einige Zahlen: Jedes Jahr sterben in Amerika über 30.000 Menschen durch Waffen. Ja? Durch legal erworbene Waffen!

Seit 2001 sind durch Schusswaffen über 400.000 Menschen gestorben. Im Gegensatz dazu 3.500 durch Terroranschläge. Ist auch sehr viel! 400.000 durch legal erworbene Waffen, 3.500 durch Terroranschläge. Jetzt wird natürlich sofort kommen, na bitte, wir sind ja nicht Amerika. Ja, das stimmt, erfreulicherweise stimmt das. Wir haben trotzdem immer wieder sehr viele Dinge aus Amerika übernommen. Und ich warne intensiv davor, das in diesem Bereich auch zu tun.

Wenn ich gelesen habe, dass im Bezirk Gmünd ein Anstieg von Waffenscheinen und Waffenzulassungen zu verzeichnen ist, um die Hälfte im letzten Monat, dann sage ich auch, ja, okay, ich verstehe schon, wenn Leute ihr Sicherheitsgefühl damit verstärken wollen. *(Abg. Waldhäusl: Waffenzulassungen nicht!)*

Dass sie das verstärken wollen mit dem Erwerb von Waffen, das kann ich nicht verstehen. Und wenn ich mir jetzt überlege, Waffenzulassungen, die es ermöglichen, auch Waffen außerhalb des Hauses zu tragen, na super! Fahre ich nach Gmünd, mach dort Urlaub, dann treffe ich auf Leute, die bewaffnet herumlaufen. So wie ich es gestern im Fernsehen auch gesehen habe in Amerika, die einen ... *(Abg. Waldhäusl: Musst nicht nach Gmünd fahren! Bleib daheim!)*

... Nationalpark besetzt haben, und dann dort stehen mit ihren Cowboyhüten und die Hymne singen. Also sowas von geistesgestört, das will ich sicher hier nicht haben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ.)*

Daher alle Kraft, die wir aufwenden sollten, gerade bei der Debatte, die jetzt geführt wird, was Flüchtlinge, was Asylwerberinnen anbelangt, gerade in diesem Bereich alle Kraft und Energie in Solidarisierung um gemeinsam Problemlösungen zu finden. Nicht gegenseitig ausspielen und polarisieren, gemeinsam brauchen wir die Lösungen hier. Wir brauchen und haben eine Polizei, die weiterhin optimal ausgestattet werden muss. Und ein verlässlicher Garant ist - sie ist es und soll es auch weiter bleiben -, die Menschen in Niederösterreich zu schützen. Daher brauch ich nicht in jedem Haus ein Gewehr oder eine Pistole. Sodass Selbstschutz und Selbstjustiz damit kein Thema ist.

Den Angstmachern und Aufhetzern erteilen wir eine klare Absage und reglementieren den Umgang

mit den Waffen, dass die Chance, von Wahnsinnigen getötet, verletzt zu werden, einfach auf ein Mindestmaß reduziert wird. Dankeschön! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Ing. Penz: Weiters zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Von Gimborn.

Abg. Dr. Von Gimborn (FRANK): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte das Thema ein bisschen von einer anderen Seite beleuchten. Weil meiner Meinung nach dürfte die Diskussion der heutigen Stunde unter dem Titel „keine Kriminalisierung der NÖ Waffenbesitzer“ heißen, sondern: Warum fühlen sich die niederösterreichischen Bürger nicht mehr sicher und greifen daher zur Eigeninitiative.

Ich erwähnte schon einmal in meinen Reden, dass nach der Bedürfnispyramide nach Maslow die Sicherheit an oberster Stelle steht. Und darüber wird auch immer wieder geschrieben. Also die Tatsache, dass nach den physiologischen Grundbedürfnissen des Körpers, nämlich Essen, Trinken, Schlafen sofort das Bedürfnis nach Sicherheit kommt. Sicherheit für die eigene Person, Sicherheit für seine Lieben und für sein Territorium, das ist ein archaisches Bedürfnis und ist tief im Menschen verankert.

Und wenn dieses Sicherheitsbedürfnis von außen, sprich durch den Staat, nicht mehr gegeben ist, dann greifen Bürger eben zur Eigeninitiative. Und die Waffe war und ist noch immer das Werkzeug zur Selbstverteidigung, egal ob es eine Keule, eine Heugabel oder eine Schusswaffe ist. Deswegen muss das Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit ernst genommen werden. Denn wie gesagt, diese Sicherheit ist tief in uns verwurzelt.

Hier wird wirklich von manchen Fraktionen mit zweierlei Maß gemessen. Auf der einen Seite gibt es einen Grund für Sicherheitsprobleme und das Bedürfnis nach Sicherheit, einen Flüchtlingsstrom aus anderen Ländern, der sich zu einer never ending Story herauskristallisiert. Auf der anderen Seite erzeugt so ein Massenansturm aber Angst und das Bedürfnis nach Sicherheit bei unseren Bürgern. Wie geht man mit diesen Bedürfnissen unserer Bürger um, frage ich Sie! Man belächelt sie, man hält sie für Spinner, spricht hier von Verschwörungstheorien und man will sie am liebsten aus lauter Gut-Mensch-Politik draußen haben. *(Beifall bei FRANK und der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das geht nicht! Denn das ist diskriminierend! Und es ist nicht nur diskriminierend, es ist auch gefährlich. Man tritt hier die Bedürfnisse der Bürger mit Füßen. Aber vielleicht fordert man sie auf, so wie es in Deutschland schon gemacht wurde, einfach auszuwandern. Das wäre doch eine Option für manche politische Lager, damit sie die Unruhestifter und diejenigen, die einen Waffenbesitzschein oder sogar Waffenpass besitzen, los werden. Nur, das ist für uns keine Option!

Ein Punkt, der mich bei diesem zweierlei Maßnahmen, vor allem in Bezug auf Demokratie- und Sicherheitsbedürfnis, immer wieder irritiert, ist die Tatsache, dass die Sozialistische Jugend es nicht leid wird, jedes Jahr mit Geldern der Bürger riesige Demos gegen den Akademikerball zu mobilisieren. Denn dass diese Demos nicht gewaltfrei verlaufen, das wissen wir. Und sie gefährden die Sicherheit unserer Polizisten, sie gefährden die Sicherheit der Taxifahrer, die ihren Job machen, sie gefährden die Ballgäste, die genauso friedlich feiern wollen wie jeder Gast, ob er jetzt auf einen ÖVP- oder SPÖ-Ball geht, auf einen Zuckerbäckerball oder was auch immer. Und sie gefährden auch die Sicherheit der Bürger, die zufälligerweise des Weges kommen. Und das Eigentum der Wirtschaftstreibenden, die zufälligerweise am Weg der Demonstranten liegen. *(Abg. Razborcan: Und die erschießen wir jetzt?)*

Ja, meine Herren und Damen, ist das rechts? Nein! Aber man wirbt eben mit diesem Recht und dem Slogan „Burschschafter vertreiben – Flüchtlinge bleiben“. Zuerst dachte ich mir, ich hab mich verlesen, die können doch nicht richtig im Kopf sein oder sie sind bekifft. Ja wissen denn diese Jungspunde nicht, dass Burschschafter Akademiker sind, die hier in Österreich zum Teil sehr hohe Positionen bekleiden in Wissenschaft, in Forschung, in Gesundheit und Wirtschaft? Wenn man die vertreiben würde, dann bräche die österreichische Wirtschaft zusammen. *(Beifall bei FRANK.)*

Und da wird wirklich mit ... Was ich meine ist, dass da hier ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Nein! Dass nicht nur ein Mob, unterstützt eben durch eure Jugend, aggressiv werden kann, sondern auch Flüchtlinge und Asylwerber. Weil sie ihre Forderungen nicht erfüllt bekommen.

Und da kommt es dann zu Zusammenrottungen! Und das zeigen ja jüngste Berichte. Ich weiß, dass ihr Realitätsverweigerer seid. Kann auch nichts dafür! Aber die letzten Zeitungsberichte, man braucht dann nur schauen, man braucht nur Be-

richte auch in Deutschland lesen, und das macht den Bürgern Angst. Es geht hier um das Bedürfnis des Bürgers. Und lieber bewaffnen sie sich, ihrem archaischen Prinzip folgend, das wirklich tief verankert ist, als ihre Sicherheitsbedürfnisse den Wortklaubereien wie Obergrenzen, Richtlinien, bauliche Maßnahmen und Türen mit Seitenteilen zu überlassen. *(Beifall bei FRANK, FPÖ und Abg. Hintner.)*

Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist Herr Abgeordneter Weiderbauer zu Wort gemeldet.

Abg. Weiderbauer (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident!

Die Frau Kollegin Dr. Von Gimborn hat gesagt, das Sicherheitsbedürfnis steht in der Bedürfnispyramide nach Maslow an oberster Stelle. Dem ist nicht so! Es steht an vorletzter Stelle. Es gibt insgesamt fünf Stufen. Und an vorletzter Stelle. Leider ein bisschen schlecht recherchiert. Ist ein Detail am Rande. Aber wenn man schon recherchiert und wenn man das bringt, dann sollte man es zumindest richtig bringen. Dankeschön! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Ja, meine Damen und Herren, den Bürokraten in Brüssel, denen stehen wieder einmal die Sorgenfalten auf der Stirne. Aber leider nicht wegen ihres Versagens in der Flüchtlingspolitik, nein, die haben ganz andere Sorgen in Brüssel. Die sind in großer Sorge, dass Terroristen, Einbrechern und Sexualtätern irgendetwas zustoßen könnte bei uns. Und deshalb wollen die das Waffenrecht ein- und beschränken. Terroristen und andere Verbrecher, die will man quasi schützen mit einem Waffenverbot für anständige und für gesetzestreue Bürger. *(Abg. Razborcan: Ich würde dir auch keine geben! – Unruhe bei Abg. Weiderbauer.)*

Kollege Weiderbauer, ich komm dann eh noch auf dich. Ich will dir nur sagen, 66.000 rechtstreue Bürger besitzen in Niederösterreich legal eine behördlich registrierte Waffe. Und 66.000 gesetzestreue Niederösterreicher und noch viele, die sich eine legale Waffe beschaffen werden und wollen, die werden von den EU-Bürokraten kriminalisiert. Und die sollen jetzt entwapfnet werden. Jäger, Sportschützen, Sammler, als auch alle anderen Besitzer von legalen Waffen, insbesondere auch

halbautomatische Waffen wie Pistolen, die will man jetzt enteignen. Selbst wenn diese Waffen jetzt schon jahrzehntelang in deren rechtmäßigen Besitz stehen.

Ja, meine Damen und Herren, da fragt man sich schon, was geht in diesen Gehirnen dieser EU-Verantwortlichen vor sich? Was denken sich die, wenn sie anständige Menschen, wenn sie Jäger, wenn sie Sportschützen, wenn sie Sammler und die anderen, wenn sie in deren Besitz- und Eigentumsrechte eingreifen. Was denken sich diese Herrschaften, wenn sie unseren Bürgern ihr Recht auf Notwehr nehmen wollen? Haben unsere Menschen kein Recht mehr, sich entsprechend zu wehren? Wenn in den eigenen vier Wänden ein Einbrecher steht oder ein Vergewaltiger im Schlafzimmer, wo ist denn da die Polizei, Kollege Rosenmaier, Kollege Weiderbauer, wenn der Einbrecher mit der Waffe im Schlafzimmer steht? (*Unruhe bei den GRÜNEN.*)

Sollen die Überfallenen denen das Nachtkastlamerl nachschießen oder das Buch, das sie gerade lesen? Was sollen denn die tun? Da wird kein Polizist da sein, Kollege Rosenmaier!

Diese ständige Verbotsorgie, die da aus Brüssel kommt, die lässt wirklich nur einen Schluss zu: Diese Menschen dort sind unfähig und die haben wirklich außer warmer Luft nichts drinnen im Oberstübchen, meine Damen und Herren. Und ich sage da eines heute ganz deutlich: Wir Freiheitlichen werden es nicht zulassen, dass Menschen in unserem Land diesem Verbrechergesindel hilf- und schutzlos ausgeliefert werden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und wir werden auch nicht zulassen, dass die Rechte unserer Bürger mit Füßen getreten werden. Und wir werden nicht zulassen, dass Jäger, Sportschützen, Sammler und legale Waffenbesitzer als Kriminelle behandelt werden.

Noch einmal: Jeder Bürger unseres Landes hat das Recht, sein Leben, seine Gesundheit, seine körperliche Unversehrtheit und auch sein Eigentum im Falle gerechter Notwehr zu schützen. Und im Falle der gerechten Nothilfe sogar für andere Personen. Und zwar mit den gleichen Mitteln, mit denen diese Rechtsgüter bedroht werden, Kollege Rosenmaier, mit den gleichen Mitteln, mit denen diese Rechtsgüter bedroht werden. Und dieses Recht werden wir uns von der EU nicht nehmen lassen!

Hohes Haus! Diese, man muss schon sagen, EU-Marionetten, die sollen sich einmal gefälligst

damit beschäftigen, dem illegalen Waffenhandel, dem Waffenschmuggel den Kampf anzusagen. Nicht den rechtstreuen Bürgern, meine Damen und Herren. Die sollen endlich den Terrorismus bekämpfen! Die sollen jene Menschen bekämpfen, die über unsere offenen Grenzen rucksackweise Kalaschnikows hereinschmuggeln. Und nicht die anständigen Staatsbürger, die Jäger, die Sportschützen und alle anderen Besitzer von legalen Waffen. Die lassen ihre Waffen registrieren. Die erwerben sie ehrlich und offiziell. Verbrecher und Terroristen, die besorgen sich ihre Waffen am Schwarzmarkt, ihre Kalaschnikows, ihre Handgranaten, ihre Sprengstoffpackerl, und sicher nicht im Geschäft. Und genau hier gilt es anzusetzen. Schwarzmärkte, illegalen Waffenbesitz, da muss man ansetzen. Das gehört aus der Welt geschafft.

Natürlich nimmt, wie es die Kollegin Gimborn gesagt hat, in Österreich, auch in Niederösterreich, die Nachfrage nach Waffenbesitzkarten, zu. Der Wunsch, eine Waffe zu besitzen, nimmt zu. Aber nicht, weil unsere Bürger von heute auf morgen zu Waffennarren geworden sind, meine Damen und Herren, nein, sicher nicht! Sondern weil unsere Bürger in Angst leben!

In Angst leben vor den Bedrohungsszenarien, die immer ärger werden. Was machen unsere Behörden? Je mehr ansuchen, desto schwerer wird es diesen Menschen gemacht, diese Dokumente auch zu bekommen. Ist wieder einmal klar, unsere Regierung mitsamt ihren Behörden, die üben sich schon wieder in dem vorauseilenden Kadavergehorsam gegenüber dem Brüsseler Kasperltheater.

Meine Damen und Herren, die Entscheidungen dieser Behörden, die treiben gar seltsame Blüten. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, so unglaublich, so lächerlich ist das. Diese Behörden verweigern ausgebildeten Polizeibeamten die Ausstellung eines Waffenpasses. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Polizeibeamten, welche im Dienst Waffenträger sind. Polizeibeamten, welche –zig psychologische Test bestanden haben, die mit dem Waffengebrauchsgesetz auf du und du sind. Denen verweigert man die Ausstellung eines Waffenpasses und damit das Recht, privat eine Faustfeuerwaffe zu führen. Und das, meine Damen und Herren, obwohl sich ein Polizist privat auch in den Dienst stellen muss, wenn er ein Kapitalverbrechen wahrnimmt. Da geht ja wirklich jede Logik den Bach 'runter. Was ist denn das für eine Behörde, die ihren Waffenträgern die Befähigung abspricht, privat eine Waffe zu führen? Und auf der anderen

Seite Indienststellungen verlangt und diese Beamten dann den Verbrechern schutzlos ausliefern will? Was ist das für eine Behörde, meine Damen und Herren? Auch hier gibt's für uns ganz eine klare Forderung und eine klare Ansage: Nach erfolgreicher Ablegung der Dienstprüfung und Übernahme als Beamter ist jedem Polizisten über sein Ansuchen ein Waffenpass auszustellen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Somit ist auch das private Führen einer Faustfeuerwaffe zu genehmigen. Alles andere wäre doch ein glatter Vertrauensmissbrauch der Behörden gegenüber unseren Exekutivorganen. Wir, meine Damen und Herren, wir Freiheitliche, wir vertrauen unseren Polizisten, sei es im Dienst oder sei es privat.

Hohes Haus! Und wenn ich heute zuvor von immer größer werdenden Szenerien der Bedrohung gesprochen habe, so weiß ich schon, das wird uns dann wieder als Polemik, als Angstmache und Panikmache ausgelegt. Aber es zeigen ja die Ereignisse in unseren Nachbarländern leider, sei es Paris, sei es Köln, sei es anderswo, dass sich die Menschen berechtigt Sorgen um ihre Sicherheit machen und auch sorgen um die Zukunft unseres Landes machen.

Die Angst, dass der Terror auch bei uns Einzug hält, dass bewaffnete Einbrecher im Schlafzimmer stehen, wie es erst in Wr. Neustadt vor ein paar Tagen der Fall leider war, ja, diese Sorgen werden immer größer. Und leider berechtigt immer größer.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es oberstes Gebot, illegalem Waffenhandel, illegalem Waffenbesitz den Kampf anzusagen. Von dort geht die Gefahr aus! Und das heißt im Klartext, Grenzen dichtmachen und rigoros kontrollieren. Dadurch kommen ja auch diese Waffen zu uns. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Illegalen Waffenhandel und –besitz bekämpfen, das ist das Gebot der Stunde. Und dazu gehört auch für uns, dass schon beim geringsten Tatverdacht, beim geringsten Tatverdacht Hausdurchsuchungen und Untersuchungen auf Sprengstoffspuren bei diesen Herrschaften durchgeführt werden müssen.

Und zum Schluss noch einmal: Nicht die legalen Waffenbesitzer in unserem Land sind die Verbrecher, sondern jene, die am Schwarzmarkt Waffen handeln, schmuggeln oder sich dort welche aneignen, meine Damen und Herren. Und hier gilt es anzusetzen. Illegalem Besitz von Waffen ist der

Kampf anzusagen. Dieser ist unter höhere Strafen zu stellen. Aber auf der anderen Seite bitte nicht anständige Bürger kriminalisieren, nicht Bürger kriminalisieren, die legal Waffen erwerben und sich an die Gesetze halten.

Meine Damen und Herren! Als letztes: In Zeiten wie diesen ist es nicht angebracht, Waffengesetze zu verschärfen, sondern Waffengesetze zu liberalisieren. Dankeschön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Laki.

Abg. Dr. Laki (FRANK): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Landesregierung! Hohes Haus!

Ich glaube, die Debatte geht heute ein bisschen am richtigen Thema vorbei. Eine Polarisierung zwischen Waffengegnern und Waffenbefürwortern löst die Probleme nicht. Ich bring ein paar Beispiele. Ich habe gehört jetzt von den Grünen über die fürchterlichen Zustände in Amerika, ja, was dort alles für Leute erschossen werden. Auf der anderen Seite muss man sagen, in Johannesburg werden pro 100.000 4 mal so viele Leute erschossen wie in New York. Das hat ja einen Grund. Nämlich der soziale Friede ist das Entscheidende! Wo ein sozialer Friede herrscht, dort brauch ich nicht darüber zu diskutieren.

Ich habe aber auch dazu ein Beispiel. In der Schweiz haben 27 Prozent der Haushalte Waffen. In den Niederlanden 2 Prozent. In beiden ist die Kriminalitätsrate und die Todesrate ganz niedrig. Also es ist unabhängig, ob jetzt große Bewaffnung oder niedrige Bewaffnung: Einzig und allein der soziale Friede.

Und da kann man auch von den Schweizern lernen. Sie haben im Waffengesetz eine Problemgruppe ausgenommen, nämlich die so genannten Einwanderer aus dem Balkan und aus Afrika. Sie haben dort genannt Serbien, Syrien usw. und für die gilt ein strengeres Waffengesetz. Das ist zum Beispiel eine Lösung. Da haben wir wirklich ein Problem jetzt mit der massiven Völkerwanderung, Zuwanderung, die aus einer anderen Region kommen, aus einer anderen Kultur, andere Verhältnisse vor allem zu Frauen haben.

Das ist eine Problemgruppe. Hier bin ich für den verschärften Bereich. Aber grundsätzlich muss ich sagen: Strengeres Waffenrecht für Risikogruppen, aber generell geht diese Polarisierung am Thema vorbei. Sozialer Friede ist das Thema. Dankeschön! *(Beifall bei FRANK.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Razborcan.

Abg. Razborcan (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung!

Ich habe aufmerksam zugehört jetzt bei dieser Debatte. Von den Freiheitlichen war nichts anderes zu erwarten, sonst hätten sie ja diese Aktuelle Stunde nicht eingebracht. Aber ich habe auch sehr aufmerksam zugehört bei der Wortmeldung von Klubobmann Gabmann und Kollegin Gimborn vom Team Stronach oder FRANK oder wie sie sich gerade nennen. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, sie biedern sich schon ein bisschen an die Freiheitlichen an. Man weiß ja nicht wie das ausgeht bei den nächsten Wahlen und daher muss man schon ein bisschen in diese Richtung tendieren.

Ich war aber trotzdem ein wenig erschrocken bis entsetzt. Man kann über Demonstrationen denken wie man will. Aber wenn einer sozialistischen Jugend oder wem auch immer die Demonstrationsfreiheit abgesprochen wird, wenn die ohne Waffen stattfindet, glaube ich, ist es noch viel ärger als wenn man versucht, die Waffengewalt hintanzuhalten. *(Abg. Waldhäusl: Das sind ja keine Demonstrationen! Das sind ja Krawalle!)*

Liebe Kollegin, was erwartet man sich? Dürfen die nicht mehr demonstrieren gehen? Was willst du uns damit sagen? Dass wie in Texas jetzt die Menschen mit den Pistolen in den Halftern herumrennen und wer schneller zielt hat gewonnen? Also, in diese Richtung in diesem Haus zu diskutieren, das macht mich persönlich sehr betroffen! *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN.)*

Gottfried: Kind erschießt aus Versehen seinen Bruder. Zweijähriger erschießt seine Mutter im Supermarkt. Teenie-Schwestern 11 und 15 erschießen Bruder 16. Die Tatwaffe hatten sich die Schwestern aus dem Schlafzimmer der Eltern besorgt. Fünfjähriger erschießt kleinen Bruder. Räuber- und Gendarmenspiel – Sechsjähriger in Chicago erschießt dreijährigen Bruder.

Ich geh einmal davon aus, dass diese Waffen dort legal besorgt wurden! Und ich gehe davon aus, dass die, die sich Waffen besorgt haben, alle „legal“ sind, lauter ehrbare Menschen. Trotzdem kommt es zu diesen Unfällen!

Und wenn man sich anschaut, dass Berichte aus Amerika sagen, 30.000 Menschen werden jährlich durch Waffen getötet, wisst ihr, was das

Schlimmste dabei ist? *(Abg. Waldhäusl: Nimm deine Demonstranten, das G'sindl, und wandere nach Amerika aus!)*

Du kannst dich noch einmal ... „G'sindl“ ist eure Wortwahl. Aber Gottfried, du kannst ja rauskommen, ihr habt ja leider noch ein paar Minuten Zeit, das zu revidieren. Okay, soll so sein. Aber warum erzähl ich das alles?

Wollen wir ganz ehrlich, dass diese Berichte, die wir aus Amerika hören, dass das transportiert wird nach Europa? Dass wir das in Österreich haben? Wenn ihr das wollt, wir wollen das nicht!

Ihr habt damals den Vergleich geboren bei einer Gemeinderatswahl in Wien, Wien darf nicht Chicago werden. Das war damals falsch, weil wir wissen, dass Chicago und Wien zu den sichersten Städten der ganzen Welt gehören. Also es war damals nichts anderes als der Versuch, Ausländerfeindlichkeit, Angst zu machen, Angst zu schüren und damit politisch zu punkten. Ist vielleicht teilweise gelungen, aber der Preis, den wir alle dafür zahlen müssen, ist ein sehr hoher!

Wenn ich mir anschau wie es aussieht – Massenschießereien, Amokläufe, was da alles passiert. Ich glaube, wir brauchen kein liberaleres Waffengesetz. Wir brauchen es nicht in Europa und wir brauchen es nicht in Österreich. Und eines, und das ist auch klar, viele Schusswaffen führen zu viel Waffengewalt und damit zu vielen Erschossenen. Und je mehr Feuerwaffen im Umlauf sind, desto höher ist der Gebrauch und damit auch sozusagen, was damit passieren kann.

Da gibt's eine Waffenbesitzstatistik, die von einem Institut ins Leben gerufen wurde. Die haben sich das angeschaut, in 27 Staaten. Und da sieht man ganz eindeutig, dass die USA mit 88,8 Feuerwaffen pro 100 Einwohner und einer Opferrate von 10,2 Toten durch Schusswaffen pro 100.000 Einwohner eindeutig an der Spitze steht. Zum Vergleich gibt's Japan. In Japan gibt es de facto keine Feuerwaffen in Privatbesitz, daher auch keine Vorkommnisse und keine Opfer!

Ich glaube, das ist schon eine sehr wesentliche Sache. Und wenn wir heute reden von offiziellen Zahlen, 922.000 registrierte Waffen in Österreich, dann wissen wir, dass die Quote ja viel höher ist. Dass der Schwarzmarkt viel höher ist. Da geht man von einer Zahl aus von 2,5 Millionen. 2,5 Millionen Schusswaffen, die in Österreich in Umlauf sind. Da kann man sich sehr deutlich vorstellen, was da alles passieren kann. Und eindeutig bewiesen ist, für uns ist das echt eindeutig bewiesen, dass ein liberaleres Waffenrecht ganz sicher nicht die Si-

cherheit in der Bevölkerung steigt – ganz im Gegenteil: Revolver unterm Kopfpolster und die Schrotflinte an der Garderobe gefährden nur die Menschen, vor allem aber Kinder, Jugendliche und Ehepartner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand möchte den Besitzer von Waffen, die diese legal erworben haben, kriminalisieren! Niemand möchte einen Anschlag auf die Sicherheit auf ehrbare Bürger, so wie es die FPÖ in einer Aussendung und hier auch gesagt hat, und befürchtet. Aber wir Sozialdemokraten sagen ganz klar: Wir sind gegen die Liberalisierung des Waffenrechtes. Und ich begrüße es dezidiert, dass die Behörden bei der Ausstellung von Waffenpässen das sehr restriktiv handhaben.

Und eines, und da möchte ich wirklich auf einen Vorredner zurückkommen: Wir haben eine hervorragende Exekutive. Die haben wir! Und die Exekutive ist für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zuständig. Und ich glaube, dass das auch sehr vernünftig und sehr gescheit ist. Die Sicherheit ist eine Sache, die in die Hände von Profis gehört. Und ich sage immer, wenn ich heute mein Auto zum Automechaniker stelle, in die Werkstatt, dann gehe ich nicht hin und erkläre dem Automechaniker wie er mein Auto zu richten hat. Der weiß das ganz genau.

Ein bisschen skurril erscheint es mir überhaupt, wenn die FPÖ heute hier rausgeht, ans Rednerpult schreitet und sagt, es ist ein Wahnsinn, und was alles passiert in der Kriminalität, und, und, und. Ich denke an eine Zeit zurück, 2000 bis 2006, da war die FPÖ in der Regierung, sehr wohl in der Regierung. Und kannst du dich erinnern, Gottfried Waldhäusl, Klubobmann, damals wurde die Exekutive kaputt gespart. Wir sind aufgetreten als Sozialdemokraten, immer wieder. Mein Vorgänger da im Landtag, Sicherheitssprecher Hermann Findeis, könnt ihr euch alle erinnern, wie oft der herausgegangen ist und dafür gekämpft hat, Anträge, und, und, und, wir brauchen mehr Exekutivbeamte. Sie müssen besser ausgestattet sein, wir müssen weg von dem System dass diese Autos nur mehr geleast werden ... All diese Dinge haben wir aufgezeigt. Wir waren gegen die Schließung von Polizeidienststellen.

Was ist gemacht worden? Da wart ihr voll dabei! Diese Schließungs- und Personalkürzungspolitik ist weiter fortgeführt worden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt darf man sich nicht wundern, wenn in der Bevölkerung noch ein bisschen mehr Unsicherheit entsteht. Und ihr macht nichts anderes als dieses

Unwohl-Befinden, das es in der Bevölkerung gibt, noch zu verstärken. Ich finde das sehr billig in diese Richtung. Weil da geht's wirklich um sehr viel, und da, auf diesen Sachen politisches Kleingeld zu wechseln, finde ich wirklich nicht in Ordnung. Und wenn ihr jetzt glaubt, man kann das gutmachen, indem man die Bevölkerung bewaffnet und sagt, okay, macht ihr die Arbeit, die eigentlich die Exekutive machen soll, dann sind wir der Meinung, dass das der absolut falsche Weg ist. Und dass das in eine Richtung führt, die wir nicht brauchen.

Eines habt ihr wirklich geschafft. Ob ihr stolz sein müsst darauf, das wird es euch ... Irgendwann werdet ihr euch in den Spiegel schauen müssen und dann werdet ihr draufkommen, dass das nicht der richtige Weg ist. Weil wenn man sich anschaut, was in den letzten Monaten, wie das gestiegen ist in Österreich im letzten Jahr, 70.000 mehr, 70.000. In Niederösterreich 4.500. Im August, da hat es noch 177 Ansuchen gegeben um einen Waffenschein, Waffenbesitzkarte. Im November waren es fast viermal so viel. Was wollt ihr der Bevölkerung sagen? Was ist der nächste Schritt? Ist der nächste Schritt, dass wir es dann so machen wie in Texas, wie in Amerika? Dass dann jeder mit der Waffe im Halter herumläuft, und glaubt, dass er dann sicherer ist? Wollt ihr wirklich diese Bilder haben, die wir von Amerika geliefert bekommen? Wollt ihr das wirklich? Wir wollen das nicht!

Deswegen treten wir ein für einen anderen Weg. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion ist klar. Wir wollen schärfere, kontrolliertere Waffengesetze. Wir wollen nicht, dass Spielzeugwaffen kriminalisiert werden. Das ist nicht unser Zugang. Obwohl man auch darüber nachdenken muss, weil mit diesen Waffenattrappen schon genug Überfälle auf Banken verübt worden sind. Keiner weiß, ob das dann ein richtiger Revolver ist oder ob es eine Attrappe ist. Ich persönlich halte es auch nicht für notwendig, dass kleine Kinder mit Spielzeugwaffen und Spielzeugpistolen herumrennen. Aber das ist mein persönlicher Zugang.

Doch gerade im Hinblick auf die jüngsten Terroranschläge in Europa bedarf es unserer Meinung nach eines umfassenden, aber wirklich eines umfassenden Maßnahmenpaketes. Wir brauchen, und da geb ich euch Recht, einen Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Waffen- und Sprengstoffhandels. Das ist eine wichtige Maßnahme, um Terror und um organisierte Kriminalität einzudämmen. Wir halten es aber auch für richtig, dass der Verkauf und die Registrierung von Feuerwaffen strenger kontrolliert wird und deaktivierte Waffen auf Dauer unbrauchbar gemacht werden.

Es ist ganz einfach so, dass sich jeder relativ einfach aus dem Internet oder wie auch immer aus Restbeständen so altes Kriegsmaterial kaufen kann. Und aus zwei kann man relativ flott wieder eine gute, funktionstüchtige Waffe machen. Wir brauchen ja nur schauen was passiert ist. Der Anschlag auf diesen Thalyszug zwischen Amsterdam und Paris ist von einem religiösen Fanatiker verübt worden. Und der hat sich die Waffenbestandteile aus dem Internet organisiert, hat sie zusammengebaut und das hat funktioniert. Also ihr werdet ja wohl nicht dagegen sein, dass man solche Dinge hintanhält?

Wir halten es aber genauso für richtig, dass halbautomatische Waffen in die Kategorie A kommen. Kategorie A ist nichts anderes als verbotene Waffen. Und das wird keinen Jäger betreffen, das wird keinen Sportschützen betreffen. Weil für die haben auch wir was über. Überhaupt keine Frage. Aber es soll mir einer sagen, dass ein Jäger eine halbautomatische Waffe braucht. Es ist nicht nötig, dass wir dazu eine brauchen. Deswegen sind wir auch der Meinung, ja, für gut ausgebildete, die sollen ihre Waffen benutzen für die Jagd. Sie sollen schießen gehen in einen Schießkeller, überhaupt kein Problem. Die werden mit dieser Verschärfung nichts zu tun haben.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Maßnahmen, die auf europäischer Ebene diskutiert werden, sollen auf der einen Seite einen Waffenmissbrauch bzw. Waffenunfälle hintanhalten. Aber auf der anderen Seite auch sicherstellen, dass bei jedem Verbrechen mit Feuerwaffengebrauch gesetzestreue und verantwortungsvolle Waffenbesitzer nicht gleich unter Generalverdacht gestellt werden.

Abschließend möchte ich wirklich noch festhalten: Mit Waffen und mit Gewalt wurden noch nie Konflikte gelöst! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich hatte nicht vor, mich zu dem Tagesordnungspunkt zu melden. Aber das, was da so jetzt zu vernehmen war, hat mich doch veranlasst, eine Kurzsrecherche anzustellen und einiges da geradezurücken. Wenn Sie nur einmal ganz oberflächlich suchen im Internet nach den Jagdunfällen in Österreich, dann kommt Schreckliches zutage. Und

wenn Sie die Familien dieser Menschen, die getötet oder verletzt worden sind, fragen, wie Sie das beurteilen, würden Sie wahrscheinlich auch den Ruf zu mehr Vorsicht sehr laut hören.

Aber was ganz besonders eindrucksvoll ist, ist der Zusammenhang, ich weiß nicht, wo da der Herr Dr. Laki recherchiert hat, ich habe jedenfalls im American Journal of Medicine, das einen sehr guten Ruf hat in Sachen wissenschaftlicher Validität, jetzt ein bisschen nachgeschlagen: Es gibt einen ganz erschreckenden Zusammenhang zwischen der Zahl von Feuerwaffen je 100 Einwohner/Einwohnerinnen und den tödlichen Verletzungen durch Feuerwaffen. (*Abg. Dr. Laki: Die Schweiz hat 27 Prozent!*)

In Amerika ... Vielleicht, wir können dann die wissenschaftlichen Studien vergleichen und werden feststellen, worauf sie beruhen. Aber ich glaube, das American Journal of Medicine hat normalerweise einen sehr guten Ruf. Wenn Sie in Amerika 88,8 Feuerwaffen auf 100 Einwohnerinnen haben, dann kann man das hinunterverfolgen. In der Schweiz hab ich einen Bestand von 46 Waffen auf 100 Einwohnerinnen. Österreich und Deutschland relativ gleichauf mit zirka 30, die Niederlande 4 und Japan 0,6. Und wenn Sie sich dann anschauen die Getöteten und die tödlichen Unfälle durch Feuerwaffen je 100.000 Einwohnerinnen, dann haben sie Amerika, wie gesagt, 88 auf 100, zu 10,2 Getötete auf 100.000 Menschen, Schweiz 3,8, Österreich und Deutschland 3, Niederlande 0,4 und Japan 0,06.

Also diese Zahlen sprechen eine ganz erschreckend deutliche Sprache. Und ich glaube, wenn man diese Zahlen sich vor Augen hält und dann noch für lachsere Waffengesetze plädiert, dann verbreitet man ganz bewusst einen reaktionären Nebel. Ich weiß schon, dass Sie da gewisse Ideologien verbreiten. Aber diese Ideologie kostet Menschenleben! Und dagegen werden wir mit Nachdruck auftreten! (*Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPÖ.*)

Eines ist ja auch ganz klar: Die Menschen, die nicht beruflich, die regelmäßig oder eben auf Grund ihrer sportlichen Tätigkeit oder auf Grund ihrer jagdlichen Tätigkeit regelmäßig üben und trainieren, mit Waffen umzugehen, für die sind Waffen in aller Regel eine größere Gefahr. Das ist so wie mit allen Geräten, wie mit allen Maschinen, die man nicht sehr häufig bedient: Man ist ungeübt! Und man hat außerdem auch natürlich eine Schrecksekunde. Man ist eben nicht geübt wie ein Polizist, eine Polizistin, der oder die das eben regelmäßig trainiert.

Und es ist kein Zufall, wenn ein amerikanischer Präsident nach dem, ich weiß nicht wievielten schrecklichen Massaker mit legalen Waffen dann sagt: „Somehow this has become routine“. Dann aber muss ich sagen, wir wollen hier nicht, dass der zufällig oder absichtlich herbeigeführte Tod von Menschen hier in dem Land zur Routine wird! Danke! (*Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Zweiter Präsident Mag. Karner.

Abg. Präs. Mag. Karner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag!

Eine Vorbemerkung zum Kollegen Weiderbauer, der zu Recht die mangelnde Recherche der Frau Kollegin Von Gimbomn angesprochen hat, was die Bedürfnispyramide betrifft. Aber du hast nicht genau recherchiert. Nämlich du hast von dramatischen Anstiegen bei den Waffenpässen gesprochen, und das ist falsch!

Bei den Waffenpässen gibt es ein ähnliches Niveau in den letzten Jahren, auch heuer. Bei den Waffenbesitzkarten gab's einen deutlichen Anstieg! Und das ist schon auch klar zu unterscheiden, weil der Waffenpass eben zum Mittragen erlaubt und ermöglicht. Und da bitte ich, dass man da hier auch diese Unschärfe in der Recherche beachtet.

Wie kam es zu der Debatte oder wie kommt es zu der Debatte? Nach den abscheulichen Terroranschlägen in Paris ist es natürlich legitim, dass darüber nachgedacht wird, was ist hier zu tun, um solche Dinge möglichst auszuschließen. Und daher ist es einfach notwendig, dass mit aller Vehemenz und Konsequenz Terroristen und ähnliche entsprechend verfolgt werden. Dass der Terrorismus mit aller Konsequenz und Härte hier auch entsprechend verfolgt wird.

Gestern hat es im Österreichischen Parlament einen Beschluss gegeben, eine Veränderung, eine Verschärfung des Staatsschutzgesetzes betrifft, nämlich mit mehr Kompetenzen für die Polizei. Beschluss von ÖVP und SPÖ. Und da habe ich relativ wenig Verständnis, dass hier sowohl Grüne als auch FPÖ bei dieser Reform nicht mitgegangen sind. Die FPÖ auf der einen Seite sagt, man muss der Polizei die Möglichkeiten geben und die Polizei braucht Unterstützung. Abgeordneter Königsberger hat das angesprochen. Dann, wenn es aber darum geht, ist man dagegen, nämlich bei der Novelle des Staatsschutzgesetzes, wie gestern im Parlament.

Aber auch die Grünen verstehe ich da wenig. Kollege Weiderbauer, du hast gesagt, in die Polizei muss man Vertrauen haben – zu Recht! Polizei muss man auch stärken. Doch hier haben auch die Grünen gestern dagegen gestimmt. Das ist schade, weil diese Reform des Staatsschutzgesetzes gerade im Kampf gegen den Terrorismus ein enorm wichtiger Schritt war.

Ich komm jetzt aber zur aktuellen Debatte, nämlich zur Debatte um das Waffengesetz, die mögliche Verschärfung oder Liberalisierung, wie die eine Seite fordert und die andere Seite fordert. Als Sicherheitssprecher ist es mir ein Anliegen, dass man nicht überhastet unnötige Verschärfungen lostritt, zumal wir in den letzten Jahren immer wieder zu Recht dieses Waffengesetz novelliert haben. Und ich warne auch davor, und es wurde auch zu Recht von manchen angesprochen, dass man mit einer überzogenen Argumentation Jäger, Sportschützen oder Traditionsverbände wirklich kriminalisiert mit dieser Diskussion über das Waffengesetz.

Eine überschießende Verschärfung halte ich nicht für angebracht, zumal – und ich habe es gesagt – in den letzten Jahren es deutliche, zu Recht, deutliche Anpassungen und Verschärfungen gab. Nämlich für das Erlangen einer Waffenbesitzkarte oder Waffenpasses die verpflichteten psychologischen Tests, den Nachweis des sachgemäßen Umgangs mit den Waffen. Das zentrale Waffenregister, das hier auch zu Recht eingeführt wurde. Also wirklich entsprechende Maßnahmen, die man hier gesetzt hat und reagiert hat auf Anlassfälle, die da waren.

Ich warne aber auch davor, dass man in manchen Bereichen, gerade was den Verwaltungsgerichtshof betrifft, etwas praxisfern agiert, gerade was die Jagd betrifft und die Ermöglichung des Waffenpasses für Jäger. Nämlich dahingehend, dass man weiß, dass gerade bei der Nachsuche, beim Fangschuss im Gestrüpp der Jäger viel sicherer ist mit der Faustfeuerwaffe als mit der Langwaffe. Und daher ist sehr wohl eine Argumentation hier natürlich für die Nachsuche, für den Hundeführer, dass dieser auch einen entsprechenden Waffenpass bekommt. Da verstehe ich manche Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes nicht, die scheint mir doch hier etwas praxisfern.

Als Sicherheitssprecher möchte ich auch unterstreichen, dass natürlich das Gewaltmonopol des Staates bei der Exekutive liegen muss und hier auch entsprechende Maßnahmen aktuell wieder gesetzt werden. Die Innenministerin, die gesagt

hat, 1.500 zusätzliche Polizisten, die hier in diesem Jahr entsprechend angestellt werden, eingestellt werden.

Wir brauchen keine Möchtegern-Sheriffs! Da bin ich ganz bei jenen, die diese Meinung entsprechend vertreten. Aber ich glaube auch, dass wir die Bürgerinnen und Bürger nicht völlig entmündigen dürfen und ihnen jede Möglichkeit zur Eigensicherung nehmen sollten, wie das die andere Seite wiederum meint.

Ich denke schon, dass es hier einen entsprechenden vernünftigen Mittelweg braucht. Wir wollen nicht Texas haben, Kollege Razborcan. Du hast die ganze Zeit von Texas und Amerika gesprochen. Um das geht's nicht! Es geht um eine vernünftige Regelung, die wir uns in den letzten Jahren hart erarbeitet haben. Wir haben das Waffengesetz immer wieder intensiv debattiert und haben daher auch entsprechende Nachschärfungen vorgenommen. Aber ich wiederhole: Der Anlass war Paris. Und mit dem Waffengesetz werden wir solche Dinge wahrscheinlich nicht verhindern. Da gibt's andere Maßnahmen. Das gestern beschlossene Staatsschutzgesetz ist eine dieser Maßnahmen.

Ich möchte mich auch noch sehr kurz mit den Richtlinien, die bei der europäischen Kommission derzeit in Diskussion stehen. Also, die Richtlinie habe ich nicht gefunden, muss ich ganz ehrlich sagen, Kollege Königsberger, wo auf einmal alles verboten werden soll. Ich habe mir vielleicht nicht alle angeschaut, aber diese Richtlinie auf keinen Fall gefunden. Es gibt nur eine Richtlinie, wo es da heißt ..., oder wo durchaus ein paar sinnvolle Maßnahmen auch drinnen sind in der Richtlinie. Ein paar nicht sinnvolle Maßnahmen und ein paar sinnvolle. Sinnvoll ist zum Beispiel, dass es zum Beispiel standardisierte Methoden gibt für die Deaktivierung von Feuerwaffen. Das heißt, wenn eine Waffe zerstört ist, dann ist sie zerstört. Dann gehört sie nicht mehr ins „Gläserkastl“ und soll nicht mehr leicht rückbaubar sein. Ist ein gescheiter Entwurf, der da in der Richtlinie auch drinnen ist.

Einheitliche Kennzeichnungsvorschrift steht in dieser Richtlinie drinnen. Auch gescheit - europaweit. Ein zentrales, europaweites Register bei Waffen. Auch das ist gescheit und in Wahrheit nach einem Vorbild, wie wir das in Österreich letztendlich haben.

Weniger sinnvoll, was auch da drinnen steht in der Richtlinie, sind diese Waffendokumente auf Zeit. Wir haben jetzt auch schon die Möglichkeit, dass es im Anlassfall immer wieder zu Überprüfungen kommt. Aber man soll nicht immer, wie es in

der Richtlinie steht, alle vier oder fünf Jahre automatisch immer wieder zum Arzt gehen müssen. Im Anlassfall ist ja das ohnehin gegeben. Ich glaube, damit hätten wir mehr Bürokratie, als das letztendlich brächte.

Und das Zweite ist, oder ein weiteres Beispiel für Unsinnigkeiten in dieser Richtlinie, dass auch Schreckschuss-, Signal- oder Salutwaffen letztendlich da in die Waffenregister kommen sollen. Deaktivierte Waffen in die Waffenregister kommen sollen. Das ist Bürokratie pur, das ist wenig sinnvoll!

Aber diese Richtlinie steht ja noch in entsprechenden Verhandlungen. Dort, wo es gescheit ist, soll man daher entsprechend anpassen. Und ein paar Punkte habe ich angesprochen, die ich sie für sinnvoll halte. Dort, wo man Bürokratie aufbauen würde, dort soll man es lassen. Aber wie gesagt, da bin ich guter Dinge, dass das entsprechend umgesetzt wird.

Abschließend noch einmal mein Appell: Gerade der Exekutive, der Polizei in ihrer Arbeit entsprechend zu vertrauen. Die Polizei rät ja auch immer wieder davon ab, sozusagen selber Sheriff zu spielen – zu Recht! Aber letztendlich sollen die Menschen die Möglichkeit haben, hier ein Recht auf Eigensicherung zu haben. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Landbauer.

Abg. Landbauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Ein paar Punkte zu meinen Vorrednern und auch zu Beginn zum Präsidenten Karner. Wenn er vom Staatsschutzgesetz spricht und meint, dass die FPÖ unter anderem die Zustimmung verhindert hätte und damit die Sicherheit in diesem Staat künftig verhindern würde, dann möchte ich schon noch eines sagen, das geht in eine ähnliche Richtung. *(Abg. Präs. Mag. Karner: Ich habe gesagt, ich verstehe es nicht!)*

Wenn man über Jahrzehntelang Politik betreibt, die die Sicherheit in diesem Staat sukzessive abbaut, wenn man Kriminalität importiert und nichts dagegen unternimmt und dann als Regierungspartei hergeht und ein so genanntes Staatsschutzgesetz einführen will, wo der Rechtsstaat vollkommen ad absurdum geführt wird, wo man Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss einführen möchte, wo man Errungenschaften des Rechtsstaates mit einem Wisch beiseite schiebt, dann fällt

mir dazu nur eines ein: Metternich lässt grüßen!
(Beifall bei der FPÖ.)

Metternich lässt grüßen, weil es genau das ist, was hier passiert. Ich sage nur, George Orwell hat davor gewarnt. Und genau das, wovon er gewarnt hat, setzen Sie 1:1 um mit Hilfe der SPÖ, die ein generelles Sicherheitsrisiko in diesem Staat darstellt. Metternich lässt grüßen! Was wären die nächsten Maßnahmen in diesem Staat? Wollen Sie, Herr Kollege Karner, etwa auch in die Abgeordneten-Büros Löcher bohren um sie zu beobachten? Wollen Sie das auch einführen? Wollen Sie vollends zu Metternich 2.0 werden? (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Genau das muss man hier einmal erwähnen! Sie gefährden die Sicherheit mit Ihrer Politik und wollen dann den Rechtsstaat vollkommen abschaffen. Das wird es mit uns nicht geben! Diese Unterstützung werden Sie von uns nicht bekommen! Die Zweidrittelmehrheit, die brauchen Sie dazu, das wissen Sie ganz genau. Und das ist ja das, was Ihnen so weh tut. (*LHStv. Mag. Sobotka: Da wird der Populismus nicht besser!*) Dass die Grünen nicht dafür stimmen, hat teils andere Gründe, teils ähnliche Gründe. Aber die Zweidrittelmehrheit, da müssen Sie sich was einfallen lassen, damit Sie die noch kriegen.

Und das gilt auch für die SPÖ. Weil der Kollege Razborcan da heraußen gesprochen hat, was denn nicht alles schuld sei und wie man hier die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen auch wirklich befriedigen könne. Liebe Kollegen der Sozialdemokratie! Rein parteipolitisch gesehen kann ich wieder einmal nur sagen: Bitte macht weiter so! Bitte ignoriert vollkommen die Sorgen und Ängste der Bürger. Ignoriert vollkommen die Entwicklungen in diesem Staat. Ignoriert, wenn wir beim Thema Waffenrechte, Waffengesetz diskutieren, die Tatsache der exorbitant ansteigenden Anträge auf Ausstellung eines Waffenbesitzdokumentes. Ignoriert das ruhig weiter! Es wird in euren Ergebnissen entsprechenden Niederschlag finden.

Es ist nun mal eine Tatsache, dass die Menschen sich gefährdet fühlen. Es ist eine Tatsache, dass Gewalttaten in Österreich, in Europa steigen. Und es ist auch eine Tatsache, dass diese Gewalttaten, die durch Schusswaffen verübt werden, nicht durch registrierte Schusswaffen verübt werden, sondern eben durch die illegalen Schusswaffen. Durch jene Personen, die Sie hier hereinschleusen! Denen Sie Tür und Tor öffnen und die Sie mit ihren kriminellen Energien ebenso wie mit ihren Schusswaffen in unser Land hereinlassen.

Das ist Ihre Schuld und das werden Sie zu verantworten haben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie können sich nicht hier herstellen und die heile Welt predigen und auch der Polizei die Verantwortung dafür zuschieben wollen, dass sie unsere Schlafzimmer sichern. Denn wenn der bewaffnete Einbrecher, der auch vor einer Gewalttat, vor einem Kapitaldelikt, nicht zurückschreckt, in Ihrem Schlafzimmer steht, Kollege Razborcan, dann wird Ihnen die Polizei nicht helfen können. Und da können Sie als Politiker, als verantwortlicher Politiker, auch diese Verantwortung, die Sie haben, nicht abschieben. Das wird schlicht und ergreifend nicht funktionieren.

Und ein vernünftiger Bürger, ein ehrbarer Bürger, der die Gesetze respektiert, soll auch das Recht haben, sein Leib und Leben sowie das Leib und Leben seiner Familie zu schützen. Denn jene machen das im rechtskonformen Weg, währenddessen die Terroristen und die Kriminellen, die Sie da hofieren, das nicht machen. Die halten sich an keine Gesetze. Denen können Sie noch so viel Waffenrechte und Waffengesetzesänderungen umbinden, das wird sie nicht interessieren! Die werden ihre Kalaschnikows weiter über die Grenze schleusen die Sie nicht sichern wollen, die Sie nicht schützen wollen und damit Sie auch unsere Bürger schlicht und ergreifend nicht schützen wollen. (*Unruhe bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Mag. Scheele: Das ist eine Frechheit!*)

Ich weiß schon, das wollen Sie alles nicht wahr haben! Aber es ist eine Tatsache. Und das müssen Sie sich auch hinter die Ohren schreiben, weil das werden Sie zu verantworten haben. Das wird sich in Ihren Wahlergebnissen entsprechend widerspiegeln. (*LHStv. Mag. Sobotka: Das ist ja ein Widerspruch in Permanenz! - Unruhe bei Abg. Thumpser MSc.*)

Wenn auch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka sich einmischt und das Staatsgrundgesetz da wieder erwähnt, ja, ich kann mich gern wiederholen und die drei Minuten von vorhin noch einmal zum Besten geben. Ich habe die Zeit, es geht sich aus. Aber ihr wisst ganz genau, was dahintersteckt. Und es wissen ja auch viele eurer Abgeordneten im Bund sehr wohl, welche Gefahren hinter diesem Gesetz stehen.

Rechtstreue und vernünftige Bürger sollen auch in Zukunft weiterhin das Recht haben, ihr Leib und Leben, Leib und Leben ihrer Familien zu schützen. Kriminalisieren Sie nicht die ehrlichen, vernünftigen und anständigen Bürger, sondern sorgen Sie endlich dafür, dass die Kriminellen und

Terroristen, die wirklich eine Gefahr darstellen, ordentlich und sinnvoll und nachhaltig bekämpft werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher erkläre ich die Aktuelle Stunde für beendet.

Wir kommen zum Geschäftsstück Ltg. 779-1/A-3/90, Ausgleich der kalten Progression, Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Schuster und Waldhäusl betreffend Maßnahmen zum Ausgleich der kalten Progression. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Eigner, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Schuster und Waldhäusl betreffend Maßnahmen zum Ausgleich der kalten Progression.

In Österreich ist die Lohn- und Einkommenssteuer progressiv gestaltet. Das heißt, es kann bei der jährlichen Pensionsanpassung vorkommen, dass die Erhöhung in eine größere Steuergruppe fällt und dass davon ein Großteil wieder weggesteuert wird. Im Zuge der Steuerreform hat unser Finanzminister Hans Jörg Schelling schon Überlegungen angestellt, diese kalte Progression hintanzuhalten. Ziel dieser Überlegungen war es, durch eine automatische Inflationsanpassung im Bereich der Steuertarife das Einkommen real immer gleich hoch zu besteuern, aber bei gleichzeitiger Möglichkeit für den Bundesgesetzgeber, die Tarifstufen auch wiederkehrend und entsprechend punktuell anzupassen.

Ich darf daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung dafür einzusetzen, dass die notwendigen Grundlagen für Maßnahmen, mit denen man der kalten Progression entgegenwirken kann, erarbeitet und entsprechende Verhandlungen eingeleitet werden.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag LT-779/A-3/90-2015 miterledigt.“

Ich bitte um Einleitung der Debatte und um Abstimmung.

Präsident Ing. Penz: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen zur Debatte und ich erteile Herrn Abgeordneten Weiderbauer das Wort.

Abg. Weiderbauer (GRÜNE): Herr Präsident! Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

In aller Kürze: Es scheint so zu sein, dass steuerliche Belastungen möglichst gerecht aufzuteilen auf Grund der Vielschichtigkeit der Materie eine Kunst ist, die kaum jemand zustande bringt und beherrscht. Vor allem, den Inflationen entgegenzuwirken. Dass die Kaufkraft der Bürgerinnen erhalten bleibt, wird durch die kalte Progression, wie schon angeführt, konterkariert. Hier Abhilfe zu schaffen, ist natürlich ein Gebot der Stunde. Ob das jetzt einerseits durch diesen Automatismus, der im Antrag genannt worden ist oder in der Begründung, erfolgt, die schleichende Steuererhöhung zu verhindern oder ob wiederkehrend punktuell darauf reagiert wird, gilt es in den Verhandlungen abzuklären. Daher begrüßen wir diesen Antrag zum Ausgleich der kalten Progression und werden ihm auch gerne unsere Zustimmung geben. Dankeschön! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag!

Ich möchte zu Beginn feststellen, dass ich es für sehr erfreulich finde, dass die ÖVP unsere Anträge und unsere Forderungen in dieser Sache für eine Besserstellung auch der Senioren und Pensionisten als fundiert und notwendig erachtet hat und sogar als so notwendig erachtet hat, dass unsere Anträge jetzt zwar in der gewohnten „34-er Abschreibübung“ auf der Tagesordnung stehen, aber immerhin, für uns ist wichtig, dass dieses Modell für unsere Senioren, das wir auch noch später diskutieren werden, heute und hier in diesem Haus beschlossen wird.

Wir sprechen jetzt über die Maßnahmen zur Abschaffung der kalten Progression. Später werden wir noch über die Aufhebung der unsozialen Verschlechterungen beim Pflegegeldbezug sprechen, über ein Bonussystem für Firmen zur Verringerung der Altersarbeitslosigkeit und auch über einen Bürokratieabbau für unsere Senioren und Pensionisten im Umgang mit den Behörden.

Hohes Haus! In Österreich ist der Lohn- bzw. Einkommenssteuertarif ja progressiv gestaltet. Das

bedeutet, dass Einkommen und somit auch die Pensionen in einzelne Teile zerlegt und mit nach Tarifstufen ansteigenden Steuersätzen besteuert werden. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass eine jährliche Pensionsanpassung bzw. –erhöhung oftmals damit verbunden ist, eben in eine höhere Steuerklasse zu fallen. Und die daraus resultierenden höheren Steuersätze und Abgaben, die fressen sozusagen einen Teil, wenn nicht sogar die gesamte Pensionserhöhung und unterm Strich kommt oftmals sogar weniger heraus und in die Haushaltskasse als vor dieser Erhöhung.

Das ist bei unseren hohen Lebenshaltungskosten mit einer der Gründe, warum vor allem unsere Pensionisten immer mehr in die Armutsfalle geraten. Ich erwähne hier nur unsere Lebensmittelpreise. Hier ist Österreich das teuerste Land in der Eurozone und ähnlich verhält es sich auch bei den Drogerieprodukten usw., usw.

Dazu kommen hohe Mietkosten, Ausgaben für Medikamente ..., und ich könnte das jetzt noch beliebig lange fortsetzen. Weiters ist angesichts einer prognostizierten Inflation von rund 1,7 Prozent für das heurige Jahr die Abschaffung der kalten Progression gerade im Bereich der Pensionen wirklich ein Gebot der Stunde und für uns notwendig.

Um diese kalte Progression zu vermeiden, ist es daher erforderlich, im gleichen Ausmaß wie diese Pensionen steigen, die Steuertarifstufen, also auch die Steuerabsetzbeträge, dementsprechend jährlich anzuheben und zu erhöhen. Es freut mich daher, dass wir heute diese Forderung der FPÖ an die Bundesregierung hier herinnen beschließen werden. Und ich erwarte mir auch im Sinne unserer Pensionisten und Senioren von unserer Regierung eine rasche Umsetzung dieser Forderungen. Dankeschön! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Laki.

Abg. Dr. Laki (FRANK): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Dieser Antrag ist wie so vieles populistische Geschichte ohne den Kern zu treffen. Für die Pensionisten will ich die kalte Progression eliminieren. Was ist mit den ganzen Erwerbstätigen? Wir haben 500.000 Arbeitslose, 1 Million Sozialfälle, inzwischen armutsgefährdet, ja? Wir müssen das Übel beim Kern packen! Das ist ein völlig falscher Antrag! Heute kommt die Gruppe dran, morgen jene Gruppe, übermorgen eine andere Gruppe. Wir fordern immer nur vom Staat. Das geht nicht!

Wir haben beispielsweise im Jahr 2000 150 Milliarden Staatsschulden gehabt, inzwischen haben wir 300 Milliarden. Das sind lauter Wünsche an das Christkind! Wir brauchen einen einzigen Antrag, und den kann man abschreiben bei den Schweizern, bei den Deutschen, ja? Wir brauchen ein Schuldenlimit! Entweder verfassungsrechtlich festgeschrieben. In dem Augenblick, in dem der Staat nicht mehr unendlich ausgeben kann, kann er den Bürgern wieder Steuern zurückgeben. Wir brauchen auf der Ausgabenseite eine Deckelung und nicht sagen, was wir noch haben wollen vom Staat.

Also dieser Antrag, den halte ich im höchsten Maße für entbehrlich! Dankeschön! (*Beifall bei FRANK.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Gruber.

Abg. Gruber (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Liebe Abgeordnete!

Vorweg kann ich schon sagen, dass wir den eingebrachten Antrag seitens der ÖVP gerne zustimmen. Ich möchte aber dringend darauf hinweisen, dass es enorm wichtig ist, dass der Modus der Anpassung eine politische Entscheidung bleiben muss. Der Spielraum für sozial ausgewogene Lösungen muss gegeben sein.

In den unteren Einkommensgruppen wirkt sich die kalte Progression, welche eine schleichende Steuererhöhung ist, schärfer aus. Daher ist es dort sinnvoller, öfter zu entlasten. Die Folgen der kalten Progression müssen deutlich eingedämmt werden.

Die seit dem heurigen Jahr in Kraft getretene Steuerreform bringt eine Entlastung von über 5 Milliarden Euro, welche die kalte Progression für mehrere Jahre abschwächt oder refundiert. Aber auch die Veränderung, die Modernisierung des Steuersystems, wie zum Beispiel die Reduzierung der Einstiegssteuersätze, ist eine Hilfestellung um Arbeitsanreize zu schaffen.

Noch ein paar Verbesserungen mehr, welche die Steuerreform bringt, möchte ich erwähnen bzw. in Erinnerung rufen. Gleichmäßiger und gerechter Steuerverlauf. Sechs statt drei Steuerstufen. Diese mildern die Auswirkungen der kalten Progression. Niedriger Eingangsteuersatz von 25 Prozent, Erhöhung Arbeitnehmer- und Verkehrsabsetzbetrag auf 400 Euro. Rückvergütung von 50 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge als Steuergutschrift für

Niedrigverdienerinnen maximal 400 Euro. 110 Euro, maximal 50 Prozent der bezahlten Sozialversicherungsbeiträge als Steuergutschrift für Pensionistinnen. Ausgleichszulagen werden gegengerechnet. 100 Millionen Euro Familienförderung. Verdoppelung Kinderfreibetrag auf 440 Euro. 20 Millionen Euro bessere Förderungen von Pendlerinnen.

Nicht verkomplizieren, sondern transparent gestalten, nachvollziehbar für alle Steuerpflichtigen. Einen gewissen Spielraum muss sich der Staat und der Finanzminister erhalten um in Krisenjahren gegensteuern zu können. Steuerpolitik ist Verteilungspolitik, Wirtschaftspolitik und Wachstumspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schuster.

Abg. Schuster (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Ganz zu Beginn möchte ich auf die Wortmeldung vom geschätzten Herrn Kollegen Dr. Laki eingehen, der offensichtlich hier den vorliegenden § 34-Antrag nur ungenügend gelesen haben dürfte. Weil hier wird nicht von Pensionistinnen und Pensionisten gesprochen, sondern von Einkommensbezieherinnen und Einkommensbezieher, egal woher dieses Einkommen kommt. Ich gebe ihm natürlich vollkommen Recht. Es wäre verfehlt, zu sagen, nur für die Berufsgruppe bzw. in Ruhestand Befindliche, auch bei einem Antrag, und dort für alle möglichen Berufsgruppen. Selbstverständlich muss man das übergreifend sehen, das ist eigentlich auch der Geist dieses gemeinsamen Antrages.

Die Problematik wurde ja von den Vorrednerinnen und den Vorrednern schon eingehend erläutert. Wir haben auf der einen Seite, glaube ich, wirklich für die sieben Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Österreich seit dem 1. Jänner wirklich einen ganz großen Schritt nach vorne gemacht. Es sind schon einige Eckpunkte von der Kollegin vorher beschrieben worden. 5,2 Milliarden Euro, das ist wirklich eine ganz, ganz wesentliche Entlastung, um die es da geht, rund 1.000 Euro pro Person, pro Einkommensbezieher. Und es sind auch schon die anderen Erleichterungen entsprechend dargelegt worden.

Und damit uns nicht das passiert, was leider dann oft passiert, dass mit den Jahren diese Reform, die wirklich zu einer Entlastung der Haushalte führen wird und auch schon geführt hat, ... Bei den ersten Lohnzetteln merken das die Menschen Gott

sei Dank auch schon. Und warum ist das so wichtig? Weil das sicherlich der wesentliche Faktor für die Konjunkturerholung in der nächsten Zeit sein wird. Und in der Diskussion hat sich auch gezeigt, dass hier selbstverständlich auch die ältere Generation ganz besonders wichtig ist, für die Ankerbelohnung des Konsums etc.

Deshalb der vorliegende Antrag, der eben zwei wesentliche Bereiche und zwei Möglichkeiten aufzeigt, wie man diesem Problem begegnen kann. Auf der einen Seite die Einführung eines Automatismus, dass man sagt, entsprechend der Inflationsrate werden ganz automatisch hier die entsprechenden Progressionsstufen angepasst. Oder aber, und das ist das, was die Sozialdemokraten auch im Ausschuss schon entsprechend betont haben, hier einfach Jahr für Jahr gezielt neue Beschlussfassungen herbeizuführen.

Ich persönlich glaube, dass die Automatik eine entsprechende Rechtssicherheit bringen würde. Aber ich war schon sehr, sehr froh darüber, dass das Problem heute, wie ich glaube, von allen Fraktionen hier im Haus nicht nur erkannt wird, sondern dass dieser Antrag auch offensichtlich entsprechend breite Zustimmung erfahren wird. In dem Sinn hoffe ich, wie es auch schon von den Vorrednern angedeutet worden ist, dass hier auch seitens des Bundes rasch agiert wird und dem Wunsch des NÖ Landtages Folge geleistet wird.

In dem Sinn herzlichen Dank für diese breite Unterstützung des von uns gestellten Antrages! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist damit erledigt. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Wirtschafts- und Finanzausschuss, Ltg. 779-1/A-3/90, Antrag gemäß § 34 LGO der Abgeordneten Schuster und Waldhäusl betreffend Maßnahmen zum Ausgleich der kalten Progression:)* Dafür stimmen alle Abgeordneten dieses Hauses. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen!

Wir kommen zum Geschäftsstück Ltg. 781/A-3/92, Antrag der Abgeordneten Ing. Huber, Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Abschaffung der GIS-Gebühr - Niemand soll für etwas bezahlen müssen, das er gar nicht will oder benützt! Ich ersuche Frau Abgeordnete Gruber, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Gruber (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag Ltg. 781/A-3/92 der Abgeordne-

ten Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger, Landbauer, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer betreffend Abschaffung der GIS-Gebühr - Niemand soll für etwas bezahlen müssen, das er gar nicht will oder benützt!

Rund 300 Euro werden jährlich von jedem Niederösterreicher, der ein empfangstaugliches Fernsehgerät zu Hause hat, unter dem Titel ORF-Gebühren eingehoben. Dabei ist es unerheblich, ob man die Programme des ORF ansieht oder nicht. Erfreulicherweise hat der Verwaltungsgerichtshof im Juli entschieden, dass für Computer mit Internetanschluss keine Rundfunkgebühr gezahlt werden muss. Der Rest des Antrages liegt in den Händen der Abgeordneten. Ich darf gleich zum Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses kommen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird abgelehnt.“

Herr Präsident, ich bitte um Einleitung der Debatte und Abstimmung.

Präsident Ing. Penz: Danke für die Berichterstattung. In der Debatte kommt als erster Redner Herr Klubobmann Gabmann zu Wort.

Abg. Gabmann (FRANK): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt nichts Schönes und Gutes, das mit Zwang beginnt. Egal ob das Zwangsmitgliedschaften sind oder Zwangsabgaben. Im Speziellen bei den Rundfunkgebühren sind wir dafür, dass es zu einer größeren Transparenz kommt, zu einer besseren Aufdröselung, wofür diese eingehobenen Mittel schlussendlich dann auch verwendet werden. Es ist sicherlich so, dass es keine höhere Ablehnung und kein höheres Unverständnis in der Bevölkerung dafür gibt, wenn der öffentlich-rechtliche Auftrag immer zwangsgerichtet an die staatliche Fernsehanstalt geht. Hier könnte man vielmehr auch einmal einen anderen Weg gehen und den öffentlich-rechtlichen Auftrag versuchen auszu-schreiben, um anderen, eben privaten Rundfunkanstalten, auch die Möglichkeit zu geben, diesen Auftrag zu gewinnen.

Im Konkreten geht es uns bei der Landesabgabe darum, dass, sollten für Kulturförderung und für Sportstättenförderung zu wenig Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung stehen, dass man dann eigene Abgaben bzw. Erhöhungen trifft, um das auch dem Bürger zielgerichteter zeigen zu können.

Des Weiteren ist die Landesabgabe auch deshalb von uns abzulehnen, weil jeder Inhaber einer Rundfunk-Empfangseinrichtung in Niederösterreich gebührenpflichtig ist. Eine Einhebung der Landesabgabe kann daher in keiner Weise gerecht durchgeführt werden. Es gibt immer wieder Menschen die befreit sind und auch Personen, die eben ihre Abgabepflicht nicht melden. Daher sehen wir diese Zweckwidmung sehr skeptisch gegenüber und haben einen Antrag formuliert, den ich hier auch gerne stelle (*liest:*)

„Antrag

der Abgeordneten Ernest Gabmann und Huber zu Ltg. 781/A-3/92 betreffend Abschaffung der Landesabgabe als Teil der GIS.

Eine Landesabgabe, die jeder Gebührenpflichtige mit Standort der Rundfunkempfangseinrichtung in Niederösterreich im Rahmen des NÖ Rundfunkabgabegesetzes zu entrichten hat, ist abzulehnen, da im Rahmen der Rundfunkgebühren bereits ein Kunstförderungsbeitrag enthalten ist.

Des Weiteren ist eine Landesabgabe auch deshalb abzulehnen da nicht Jeder, der Inhaber einer Rundfunkempfangseinrichtung in Niederösterreich ist, auch gebührenpflichtig ist. Eine Einhebung der Landesabgabe kann in keiner Weise gerecht durchgeführt werden. Personen, die von Rundfunkgebühren befreit sind, sowie Personen die ihre Rundfunkempfangseinrichtungen nicht gemeldet haben, tragen nicht zu den Landesgebühren bei. Das heißt, dass jene Personen, die ihrer Verpflichtung korrekt nachkommen, einen ungerechtfertigten finanziellen Nachteil erfahren.

Außerdem ist diese Landesabgabe generell anzulehnen, da die Zweckwidmung der Landesabgabe nach § 9 des Rundfunkabgabegesetzes zur finanziellen Unterstützung von Unternehmungen, Einrichtungen und Betätigungen auf kulturellem Gebiet sowie für Zwecke des NÖ Sportgesetzes, zur Förderung der Errichtung und Erhaltung von Sportstätten des Landes, im Budget des Landes NÖ nicht transparent dargestellt wird. Es ist nicht nachzuvollziehen, was mit der Landesabgabe im Konkreten finanziert wird.

Dem Beispiel von Oberösterreich und Vorarlberg folgend, stellt der Gefertigte daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle des NÖ Rundfunkabgabe-gesetzes auszu-

arbeiten, sodass die Landesabgabe ersatzlos gestrichen wird.“

(Beifall bei FRANK.)

Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner kommt Herr Abgeordneter Weiderbauer zu Wort.

Abg. Weiderbauer (GRÜNE): Herr Präsident! Hohes Haus!

Wir haben ja schon einmal über die GIS-Gebühren hier in diesem Haus diskutiert. Und wir haben auch damals der Anpassung zugestimmt. Wir werden auch heute diesem Antrag, wie er vom Ausschuss formuliert wurde, zustimmen, nämlich dass er abgelehnt wird.

GIS-Gebühren kommt ja nicht nur dem ORF zugute, sondern ist ja auch beinhaltet, sie für Kultur- und Sportförderung zu verwenden. Und unserer Ansicht nach ist es legitim, von den Bürgerinnen, die Fernsehgeräte oder Radiogeräte angemeldet haben, auch Gebühren einzuheben. Daher, wie schon gesagt, wollen wir diesem Ausschuss-Antrag zustimmen. Dass innerhalb des ORF Verbesserungen, vor allem was die Transparenz anbelangt in wirtschaftlicher und personeller Hinsicht notwendig erscheinen oder geschehen sollten, das können wir nachvollziehen.

Dass die Regierungsparteien oft schamlos versuchen, ihre Vormachtstellung in Sendeminuten auszunutzen, ist auch bekannt und demokratiepolitisch bedenklich. Die Vorstellung allerdings sei jetzt pointiert angemerkt, statt mit rot-schwarzen Gesichtern plötzlich mit schwarz-blauen Gesichtern konfrontiert zu werden, wird die Sache allerdings nicht verbessern.

Wo ich völlig gegenteiliger Meinung bin, was auch in dem Antrag angeführt wird, dass die Qualität und der Bildungsauftrag des ORF nicht erfüllt würde. Diese Meinung teile ich überhaupt nicht! Der ORF bietet sehr viele Sendungen von hoher und bester Qualität, die den europäischen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Und viele von ihnen, ich denke da an ORF III oder Ö1 im Radio werden auf alle Fälle auch einem Bildungsauftrag gerecht. Und dafür ist zweifellos Geld notwendig, um gute Qualität auch weiterhin garantieren zu können.

Es erscheint daher logisch und notwendig, dass der Bedarf da ist, die Gebühren von allen Steuerzahlerinnen in Österreich einzuheben. Dankeschön! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Huber.

Abg. Ing. Huber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder des Landtages!

Vorab bin ich ein bisschen enttäuscht über die ehemalige soziale Partei. Wir haben vorher diskutiert über die kalte Progression. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema, ein brennendes Thema. Und wenn dann nur mehr vier Abgeordnete von den Sozialdemokraten diese Diskussion verfolgen, dann weiß man, dass diese Partei schon lange vom Bürger entfernt ist.

Zur GIS-Gebühr: Ja, es ist ein Antrag auf Abschaffung der GIS-Gebühr. Ein Antrag, der aus der Bevölkerung kommt. Denn wöchentlich, immer wieder, in vielen Gesprächen mit der Bevölkerung hört man das: Wofür muss ich das bezahlen? Das ist ungerecht, das ist nicht gerechtfertigt! Die Höhe der Gebühr ist intransparent. Wieso und wohin kommt das Geld?

Es ist einfach draußen in Diskussion, was man immer wieder hört. Und daher unser Antrag, das endlich einmal klarzustellen. Denn die ursprüngliche Begründung, den ORF zu unterstützen und ihm damit den Auftrag zu geben, seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag, seinem Bildungsauftrag nachzukommen, davon hat sich unserer oder meiner Meinung nach der ORF schon lange mit seinem Programm, das er uns bietet, entfernt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt ist man abgeblitzt sozusagen, weil man auch für Internetanschlüsse, dass man da TV-Programme empfangen kann, dass man hier auch diese GIS-Gebühr einhebt und die Abzocke einfach weiter geht für sinnlose Projekte im ORF, aber auch durch die Landesabgabe, wenn man sieht, wer hier damit gefördert wird teilweise, dass man hier die Bürger weiter abzockt. Das ist zum Glück abgelehnt worden.

Aber was passiert? Statt dass man nachdenkt, wie kann man das Programm weiterentwickeln, mein Vorredner hat schon gesagt, gerade so Dokumentationssendungen. Da gibt's tolle Sachen, was im ORF passiert und was gemacht wird. Aber wenn man sich das ganze Programm ansieht, am Nachmittag diese Talk-Sendungen, wo irgendwelche bezahlten Schauspieler da irgendwelche Probleme, die es im Leben geben soll, da darstellen sollen usw., das ist eine Amerikanisierung, die wir nicht als öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag sehen und erkennen.

Oder die ganzen Vorabend- oder Abendserien. Das ist nicht das, was öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag ist. Das ist eine Volksverblödung, wenn man sich das so ansieht.

Und die objektiven Berichterstattungen in den Nachrichtensendungen sieht man bei jeder Umfrage, bei jeder Auswertung von *Mediawatch*, dass hier die rot-schwarze Regierung mit 83 Prozent klar in Führung ist, Oppositionsparteien fast nicht vorkommen. Aber es betrifft auch Tierschutzorganisationen, verschiedenste Organisationen, die auch im Umweltbereich tätig sind. Die kommen in der Berichterstattung, in den Nachrichtensendungen viel zu kurz. Das ist aber auch ein Auftrag, den der ORF zu erfüllen hätte.

Daher nochmals unser Antrag: Schaffen wir diese ungerechte Gebühr ab! Straffen wir den Privilegiensumpf am Küniglberg, klären wir hier auf, machen wir es transparent, wo unser zu Unrecht kassierte Geld hinkommt. Denn niemand soll für etwas zahlen müssen das er nicht will und das er nicht nützt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Naderer.

Abg. Naderer (FRANK): Danke sehr, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtags!

So wie ich jetzt die Debatte bisher verfolgt habe, habe ich auch beim Kollegen Huber herausgehört, dass wir uns einig darüber sind, dass es einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit einem gewissen Qualitätsanspruch und einem gewissen Bildungsauftrag in einer pluralistischen Gesellschaft geben sollte.

Und ich bekenne mich dazu, dass ich die Qualitätsmedien regelmäßig konsumiere. Und ich bekenne mich dazu, dass ich ein Ö1-Fan bin, weil hier teilweise am Vormittag und auch in der Nacht und immer wieder dem Bildungsauftrag sehr, sehr eindrucksvoll nachgekommen und nachgegangen wird.

Wir sind uns wahrscheinlich auch einig darüber, dass so ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk eine unabhängige Einrichtung sein muss oder sein sollte. Und einig werden wir uns dann auch darüber sein müssen, dass das irgendwie finanziert werden muss.

Aber die Sache mit den Zwangsgebühren, darin sind wir uns nicht so sehr einig. Denn wenn wir heute die technischen Möglichkeiten haben im

elektronischen Medium Fernsehen und Radio, wo wir den Bezieher der Leistung als solchen über die Codekarte und über die IT-Adresse wirklich direkt orten können, die Freischaltung als solche gebunden ist an diese Codekarte, dann ist eben es an der Zeit, den Leistungsbezieher, wenn er diese Leistung bezieht und beansprucht, dann entsprechend in einem System der freien Wirtschaft mit einer Rechnung zu konfrontieren. Und er darf diese Rechnung dann auch bezahlen oder muss sie bezahlen. Und ich stehe dazu: Wenn ich ORF 2 konsumiere, wenn ich Ö1 konsumiere, wenn ich mich über den ORF informiere, bin ich bereit, eine solche Rechnung zu bezahlen.

Die Polarisierung in diesem Medienbereich ist ja das andere Extrem dieser extremen Kommerzialisierung, die der Kollege Huber auch schon angeschnitten hat. Die Extremkommerzialisierung der einzelnen Kanäle versucht eben, Verbraucher zu lenken. Und das auch ganz bewusst mit extrem minimierten Informationssendungen, mit extrem minimierten Nachrichten. Bei vielen Sendern gilt das Motto, kuriose Chronikmeldung ist einer gesellschaftspolitischen Information vorzuziehen. So nach dem Motto, zuviel Nachdenken lenkt vom Schwachsinn ab. Und das ist ein Motto, das sollten viele beherzigen, die dann einige dieser Sender ... Nicht nur im Fernsehen, auch im Radio gibt es solche, wo praktisch nur Musik und überhaupt keine Information gespielt wird. Und wenn dann etwas vom Sprechtton kommt, dann sind das Dinge, wo man sich fragt, hat das wirklich den Wert und die Notwendigkeit, in einem Medium, das eine gewisse Breite über eine gewisse Region ausfüllt, dann auch wirklich vermittelt zu werden?

Diese einseitige Berichterstattung die ich jetzt hier angesprochen habe, das ist jetzt nicht unbedingt der Anspruch der Privaten. Denn auch im öffentlich-rechtlichen Bereich ist das eine Gefahr. Das hat auch Kollege Huber angeschnitten. Wenn das nämlich dann so abgestimmt wird, dass das regionale Nachmittagsprogramm, dass das Radioprogramm, das alle Informationssendungen zwar inhaltlich sehr vielseitig, aber doch relativ gezielt auf eine Bevölkerungsgruppe, auf eine Zielgruppe zugeschnitten sind. Wird eine solche Linie dann bis hin zum Kulturangebot und zur Werbung für dieses Kulturangebot durchgezogen, dann wird die Sache sehr, sehr einseitig.

Natürlich wird sie gleichzeitig für alle, die sich dafür inhaltlich interessieren auch durchschaubar, meine Damen und Herren. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk soll und muss das gesamte gesellschaftspolitische Spektrum bedienen und darüber und dafür berichten. Wie sonst könnten Minderhei-

ten oder Bürgerinitiativen in irgendeiner Form ein breiteres Format bekommen?

Was jetzt nun die Sache mit den schon angesprochenen Förderungen aus der Landesabgabe und aus dem GIS-Beitrag betrifft, so auch hier eine Betonung des gesamten bunten Spektrums. Das gilt sowohl für den kulturellen, wie auch für den Sportbereich. Die Motive für die Verwendung dieser eingesetzten Mittel, die sind zur Zeit eher intransparent.

Diesen Fokus beispielsweise im Sport, dieser Fokus auf den Wintersport, also das wäre gerade bei uns in Niederösterreich dringend zu überdenken. Denn im Sommersport gibt es neben Fußball auch andere Sportarten. Da haben wir viel, viel mehr Sportstätten, die viel länger von viel mehr Menschen genutzt werden können. Und ich erachte hier vor allem einen Nachdenkprozess als notwendig, dass wir die Sportstätten, an denen wir unsere Kinder ausbilden, entsprechend erhalten. Das sind Sportplätze, Freibäder, Hallenbäder, die wir hier mit Förderungen bedenken sollten, damit unsere Kinder die Möglichkeit haben, im Sommer möglichst breit die Fähigkeiten der gesamten Motorik vermittelt zu bekommen.

Die Geldmittel der Sportförderung sind dann gut angelegt, wenn wir es zum Beispiel schaffen, dass alle unsere Kinder mit 14 schwimmen können. *(Beifall bei FRANK.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Sidl.

Abg. Dr. Sidl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Antrag auf Abschaffung der GIS-Gebühren klingt ja sehr verlockend. Jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher möchte natürlich gerne weniger bezahlen. Der Applaus vieler scheint daher den Antragstellern sicher. Politisch eine vermeintliche Gewinnposition. Ich würde diese aber eher als populistische Position bezeichnen. Denn der Beitrag zur Erhaltung der öffentlich-rechtlichen Medien ist schnell unter Jubel abgeschafft. Was sind aber die Folgen? Was nicht in die Diskussion eingebracht wurde, ist die Zukunft der Finanzierung. Und ich habe auch keinen Vorschlag zur weiteren Qualitätserhaltung gesehen.

Oder soll es nach dem Motto gehen, „wer zahlt schafft an“, und beim Niveau des Programms ist nach unten hin keine Grenze eingezogen? Man kann, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht alles dem Markt überlassen! Vor allem Medien,

Bildung, Information und den Erhalt unseres Naturgutes nicht. Auch wenn manche das gern tun würden, so steht meine Fraktion dafür, dass die soeben genannten wichtigen Funktionen in einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft unabhängig in einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vereint bleiben.

Wer interessiert sich denn in Zukunft noch dafür, dass Fernsehen und Radio auch einen Bildungsauftrag haben? Wer schaut darauf, dass Informationen für Beiträge auch tiefgehend recherchiert werden können? Wie soll in Zukunft auch jenen Menschen in unserem Bundesland ein Programm geboten werden, die sich für Themen und Inhalte interessieren, abseits von Dschungelcamp, Supermodel-Krönungen oder irgendjemand sucht wieder einen Superstar.

Unser Land, Hoher Landtag, ist ein Kulturland! Darauf das können wir stolz sein. Um unsere kulturelle Vielfalt werden wir weltweit beneidet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine ganz, ganz wichtige Institution, welche dieses Kulturgut fördert. Liveübertragungen, eigene Produktionen, CD- und DVD-Herausgaben, Beiträge, Hintergrundinformationen, all dies fördert das Interesse, und wunderbare Momente bleiben der Nachwelt erhalten.

Eines der besten Beispiele dafür ist, dass wir uns mit Ö1 einen eigenen Kultursender leisten. Nachrichten, Kunst- und Kultursendungen, die es auf dem Kommerzmarkt so niemals geben würde. Wir stehen dafür, dass es einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt. Radio und Fernsehen, das auch die Möglichkeit hat, sich Themen intensiver zu widmen, noch selbst zu recherchieren und damit unabhängig von Geldgebern zu sein, denen es ausschließlich um ihren wirtschaftlichen Vorteil geht.

Hoher Landtag! Die Zielsetzung verantwortungsvoller Politik muss es sein, mehr Qualität in die Medienwelt zu bekommen und nicht weniger. Der ORF leistet einen überaus wichtigen Beitrag zu dieser Zielsetzung. Das kostet auch etwas und das muss uns auch etwas wert sein. Danke sehr! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, es gibt niemand in diesem Raum, der sich nicht schon einmal über die Programmgestaltung im ORF geärgert hat. Geschmäcker und

Vorlieben sind bekanntlich - und das ist gut so - unterschiedlich. Und es hat sich auch wahrscheinlich schon jeder einmal darüber geärgert und hat gemeint, die eine oder andere Berichterstattung sei tendenziell. Vielleicht hat er deswegen auch in ein anderes Programm geschwitcht, vielleicht zu einem privaten Sender. Oder man hat sich mittels E-Mail oder mittels Telefonanruf auch beim ORF persönlich darüber beklagt. Das mag schon der Fall sein. Aber das rechtfertigt nicht gleich die Forderung nach Abschaffung der GIS-Gebühren.

Ich glaube, dass eine funktionierende Demokratie auch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk braucht, der einen Bildungs- und Informationsauftrag hat! Dieses Prinzip ist in ganz Europa, zwar in unterschiedlichen Ausprägungen, aber dennoch unumstritten.

Schaut man sich die GIS-Gebühr von 24,88 Euro, immerhin schon inklusive USt., an, dann ist der Löwenanteil für das Programmengeld. Der ORF nimmt mehr als 100 Millionen Euro jährlich in die Hand für Eigenproduktionen, Filme, Dokumentationen aus den unterschiedlichsten Bereichen. Manche sehr hochkarätig, Beiträge in Ö1 oder ORF III, wie wir schon gehört haben. Aber auch Unterhaltungssendungen. Denken wir nur an den „Polt“ aus dem Weinviertel, der ja auch touristisch wesentliche Impulse ausgelöst hat. Ja, es soll auch Leute gegeben haben, die in Retz die „Bezirksrichterin“ gesucht haben, nur weil sie eben diese Serie immer wieder gesehen haben.

Also, ich glaube, da haben wir auch eine gute Möglichkeit, unser Land sehr gut in Szene zu setzen und hier auch Touristisches sehr gut zu vermarkten. Neben der Radio- und Fernsehgebühr, wovon immerhin 5 Millionen auch über den Medienförderungsfonds an Privatradios gehen, zählt neben der Kunstförderung, die vom Bund verwaltet wird, die Landesabgabe von 5,10 Euro zu den wesentlichen Bestandteilen der GIS-Gebühr. Wir haben im Voranschlag für das Jahr 2016 immerhin zirka 30 Millionen Euro veranschlagt. Diese sind zweckgewidmet: 70 Prozent für Kultur, 30 Prozent für Sport. Und sie sind wahrlich unverzichtbar für das Land.

Wir haben in Niederösterreich eine sich sehr gut entwickelte Kulturszene, von der Volkskultur bis zur Hochkultur. Die lebt, die entwickelt sich weiter! Ich glaube, gerade als Kulturland hat sich Niederösterreich in den letzten Jahren einen sehr, sehr guten Namen gemacht mit dem Theatersommer, mit dem Festival in Grafenegg. Kultur ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden durch diverse Veranstaltungen, Ausstellungen, Landesausstel-

lungen kommen jährlich tausende Besucher ins Land und der Sektor des Kulturtourismus ist immer wichtiger geworden.

Genauso, meine Damen und Herren, verhält es sich beim Sport. Der Ausbau der Sportanlagen und die Unterstützung der Sportvereine ist wichtig, ist notwendig für die Jugend, für die Sportvereine, die auch immer wieder Menschen in Bewegung bringen. Dazu brauchen wir die Mittel aus der Landesabgabe! Und daher werden wir dem FPÖ/GRÜNEN-Antrag keine Zustimmung geben und haben deswegen diesen § 34-Antrag eingebracht. Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich musste jetzt bei den Wortmeldungen - genau aufgepasst - immer wieder hören, dass die Qualität doch in Ordnung ist und dass ein Bildungsauftrag beim ORF vorhanden ist. Und dann wieder, auch Bezug nehmend auf die Qualität der Filme mit Niederösterreich-Bezug, Tourismus, Wertschöpfung. Das ist alles nicht falsch. Über die Qualität kann man natürlich zu diskutieren beginnen. Denn eines muss ich schon sagen: Haben wir uns früher, zu den Zeiten ... Ich kann mich erinnern, wie mein Vater noch lebte, da hat man gesagt, okay, in den Printmedien, was in den Zeitungen steht, na ja, die machen Parteipolitik. Da will der Journalist dies und das, das gibt es beim ORF nicht. Ich muss sagen, mittlerweile hat der ORF die Printmedien überholt, was Parteipolitik anbelangt. Und ich möchte kein Unternehmen, wo Rot und Schwarz packeln. Ich möchte kein Unternehmen wo ein Sumpf ist, wo Geld verschleudert wird, wo sich die Landeshauptleute, inklusive damals Jörg Haider in Kärnten, aushandeln, dass bei „Pröll heute“ nur sie vorkommen und sonst niemand. Für das ist mir dieser Luxus zu teuer!

Wenn ich den Landeshauptmann sehen will, kann ich ihn besuchen oder ich stell mir ein Foto aufs Bett, aber ich muss nicht teuer dafür bezahlen, dass ich immer wieder dann etwas höre, wo er sowieso nicht die Wahrheit sagt. Weil wenn der Landeshauptmann heute im Fernsehen auftritt und gegen die Registrierkassa schimpft, aber im Landtag die ÖVP für die Registrierkassa stimmt, diese verlogene Art von Pröll brauch' ich dann nicht im Fernsehen sehen, muss ich ganz ehrlich sagen. Und das ist es, wo ich sage, Parteipolitik. Und mit dieser Parteipolitik muss man einmal ein Ende machen! Und der ORF macht Politik! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der ORF macht Politik im Land und macht Politik im Bund. Jetzt wird wieder gestritten, werden die Schwarzen oder werden die Roten, wird es der Günstling vom Erwin oder bleibt es der Wrabetz? Oder wird es einen lachenden Dritten geben? Das bitte stoßt den Leuten auf! Und so lange wir diese Diskussionen führen, bin ich dafür, dass man sagt, generell gehört der ORF komplett umgekrempelt. Die Parteipolitik muss einmal hintangestellt werden, dann muss einmal der finanzielle Zustand eruiert werden. Er ist eine Katastrophe! Sonderverträge über Sonderverträge. Und dann auch die Politik tatsächlich seriös gestalten.

Das kann doch nicht sein, dass man mittlerweile öffentlich weiß, dass es Weisungen gibt, dass bei Verbrechen die Berichterstattung so ausschaut, dass nicht „Ausländer“ dazu gesagt werden darf, wenn es sich um einen Ausländer handelt. Hat das bitte der Bürger verdient, dass man so belogen wird? Aber mittlerweile weiß es der gelernte Österreicher schon: Wenn die Berichterstattung so erfolgt, dass nicht dazu gesagt wird, der Niederösterreicher, der Burgenländer oder der Steirer, dann weiß man schon, das war ein Ausländer. Und das, bitte, wird immer wieder gemacht. Und darum sag ich ja: Die Printmedien sind da mittlerweile besser als der ORF, weil sie wirklich seriöser arbeiten.

Und wenn man die Wertschöpfung der Filme diskutiert, die Kollegin Hinterholzer hat es gesagt, ja, das ist schon richtig. Aber bitte, dann hättest auch dazu gesagt, wieviel Geld die Landesregierung in jeder Sitzung auch dafür noch extra ausgibt, zu den anderen Geldern. Bitte, das hast du verschwiegen! Weil darüber wollen wir nicht diskutieren.

Und dann könnte man wirtschaftlich einmal nachdenken, ob das tatsächlich der richtige Weg ist. Ich sage, das ist der falsche Weg! Der ORF, so wie er jetzt ist, gehört eigentlich in Wirklichkeit in Schutt und Asche, neu aufgebaut, ohne Parteipolitik, ohne Sonderverträge und ohne Rot und Schwarz! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist damit erledigt. Von der Berichterstatterin wird kein Schlusswort gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 781/A-3/92, Antrag der Abgeordneten Ing. Huber, Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Abschaffung der GIS-Gebühr – Niemand soll für etwas bezahlen müssen das er gar nicht will oder benützt; der Antrag lautet, er wird abgelehnt.)* Für diesen Antrag stimmen die Abgeordneten der GRÜNEN, der ÖVP,

der SPÖ und Herr Abgeordneter Dr. Laki. Damit ist dieser Antrag angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich beabsichtige dabei, folgende Geschäftstücke wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln: Ltg. 770/B-2/24, Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH, Medientransparenz in Niederösterreich Landeskliniken-Holding, Ltg. 794/B-2/25, Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen, Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H., Ltg. 776/B-1/37, Bericht des Landesrechnungshofes über das Projekt „noeHIT – niederösterreichische Heime Informations Technologie“, Ltg. 795/B-1/38, Bericht des Landesrechnungshofes über Finanzierung des Landes NÖ im Wirkungsbereich des Bundes Nachkontrolle, Ltg. 821/B-1/39, Bericht des Landesrechnungshofes über Betriebsführung und Verwaltung der NÖ Landeskliniken. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch, zu den genannten Geschäftsstücken zu berichten.

(Zweiter Präsident Mag. Karner übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu diesen fünf von Herrn Präsidenten schon mit vollem Namen genannten Geschäftsstücken.

Es handelt sich um zwei Berichte des Bundesrechnungshofes und drei Berichte unseres ureigensten Kontrollorgans unseres Landesrechnungshofes. Die Berichte liegen in den Händen der Abgeordneten. Und aus Zeitgründen erspare ich mir, sporadisch auf die einzelnen Inhalte einzugehen, aber sie sind eben vollinhaltlich vorliegend.

Ich stelle den Antrag namens des Rechnungshof-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadt Wiener Neustadt und Wiener Neustadt Holding GmbH; Medientransparenz in der NÖ Landeskliniken-Holding (Reihe Niederösterreich 2015/9) wird zur Kenntnis genommen.“

In gleicher Weise stelle ich den Antrag betreffend Bericht des Rechnungshofes über die Alpine Ski WM 2013 (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen; Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich ‚ÖISS‘-Datensysteme Gesellschaft m.b.H. (Reihe Niederösterreich 2015/11) wird zur Kenntnis genommen.“

Drittens zum Bericht des Landesrechnungshofes stelle ich den Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes über das Projekt ‚noeHIT – niederösterreichische Heime Informations Technologie‘ (Bericht 10/2015) wird zur Kenntnis genommen.“

In gleicher Weise den Antrag betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes über Finanzierung des Landes NÖ im Wirkungsbereich des Bundes, Nachkontrolle (Bericht 11/2015). (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes über Finanzierung des Landes NÖ im Wirkungsbereich des Bundes, Nachkontrolle (Bericht 11/2015) wird zur Kenntnis genommen.“

Und letztlich der Bericht des Landesrechnungshofes über Betriebsführung und Verwaltung der NÖ Landeskliniken (Bericht 12/2015). (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes über Betriebsführung und Verwaltung der NÖ Landeskliniken (Bericht 12/2015) wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident, ich ersuche, über alle diese fünf Anträge eine Debatte einzuleiten und eine Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Mag. Karner: Danke! Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Hahn.

Abg. Hahn MEd (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich nehme Bezug zum Bericht des Rechnungshofes zur Medientransparenz in der NÖ Landeskliniken-Holding. Das Medientransparenzgesetz, das ja mit Juli 2012 in Kraft getreten ist, soll in erster Linie dazu dienen, Transparenz zu schaffen in Bezug auf Medienkooperationen und Werbemaßnahmen. Damit sind natürlich alle Rechtsträger, die der Kontrolle durch den Rechnungshof unterliegen, dazu verpflichtet, für gewährte Förderungen an Medieninhaber von periodischen Medien quartalsweise den Namen des jeweiligen Förderungsempfängers und natürlich auch die Höhe der Förderung bekannt zu geben, sofern diese über der Bagatellgrenze von 5.000 Euro liegt.

Immerhin 5.736 meldepflichtige Rechtsträger gibt es in Österreich. Dazu zählen dann natürlich die Bundesministerien, die Länder und Gemeinden, die Träger der Sozialversicherung usw., aber auch Unternehmen bzw. Körperschaften, an denen diese zumindest eben zu 50 Prozent beteiligt sind, sowie Stiftungen, Fonds und Anstalten.

Auch die NÖ Landeskliniken-Holding unterliegt dementsprechend als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit der Kontrolle des Rechnungshofes und damit auch der Meldepflicht nach dem Medientransparenzgesetz. Seitens der Holding wurden im überprüften Zeitraum 237 Werbeaufträge und Medienkooperationen mit einem Nettogesamtbeitrag von immerhin fast 950.000 Euro vergeben. 146 Werbeaufträge davon mit einem Gesamtwert von 805.000 Euro unterlagen dabei der Meldepflicht, wobei diese auch rechtzeitig von der Holding gemeldet wurden. Die restlichen 91 davon mit einem Gesamtwert von 143.000 Euro, das entspricht 38 Prozent aller Werbemaßnahmen und etwa 15 Prozent der gesamten Werbeausgaben der Landeskliniken-Holding, liegen unter der Bagatellgrenze von 5.000 Euro. Soweit so gut.

Allerdings muss man dazu sagen, es gab in fünf Quartalen – und ich zitiere hier aus dem Bericht – sachlich, zeitlich und betraglich unrichtige Zuordnungen sowie Verstöße gegen das Nettobetragsprinzip, was auf eine unrichtige Aussage der KommAustria zurückzuführen war. Dieser Fehler hat im Endergebnis jedoch zu einer erhöhten Meldung geführt. Weiters hat der Rechnungshof auch auf die hohe Zahl der Werbeaufträge unter der Bagatellgrenze von 5.000 Euro hingewiesen.

Ich weiß schon, Grenzen haben es immer an sich, man kann sie positiv, aber auch negativ auslegen und nützen. Man muss aber schon darauf hinweisen, dass die Landeskliniken-Holding in keinem der 146 Werbeaufträge bzw. Medienkooperationen in eben dieser Höhe von rund 806.000 Euro, die zu 60 Medienmeldungen an die KommAustria zusammengefasst wurden, die vertragliche Kennzeichnungspflicht eingehalten hat.

Es haben auch nur 11 von 146 entgeltlichen Einschaltungen in den diversen Medien wie zum Beispiel „Kurier“, „Heute“, „NÖN“ und dergleichen eine richtlinienkonforme Kennzeichnung aufgewiesen. Das heißt, die überwiegende Anzahl der gemeldeten Aufträge war nicht richtig gekennzeichnet.

Ich weiß schon, Gesetze und Regelungen sind oft sehr ausführlich beschrieben und nicht im Detail jedem und jeder bekannt. Trotzdem sind, glaube ich, Gesetze dazu da, um sie einzuhalten. Und das allemal!

Was zwar auf der einen Seite rechtlich korrekt ist, jedoch eine mehr als schiefe Optik erzeugt hat, ist, dass die Landeskliniken-Holding nur fünf Tage vor Inkrafttreten des Medientransparenzgesetzes die Medieninhaberschaft von zwei Printmedien, und zwar des Ärzteverlages, übernommen hat und sich somit die medientransparenzrechtliche Bekanntgabepflicht von immerhin 4 Millionen Euro sowie die inhaltliche Kontrollpflicht bei den beiden Magazinen erspart hat.

Das heißt, dass die Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Sachlichkeitsgebot nicht mehr eingehalten werden mussten. Wie gesagt, rechtlich vielleicht korrekt. Der Werbeeffekt war aber für die Mehrheitspartei auf diese Weise sicherlich gegeben und ist es zweifellos immer noch. Für mich persönlich eine eher zweifelhafte Interpretation des Sparsamkeitsprinzips. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Rosenmaier.

Abg. Rosenmaier (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte einige Worte, Sätze über den Rechnungshofbericht der Statutarstadt Wr. Neustadt sprechen. Dass mir das als aus dem Bezirk Wr. Neustadt Stammender nicht ganz leicht fällt, glaube ich, dieses Verständnis dürfte ich hier im Haus über alle Fraktionen hinweg schon finden.

Keine Sorge, ich bin nicht bereit, etwas gesund oder schön zu reden. Ich bin aber auch nicht bereit, alles im Grunde genommen so stehen zu lassen, wie es von manchen vielleicht angedacht wird. Dass es zu einer wirklich dramatischen finanziellen Lage, zu einer Finanzlage der Stadt geführt hat, die sich, wenn man den Zeitraum betrachtet, kann man durchaus davon ausgehen, dass sich dies über zwei Jahrzehnte gezogen hat, ich glaube, das ist eine Tatsache. Ist auch eine Tatsache, dass wir die Zahlen kennen, weil die Veröffentlichung bereits im vergangenen Herbst 2015 stattgefunden hat. Ist so, muss man zur Kenntnis nehmen.

Der Schuldenberg, der hier angehäuft worden ist, hat natürlich auch durchaus, wenn man den analysiert, die eine oder andere Begründung in sich. Man kann eigentlich das in eine gute Seite und in eine weniger gute Seite verpacken. Es ist ja nicht so, dass man jetzt grundsätzlich so derart mies gewirtschaftet hat und sich um überhaupt gar nichts gekümmert hat. Und dass niemand etwas davon gehabt hätte. So kann man das nicht stehen lassen. Ich glaube, dass es durchaus, das weiß man auch und wird in der Stadt auch heute noch geschätzt, ein sehr großes Engagement im Sozialbereich gegeben hat. Was natürlich mit dementsprechenden Kosten verbunden war und natürlich auch ist. Keine Frage.

Wir wissen auch, dass viel Geld in den Bildungsbereich geflossen ist. Das ist auch kein Geheimnis. Nicht umsonst hat die Stadt diesen guten Ruf, eine Schulstadt zu sein. Und das hat sich auch in den vergangenen Monaten erst wieder gezeigt, nachdem auch die jetzige Stadtführung dementsprechend positiv zu einer Schulstadt, zur Bildung, steht. Ist auch wieder, wie gesagt, mit Geld verbunden.

Die laufenden Kosten natürlich für Kunst, Kultur und Sport in einer Stadt wie Wr. Neustadt bedeuten natürlich eine völlig andere Größenordnung wie wenn ich heute als Landbezirk meine eigene Heimatgemeinde hernehme mit 3.600 Einwohnern. Die Stadt Wr. Neustadt hat wie andere große Städte in anderen Bezirken natürlich auch für den Landbezirk, ob man es aussprechen will oder nicht, durchaus Kosten zu übernehmen. Und so ist das auch zu sehen!

Das ist das Gute! Das sind die guten Fakten! Es gibt natürlich auch Fakten, die mir auch persönlich als Bürgermeister von meiner Sichtweise her gar nicht gefallen. Ich sage einmal, wenn man heute hergeht und eine Gemeinde zu führen hat, dann hat man natürlich auch dementsprechend

Obsorge zu treffen. Dass man, wenn man was anschafft, auch durchaus in der Lage ist, dass man das auch bezahlen kann. Das ist etwas, von dem ich sage, das muss ich für mich als Person in Anspruch nehmen, das muss ich für mich gesehen, für meine kleine Familie, für meine eigene Familie, so in Anspruch nehmen und werde das auch so sehen. Und das muss ich, wenn ich das auf meine Heimatgemeinde zum Beispiel ummünze, auch für meine große Familie, für die Gemeinde, so sehen.

Wenn ich heute sage, ich bau eine Schule neu, ich bau einen Kindergarten, ich bau ein Schwimmbad, was auch immer, ja, dann gibt es für mich immer diese so genannte begleitende finanzielle Kontrolle. Das heißt, ich habe einmal einen Kostenvoranschlag, ich weiß was das kostet. Dann muss ich einmal mit mir selber einig werden, kann ich es mir leisten oder kann ich es nicht. Und dann fange ich halt mit dem ganzen Zeug irgendwann einmal an.

Aber dann muss ich auch schauen, step by step, wie weit ist der Baufortschritt, wie schaut es mit den Finanzen aus. Und genauso ist im Grunde genommen jeder eigene Haushalt, den wir selbst zu führen haben, zu führen. Und so ist auch eine Gemeinde, ein „Unternehmen Gemeinde“ zu führen. Und da ist halt wirklich einiges ganz einfach wirklich grob schief gelaufen, ja?

Ich bin auch der Meinung, dass die Stadt, die Statutarstadt Wr. Neustadt ... Es hat eine Gemeinderatswahl gegeben am 25. Jänner vergangenen Jahres. Die Stadt wird neu regiert, die Karten sind neu gemischt, das ist so. Wenn ich das aus sozialdemokratischer Sicht sehe, ist ganz klar, ich verhehle das gar nicht, schmerzt es. Aber es ist ganz einfach in einer Demokratie möglich, was in Wr. Neustadt möglich geworden ist. Das ist okay, da braucht überhaupt niemand jetzt irgendwie sagen unfair oder schon fair oder nicht. Es wurde so gemacht.

Es gibt eine so genannte bunte Regierung. Und mir persönlich als im Wr. Neustädter Bezirk Ansässiger ist, für mich als Mensch und natürlich auch im Interesse der Stadt, eines wichtig: Dass wir nicht jetzt hergehen und den Schnee von gestern versuchen neu zu erfinden. Den gibt's für heute auch den „Schnee“, er ist sogar Bürgermeister jetzt in Wr. Neustadt. Mir ist wichtig, das sage ich sehr offen, weil es ist ja keine Neuheit, die Verschuldung in der Größenordnung, dass wir das jetzt wissen.

Und was wir heute da machen im NÖ Landtag, im Hohen Haus, ist eigentlich nichts anderes als den Rechnungshofbericht zur Kenntnis zu nehmen,

wahrzunehmen. Beziehungsweise wenn es sein muss oder wenn es so ist, sagen wir, wir machen heute eine politische Auseinandersetzung daraus. Und da hat wahrscheinlich jeder eine eigene Sichtweise und seinen eigenen Zugang. Und ich habe auch meinen eigenen Zugang dazu.

Mir ist es wichtig, dass in Zukunft die Stadt Wr. Neustadt einen guten Verlauf nimmt. Das ist mir persönlich sehr wichtig. Und wenn ich zwei Zahlen nur hernehme, ja, man weiß es ja noch nicht ganz genau, es gibt noch keinen Rechnungsabschluss. Aber man kann jetzt einmal sagen, Schulden in der Größenordnung von 400 Millionen Euro. Das ist ein Faktor. Muss man zur Kenntnis nehmen.

Und dann gibt es ein zweites Faktum. Man ist soweit jetzt mit Sparmaßnahmen, und sowas ist nicht einfach. Das bedarf natürlich wirklich tiefer Einschnitte. Da gibt's Tränen, da gibt's Schmerzen, das ist überhaupt keine Frage. Es ist einmal jetzt, glaube ich, soweit gelungen, dass man für das kommende Budget das es noch zu beschließen gilt, diese genannten und auch richtigen 15 Millionen Euro einzusparen hat um überhaupt einen weiteren Fortbestand, einen finanziellen Bestand überhaupt zu ermöglichen.

Und das ist im Grunde genommen eine Zahl, in der für mich auch ein Stück Zukunft drinnen steckt. Wenn es auch noch so schmerzhaft ist. Doch es ist die Zahl, die in Zukunft ganz einfach maßgebend sein wird, dass man Wr. Neustadt in letzter Konsequenz wieder in die richtige Spur bringt. Auf ein Fundament bringt, von dem man wirklich sagen kann, die Schulden werden abgebaut und man kann im Grunde genommen wieder in die Zukunft blicken.

Ich sage einmal sehr offen und sehr ehrlich, mir persönlich ist es zumindest sehr wichtig, dass man diese Stadt wirklich weiterhin als Stadt sieht wie wir sie kennen. Das ist eine Stadt mit einer sehr hohen, großartigen eigentlich Vergangenheit, mit einer Tradition. Eine Stadt, die immer Würde gehabt hat und ganz einfach berechtigt ist, diese Würde auch in Zukunft zu erhalten. Wenn es geht, kann man sie sogar noch ausbauen. Ich glaube, wirklich sagen zu können, das Glück zu haben, im Aufsichtsrat der Fachhochschule Wr. Neustadt zu sein. Ich habe mich eigentlich wirklich richtig gefreut bei unserer letzten Sitzung - konnte dann in ein paar Tage darauf folgend am Abend leider aus terminlichen Gründen nicht dabei sein bei der offiziellen Projektvorstellung -, dass man die Fachhochschule Wr. Neustadt dann in den städtischen Bereich hineinbringt. Ich habe mir das Konzept angeschaut, hab es mir durchgelesen: Ein Spitzen-

architekt, muss ich wirklich sagen, ein Juwel, das dort entsteht. Nicht nur, dass man 600 Studierenden einfach die Möglichkeit schafft, dass sie dort einen Platz haben. Es wird damit das städtische Innenleben wieder aktiviert, was sehr wichtig ist für eine Stadt wie Wr. Neustadt. Es ist dort eine Problemzone, das hat jede Stadt, eine kleine wie eine große, und da muss man wirklich dagegen halten. Das passiert dort.

Mich selbst hat nicht nur fasziniert dass man das in die Mitte eigentlich der Stadt hineinbaut, dass man das zusammenbringt. Mich hat auch fasziniert, dass man die Bücherei, die man für alle dann auch öffnen will, ebenfalls in diesen Bereich hinein baut. Das ist ein großartiger Aspekt für mich. Und vor allem wirklich ein Aspekt, der in die Zukunft weist. Und ich bin überzeugt, dass das auch dementsprechend angenommen wird.

Liebe Freunde, ich hab mich natürlich auch gefreut, weil ich halt auch aus dem Bezirk Wr. Neustadt bin. Das war für uns alle miteinander eine sehr, sehr schöne Botschaft, und ich möchte das auch so positiv zum Abschluss noch mitgeben: Die Landesausstellung 2019 wird in Wr. Neustadt stattfinden. Das ist wirklich eine großartige Sache, ein großartiger Impuls für die Stadt. Natürlich auch sehr wichtig für die Stadt, weil dadurch auch dementsprechende Geldmittel fließen können, auch natürlich für den Landbezirk. Also da gibt es sehr, sehr viele Profiteure.

Sehen wir das so. Ich weiß schon, machen wir es uns nicht so leicht, und ich habe jetzt da geredet und jeder andere geht her und lobt Wr. Neustadt wie gut das war und reden wir nicht mehr darüber. Das wäre der falsche Ansatz, überhaupt keine Diskussion. Aber ich bin eher ein Mensch, der sagt, gibt es für mich immer auch in meinem privaten Bereich eine Vergangenheit. Aber auch für mich persönlich nehme ich in Anspruch, gibt es eine Zukunft! Und diese Zukunft gehört gemeinsam für die Statutarstadt Wr. Neustadt positiv ausgerichtet. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ und Teilen der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Landbauer.

Abg. Landbauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Geschätzte Damen und Herren!

Herr Klubobmann Rosenmaier hat wahrlich keine einfache Aufgabe gehabt, in seiner Funktion und Parteizugehörigkeit zu diesem Rechnungshofbericht zu sprechen. Und es ist natürlich auch je-

dem selbst überlassen, in welcher Art und Weise er einen Bericht des Rechnungshofes diskutiert. Ich bin schon der Meinung, dass man ihn auch entsprechend politisch diskutieren muss.

Nicht um hier Schmutzwäsche zu waschen, sondern weil alle Auflistungen, Aufzählungen dieses Berichtes ja wieder zu verwenden sind. Weil wir wissen, dass es andere Städte gibt, die durchaus vergleichbar sind mit Wr. Neustadt, die ähnliche Probleme haben, die teilweise schon ans Tageslicht getreten sind – Beispiel Schwechat. Es gibt aber andere Städte, wo man es durchaus weiß, aber noch kein Bericht in dieser Form vorliegt und es so schwarz auf weiß auf Papier gebracht hat. Ich denke hier zum Beispiel an St. Pölten.

Wir haben in Wr. Neustadt den Fall, wie du richtig erwähnt hast, dass wir bei etwa 400 Millionen Euro Schulden stehen. Ein Schuldenberg, der durchaus beträchtlich ist und der speziell einem Bewohner der Stadt durchaus die Sorgenfalten auf die Stirn treibt. Denn es muss und es wird jedem in diesem Haus klar sein, dass mit einem derartigen Schuldenberg eine gesicherte Zukunft bei Gott keine Selbstverständlichkeit ist. Es ist bei Gott nicht so dass man sagen kann, eine Stadt wie Wr. Neustadt kann mit 400 Millionen Euro im Schuldenrucksack einfach zur Tagesordnung übergehen und es ist eine entsprechende Zukunft garantiert. Wir sehen die Fälle, dass wir entdecken müssen, dass die entsprechende Finanzierung von Zukunftsprojekten enorm schwer geworden ist, die Umsetzung enorm schwer geworden ist. Man muss wirklich jeden Euro umdrehen um in dieser Stadt noch Investitionen zu tätigen. Und das ist das Wesentliche: Ich kann eine Stadt nicht hernehmen und sagen, jetzt lass ich einmal für 3, 4, 5 Jahre alles so wie es ist.

Denn nicht nur die Tatsache, dass die Stadt unattraktiv wird, ist ein Faktum, sondern auch die Tatsache, dass sich damit mein Schuldenberg noch weiter erhöhen würde. Wir sehen es in allen Bereichen. Die Gemeindewohnungen. Hier fehlt an allen Ecken und Enden das Geld, zu sanieren. Was zur Folge hat, dass viele Wohnungen einfach nicht vermittelbar sind, weil ich sie nicht in entsprechendem Zustand bringen kann.

Zukunftsprojekte wie eben ein Stadionneubau. Es kann nicht einfach gesagt werden, ich nehme hier 10, 15, 20 Millionen Euro in die Hand und investiere in die sportliche Zukunft dieser, ja auch Sportstadt. Da müssen andere Wege beschritten werden. Und ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, diese Wege auch entsprechend zu ebnen, wie bei vielen anderen Projekten auch.

Aber, lieber Herr Klubobmann Rosenmaier, ich möchte und muss durchaus ein paar Worte zur Vergangenheit verlieren. Und das muss man auch, und das werde ich auch so erwähnen. Auch du findest und hast auch heute entsprechend offene und ehrliche Worte gefunden. Was in den letzten Jahren, und da spreche ich speziell von den letzten 10 bis 20 Jahren, in dieser Stadt politisch geschehen ist, wird noch viele Bände füllen. Wird auch, und davon bin ich überzeugt, auch noch entsprechende rechtliche Nachspiele haben. Weil es notwendig ist.

Wir haben auf der politischen Seite vorgefunden, dass man sich schlicht und ergreifend von Seiten der Stadtführung keine Gedanken gemacht hat, wie dieses finanzielle Desaster abgeändert werden kann. Man wollte schlicht und ergreifend von Jahr zu Jahr zur Tagesordnung übergehen und hat nicht daran gedacht, dass man hier grundlegend etwas verändern muss. Auch das ist nichts was mir eingefallen ist. Sondern das belegt auch der Rechnungshof. Der schreibt, dass die mittelfristige Finanzplanung einfach den Abgang fortgeschrieben hätte. Und sie hat, wenn diese Planung so beibehalten worden wäre.

Und das ist der wesentlichste aller Punkte, die es zu erwähnen gilt, dass, wenn man in dieser Art und Weise versucht zu wirtschaften und eine Stadt zu führen, finanziell zu führen, dass nur den Abgrund runtergehen kann. Und ich bin mir sicher, es wäre auch so gekommen.

Denn Einsicht gab es bei Gott keine! Einsicht gab es bis zum Wahltag keine. Einsicht gab es nach dem Wahltag keine! Und die Einsicht, die jetzt, gut ein Jahr nach geschlagener Gemeinderatswahl, vorhanden ist, ist auch eine nur sehr begrenzte. Und da bitte ich unter anderem auch dich, Klubobmann Rosenmaier, in deiner Funktion als Führungspersönlichkeit, als Führungsfunktionär der SPÖ im Bezirk, hier entsprechend auch dafür zu sorgen, dass man gemeinsam arbeitet. Dass diese Zukunft dieser Stadt gewährleistet sein kann in einer Zukunft auf breiter Basis. Und da spreche ich nicht von einer jetzt neu im Amt befindlichen so genannten bunten Regierung, sondern mit allen Parteien, denn das wird notwendig sein.

Es wird auch notwendig sein, dass jene Nachfolger der, wie ich offen sage, Schuldigen dieser Misere, auch die entsprechende Einsicht haben und nicht gegen jede Sparmaßnahme, die absolut und notwendig ist, um die finanzielle Zukunft entsprechend garantieren zu können, dagegen wettern. Sondern auch soweit zu sein und zu sagen, ja, es ist notwendig, an gewissen Punkten und Ecken

zu sparen. Denn das wird auch der Wähler nicht goutieren, wenn man diese so notwendigen Schritte nicht mittragen will.

Ich wünsche uns, ich wünsche der Stadt Wr. Neustadt eine erfolgreiche Zukunft, eine Zukunft auf finanziell gesunden Beinen. Und ich bin auch sicher, dass das mit dem jetzt beschrittenen Weg in Zukunft so möglich sein wird. Vielen Dank! *(Beifall bei der FPÖ und Teilen der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Zu allererst: Wir haben kaum dramatischere Rechnungshofberichte in Gemeinden erlebt oder diskutiert, aber selten so seriös. Und dafür möchte ich mich fürs Erste bedanken. Und wer erwartet hätte, dass ich jetzt quasi ein Scherbengericht eröffne über die Stadtverantwortlichen der Vergangenheit, der irrt. Das mach ich nicht, das hat schon die Bevölkerung demokratisch am 25. Jänner 2015 gemacht.

Und alle jene, die vielleicht erwarten, dass ich mit einer gewissen Schadenfreude jetzt all das zelebriere was der Rechnungshof mit Recht aufgezeigt hat, enttäusche ich ebenfalls.

Eines gehört jedenfalls gesagt: Wir haben als neue Regierung, als bunte Regierung einen Kasasturz gemacht. Und es ist zwar nicht erfreulich, aber es hat uns den Rücken gestärkt, dass der danach gekommene Rechnungshofbericht in Wahrheit 1:1 das bestätigt hat was wir nach der Übernahme der Gemeinde als Kassasturzergebnis auf den Tisch gelegt haben.

Es ist, um ein paar Fakten zu sagen, trotz einer enormen Erhöhung von Gebühren und einer Tilgungsaussetzung von Darlehen das negative Jahresergebnis bis zu minus 40 Millionen Euro gestiegen. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass diese Kostensteigerungen, die die Bürger belastet haben ohne positives Ergebnis 56,7 Prozent an Gebührenerhöhungen ergeben hat. Wir haben selbst den ordentlichen Haushalt über Darlehen finanziert. Und es wurde schon angesprochen, bei einem Budget von 163 Millionen haben wir in Summe 391 Millionen Schulden. In Wahrheit ist die Stadt Wr. Neustadt konkursreif gewesen. Und ein Beispiel bzw. unterstrichen wird das mit folgendem Faktum: Sie müssen sich vorstellen, wir übernehmen diese Verantwortung und plötzlich sagen uns die Banken,

wir bekommen keinen Kassakredit mehr. Der Kassakredit läuft mit 31. März 2016 aus und uns hat jedes Kreditinstitut signalisiert, tut leid, da ist HETA noch dazugekommen, das wird noch vielen weh tun in diesem Haus, die Gemeindevertreter sind, und nicht nur jene, haben uns die Banken signalisiert, tut leid, wir bekommen keinen Kassakredit mehr. Was das bedeutet, das weiß jeder, der da sitzt. Zahlungsunfähig! Wir können die Mitarbeiter nicht mehr bezahlen und ähnliches mehr.

Ich rede gar nicht über die Derivatgeschäfte, die viele andere auch gemacht haben. Die sind zusätzlich hinzugekommen. Und die Pro-Kopf-Veranschuldung in der Stadt liegt im Hoheitsbereich bei 4.000 Euro pro Einwohner. Und wenn ich jetzt noch die Tochtergesellschaften dazuzähle sind es 9.400 Euro. Das war quasi die Erbschaft, die wir übernommen haben. Eine nahezu, oder in Wahrheit konkursreife Stadt. Und was macht man da?

Wenn man die Verantwortung wollte, und das haben wir gewollt, dann muss man massiv eingreifen. Und wir haben das, was der Rechnungshof als Ziel definiert hat, als Vorgabe für uns gesehen, nämlich das Budget des Jahres 2016 so zu gestalten, dass es eine schwarze Null ergibt. Was bedeutet, dass wir über 15 Millionen einzusparen haben. Jetzt muss man wissen, wir haben zwar 163 Millionen Budget, aber davon sind manövrierfähig maximal 80 Millionen. Und daraus gilt es eben, diese 15 Millionen einzusparen.

Nur ein Beispiel: Ich glaube, ich bin hier nicht verdächtig, irgendwas darzustellen, was nicht stimmt. Allein die Gastronomie in diesen zwei Jahren, die überprüft wurde, die die Stadt geführt hat, hat eine Miese von 600.000 Euro. Wenn ich die fünf Gastronomiebetriebe, die geführt worden wären, um 1 Euro verpachtet hätte, hätte ich 600.000 Euro mehr eingespart. Man muss nur ein paar so Blüten, und das sind Sumpflüthen, darstellen, um zu zeigen, was hier an Problemen angestanden ist.

Und was müssen wir machen? Wir müssen wirklich hineingreifen. Ich muss den Mitarbeitern 4 Prozent der Gage wegnehmen. Oder ich muss Entlassungen oder Kündigungen aussprechen. Und was das bedeutet, von der Gage 4 Prozent wegnehmen, das brauche ich euch nicht zu sagen. Das ist alles andere als lustig!

Aber eines muss ich sagen: Dass die Mitarbeiter, die ja völlig schuldlos an dieser Situation sind, das auch entsprechend, zwar mit Zähne knirschen, aber mittragen. Was für mich wirklich ein ganz tolles Signal war!

Und weil so oft über diese bunte Regierung gesprochen wurde. Ich habe mir nicht vorstellen können, auch wenn ich es jetzt ein bisschen salopp formuliere ist viel Ernst dahinter, ich habe mir nicht vorstellen können, dass Leute aus einem Kaliber wie dem Waldhäusl, wenn ich mir den da immer anhöre, ich habe mir nie denken können, dass ähnliche Typen wie du, die da wie die Wilden auftreten und Opposition sind, in der Funktion als Regierer hervorragend mitarbeiten. Ich muss das da sagen. Es ist wirklich eine Freude!

Natürlich haben wir ideologische Probleme und andere Positionen dann und wann. Die werden ausgetragen, das ist überhaupt keine Frage. Aber letztendlich wissen alle, ihr müsst euch vorstellen, auch Namenslisten tragen mit uns diese 15 Millionen mit! Das sind Einzelpersonen, die überhaupt nicht profitieren davon. Doch sie wissen, es geht nicht anders. Und ich muss wirklich allen, die da mittun, ein Kompliment machen! Ich hätte mir das nie erwartet, dass das so reibungslos geht. Und jetzt muss ich eines sagen: Ich würde mir wünschen, dass die Bundesregierung so arbeitet wie wir im Kleinen arbeiten. Dann würden wir heute nicht so dastehen wie wir dastehen, nämlich wir zwei Parteien. Die können sich die Hände reiben da drüben, weil die Art und Weise der Regierungsverantwortung in einer Art und Weise geschieht, die meines Erachtens indiskutabel ist. Und für mich ist es das Schöne, dass wir beweisen, dass es auch anders geht.

Und ich möchte auch mit dieser Aufforderung enden, wie der Kollege Landbauer: Wir sind bunt, nur in der Buntheit fehlt eine kräftige Farbe, die ist rot. Und ich habe schon Verständnis dafür, dass man eine gewisse Zeit entsprechend im Schamwinkler hockt. Aber in Wahrheit ist die Stadt Wr. Neustadt sozialdemokratisch in ihrer Substanz, und daher wäre die Verantwortung sehr wohl, dass sie sich dieser Verantwortung stellen und sich einbringen.

So gesehen kann ich eines sagen (nicht ernst gemeint): Ich bedanke mich bei den Stadtverantwortlichen, dass sie so gearbeitet haben wie sie gearbeitet haben, weil sonst würde ich da nicht als Bürgermeister stehen. Auf der anderen Seite ist das Erbe eines, das in der Art und Weise nicht wirklich leicht ist, bewältigt zu werden. Aber im Sinne der Stärke und auch der Vergangenheit dieser Stadt bin ich überzeugt, dass wir aus diesen Fehlern der Vergangenheit lernen und jetzt die Zukunft im Fokus haben. Daher bin ich natürlich dem Herrn Landeshauptmann dankbar, dass er den Vorschlag der Kommission für die Landesausstel-

lung 2019 übernommen hat und uns den Zuschlag gegeben hat. Ansonsten wäre der Bewegungsspielraum der Stadt und der Region nicht der, der er jetzt sein kann.

In diesem Sinne sage ich, es gibt immer zwei Seiten einer Medaille. Es ist nicht alles schlecht, sondern wir ziehen positive Konsequenzen aus einem fürchterlichen Bericht des Status Quo der Stadt Wr. Neustadt. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Rosenmaier.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dworak.

Abg. Dworak (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Frau Landesrätin! Hohes Haus!

Ich darf hier in aller Kürze Stellung nehmen zum Rechnungshofbericht Alpine Ski WM 2013 und der Situation im Bereich der Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau. Je ein Bericht des Rechnungshofes, der infolge Klarheit und Eindeutigkeit nicht schönzureden ist.

Tatsache ist, dass gerade bei der Ski WM 2013 in Schladming Investitionen getätigt wurden, hier Gott sei Dank vom Land Steiermark in der Höhe von 152,8 Millionen Euro als bedeutendster Finanzgeber, ohne hier auch dementsprechende angemessene Projektmanagementaufgaben oder gar –controllings mitzuführen.

Das Schlimme dabei war, und das zeigt uns, wie es offenbar gerade im Zusammenspiel Sport, öffentlicher Auftraggeber, öffentlicher Sponsor und ÖSV auf der einen Seite nicht geht, dass man sich in Wirklichkeit bei der Einschätzung von Kosten hier auf den Sportausschuss des österreichischen Skiverbandes verlässt. Und zwar, obwohl hier öffentliche Mittel fließen, ohne öffentliche Begleitung und ohne Kontrolle.

Bei der Situation zum ÖISS darf ich hier ganz kurz berichten, dass es um ein Institut für den Schul- und Sportstättenausbau geht, dessen Unterstützung sich auch sehr viele Gemeinden zunutze gemacht haben. Eine gemeinnützige Stiftung des Bundes und der Länder, wobei der Bund rund fast 400.000 Euro einbringt, die Länder 91.000 Euro. Wobei hier auch der Rechnungshof festgestellt hat, dass es keine strategischen Erwägungen zur Schwerpunktsetzung gegeben hat und daher das interne Kontrollsystem versagt hat.

Für uns ganz klar, dass wir das nicht nur als Lehre, sondern auch als mahnendes Beispiel zur

Kenntnis nehmen wollen, wie man offenbar Großveranstaltungen und gemeinnützige Stiftungen nicht führen kann. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Dr. Krismer-Huber.

Abg. Dr. Krismer-Huber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätztes Hohes Haus!

Ja, es ist jetzt ein bisschen eine bunte Reihenfolge. Es ist mir klar, dass der Bürgermeister der jetzige von Wr. Neustadt das Schlusswort gerne gehabt hätte, aber ich erlaube mir jetzt auch noch zu diesem Rechnungshofbericht kurz Stellung zu beziehen seitens der Grünen.

Wie heißt es? Es gibt nichts zu beschönigen. Das Thema ist zu einem Drama herangewachsen, die Stadt hat extrem hohe Schulden. Das könnten andere gesagt haben, aber es war der Klubobmann der SPÖ, Alfredo Rosenmaier, der mit diesem Rechnungshofbericht eingestehen musste, dass es in der Tat ein Desaster war. Was mich heute in der Debatte ..., insofern schon fast an Ehrlichkeit nicht mehr zu überbieten, lieber Alfredo, weil der Rechnungshofbericht ging ja von 2010 bis 2013. Du stehst hier und gibst selber zu, dass es ein Drama war in den letzten 20 Jahren.

Was sozusagen mir und uns, den Grünen, schon wichtig ist, ist immer einmal, die Rolle der Gemeindeaufsicht zu hinterfragen. Und in der Tat haben die Grünen im Jahr 2007 bereits auf diese riskanten Geschäfte hingewiesen, haben die Gemeindeaufsicht um detaillierte Prüfung ersucht, damit sich das Land Niederösterreich bitte überlegt, ob man Gemeinden und vor allem Wr. Neustadt als die große Stadt in Niederösterreich neben St. Pölten, ob man da überhaupt Ja zu diesen Geschäften sagen kann und welche Hebeln man hat. Und wenn man sie vielleicht gesetzlich nicht hat, dann hat man sie vielleicht auf der politischen Ebene, indem man ein Gespräch führt und ins Gewissen redet, dass man Abstand nimmt vor derartigen Projekten, die hoch riskant sind.

Der Rechnungshof attestiert das jetzt, dass das Vorgehen der Grünen richtig war und dass die damalige Gemeindeaufsicht im Land diesen Beschluss hätte aufheben können, um nicht zu sagen hätte müssen, um diese negativen Folgewirkungen abwenden zu können. Wir wissen, dass wir im Bereich der Gemeindeaufsicht auch heute noch sehr, sehr nachschärfen müssen. Sie darf nicht Spielball sein, was das Couleur der Fraktionen betrifft. Und es sind natürlich immer die Oppositionellen, die die

Gemeindeaufsicht anrufen. Und ich glaube, es wäre an vielen Orten Schaden abzuwenden gewesen, indem man einfach darauf gehört hätte.

Ich weiß das aus so vielen Gemeinden, wenn diese Eingaben kommen. Die sind dann wirklich enttäuscht, weil auch Oppositionelle gute Arbeit machen. Das sieht man jetzt gerade in der neuen bunten Regierung in Wr. Neustadt: Ein bunter Haufen rund um Klaus Schneeberger, die bis vor kurzem sogar Einzelkämpfer in Opposition waren. Die aber dann sagen, es ist uns vorher immer um die Stadt gegangen als Opposition und es geht uns jetzt auch in der Stadtregierung um die Opposition. Und es würde uns quasi auch demokratiepolitisch wirklich gut tun, wenn hier im Land die Eingaben der Opposition dementsprechend und gebührend auch abgearbeitet werden und aus dem auch etwas dann entsteht und man auf die Finger klopft. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Da gibt's insofern wirklich nichts zu beschönigen, wenn Haushaltsdarstellungen intransparent sind, wenn Vermögensrechnungen fehlen und so weiter. Also alle, die diesen Bericht gelesen haben, wissen, dass er wirklich ziemlich dramatisch ist. Ich kenn in Niederösterreich derartige Rechnungshofberichte eigentlich nur aus SPÖ-dominierten Gemeinden. Ich erinnere mich an Bruck a.d. Leitha, nicht Rechnungshofbericht, aber dort auch das Derivatgeschäft, St. Pölten Derivatgeschäfte, Wr. Neustadt mit ihren Derivat- und anderen Spekulationsgeschäften.

Es ist irgendwie bezeichnend, dass die Sozialdemokratie in der Tat auf diese Finanzhaie massiv hineingefallen ist. Mit allen Konsequenzen, vor allem für die Bürgerinnen. Und wie hilflos man ja schon in Wr. Neustadt war, was ja auch angemerkt wurde, dass diese gewaltige Gebührenerhöhung gemacht wurde. Das wissen wir alle aus den Gemeinden, dass Gebührenerhöhungen oft bei den eigenen Betrieben einfach dann auch notwendig sind. Aber wenn sie über Gebühr sind, im wahrsten Sinne des Wortes, dann werden die Menschen nervös, wenn sie sehen, dass sozusagen auf der anderen Seite einfach nichts passiert.

Ich möchte im Moment nicht tauschen mit den Verantwortlichen in Wr. Neustadt. Mir reicht das selber, was ich von dem Vorgänger in Baden übernommen habe, abzuarbeiten. Ich glaube, es ist für viele in den Gemeinden im Moment eine harte Zeit. Und ich würde meinen, ich wünsch der Stadt so wie vielen anderen Städten alles Gute in der harten Zeit. Danke! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Thumpser.

Abg. Thumpser MSc (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gleich zu Beginn meiner Wortmeldung und ich habe es in einer der letzten Diskussionen zu den Rechnungshofberichten auch schon angemerkt und wirklich meine Bitte auch an den Herrn Präsidenten: Vielleicht ist es möglich, in Zukunft bei der Diskussion über die einzelnen Stücke des Rechnungshofes Struktur hineinzubringen. Struktur insofern, indem man auch in der Rednerfolge ein Geschäftsstück nach dem anderen abarbeitet und nicht kreuz und quer. Jetzt nicht wegen uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber es schauen uns Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher am Livestream zu und ich glaube nicht, dass die zur Gänze diesen Überblick haben, wie wir ihn haben. Und da mag es durchaus strukturlos erscheinen, wie wir hier diskutieren.

Vielleicht gibt es gerade im Zusammenhang mit den Rechnungshofberichten in einer der nächsten Sitzung, wenn wir wieder Rechnungshofberichte diskutieren, Klarheit auch in der Abfolge der einzelnen Geschäftsstücke. Denn ich möchte ganz kurz zu dem Rechnungshofbericht Finanzierung des Landes Niederösterreich, Wirkungsbericht des Bundes und dessen Nachkontrolle, Stellung nehmen.

Gleich vorweg: Wir werden diesen Rechnungshofbericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Auch weil dieser Rechnungshofbericht unsere Arbeit im Landtag aufzeigt. Auch wenn der Rechnungshofbericht aufzeigt, dass von den 8 Punkten der Kontrolle 2012 7 umgesetzt oder teilweise umgesetzt sind und einer noch nicht. Doch ich muss sagen, bei dem einen bin ich froh. Weil bei dem einen Punkt geht es darum, die bestmögliche pädagogische Ausbildung für unsere Kleinsten im Land Niederösterreich zu eruieren, zu diskutieren und dann hier im Landtag zu beschließen. Und in dem Zusammenhang möchte ich nicht gerade der Empfehlung des Landesrechnungshofes Niederösterreich nachgehen, der nämlich explizit die Schließung von Klein- und Kleinstschulen in dem Zusammenhang vorschlägt. Ich muss sagen, es ist auch bezeichnend dafür, die Antwort der Landesregierung genau zu diesem Punkt ist, glaube ich, im Rechnungshofbericht mit sieben Seiten sehr umfangreich und stellt das auch sehr klar.

Wir werden diesen Bericht natürlich zur Kenntnis nehmen. Und sehr geehrter Herr Präsident, abschließend nochmals die Bitte, beim nächsten Geschäftsstück Rechnungshofbericht im NÖ Landtag den Versuch zu wagen, eine Struktur in die Diskussion zu bringen. Dankeschön! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Danke für die Anregung, Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Eigner.

Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte den Rechnungshofbericht zur Alpinen Ski WM 2013 und zum ÖISS beleuchten. Das betrifft uns nur zwar am Rande, aber es gibt uns vielleicht einen Blick über den Tellerrand wie es in den anderen Bundesländern zugeht. In Schladming zum Beispiel wurden 416 Millionen investiert, hauptsächlich durch das Sportministerium und das Land Steiermark. Der Rechnungshof kritisiert, dass sämtliche Beteiligte keinen Gesamtüberblick hatten. Es gab kein Projektmanagement. Es gab sieben Gremien, die gearbeitet haben, aber offensichtlich unkoordiniert darauf losarbeiteten. Und es gab in diesem Zuge auch Förderungen für Projekte, die gar nichts mit der Ski WM zu tun gehabt haben.

Es wurden viele Millionen in den Tourismus investiert in dieser Zeit vor der WM, aber eine nachhaltige Wirkung lässt sich dabei nicht mehr ablesen. Jetzt in den Jahren danach, nachdem die Ski WM wieder weg ist, sind die Tourismuszahlen nicht gestiegen, sondern gleich geblieben.

Es hat also der Rechnungshof dort viele Mängel festgestellt. Und das gilt auch für das ÖISS, das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau. Und jetzt komm ich darauf zurück: Das betrifft uns auch etwas am Rande, weil wir ja doch dort fast 16.000 Euro im Jahr für den Betrieb dazuzahlen. Das Institut, so kritisiert der Rechnungshof, kam seinen Aufgaben nur mangelhaft wahr. Fehlplanungen wurden nicht festgestellt und somit wurden auch damit verbundene Fehlinvestitionen nicht aufgezeigt.

Dafür hat man sich, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, selbst ohne Kuratoriumsbeschlüsse gut versorgt mit Prämien und Belohnungen. Und den Gipfel habe ich festgestellt, indem die Hälfte der Belohnungen für ein Jahr bereits im Jänner ausbezahlt wurden. Also das ist eine Sache, die mir etwas komisch vorkommt. Dass

hier nicht zumindest auch der Staatsanwalt eingeschaltet wurde.

Ich möchte aber jetzt auch, wie der Kollege Thumpser, zum Landesrechnungshofbericht, zur Finanzierung des Landes Niederösterreich im Wirkungsbereich des Bundes kommen. Es handelt sich ja da um eine Nachkontrolle zu einem Bericht aus 2012. Er hat schon gesagt, dass von den 8 Empfehlungen viele zumindest teilweise erledigt sind. Zumindest 80 Prozent was der Rechnungshof festgestellt hat, wurde erfüllt.

Kritisiert wurde vor allem auch der Personalbedarf an den Pflichtschulen. Der Bedarf an Lehrpersonal ist eben in Niederösterreich höher als im Stellenplan des Bundes vorgesehen. Es sind fast 500 Lehrer, die zusätzlich beschäftigt werden. Aber die Gründe dafür sind eigentlich relativ klar. Sie bedeuten die Umsetzung unserer bildungspolitischen Schwerpunkte.

Die Klassenschülerhöchstzahl mit 25 Schülern pro Klasse ist bei uns gesetzlich verankert. Die Betreuung der Kinder im Integrationsbereich und in den Sonderschulen ist höherwertig als im Bund. Die Vorgabe des Bundes sind ungefähr 2,7 Schüler auf 100 und wir haben ungefähr 4 Prozent mit sonderpädagogischem Bedarf.

Ein weiterer Punkt ist das NÖ Schulmodell, die Neue Mittelschule in den Generationen 2 oder 3, wo zu den 6 Wochenstunden des Bundes zusätzlich auch 6 Wochenstunden für eine bessere Betreuung seitens des Landes aufgewendet werden.

Wir haben zusätzlich durch die Öffnung der Grenzen eine Sprachoffensive eingeführt, die in den Grenzgebieten zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn derzeit schon von 35.000 Schülern genutzt wurde. Sprachen zu können ist immer noch ein wertvolles Gut um sich miteinander verständigen zu können.

Zuletzt möchte ich noch eingehen auf diese wirklich unbefriedigende Sprengelsituation. Wir in Niederösterreich wollen eigentlich, dass die Schule wohnortnahe bleibt. Sie soll im Dorf bleiben! Das führt dazu, dass die Klassenschülerzahlen natürlich deutlich unter 25 liegen. Daher auch der erhöhte Personalbedarf bei den Lehrkräften. Aber ich bin sehr froh, dass der Landesrechnungshof unseren Stellungnahmen wohlwollend gegenübergestanden ist. Er hat die Problematik erkannt, dass der Kostenersatzschlüssel des Bundes nicht einzuhalten ist. Und dass die Entwicklung im Pflichtschulbereich sehr schwer abschätzbar ist. Darum danke ich dem

Landesrechnungshof dass er das goutiert hat. Und ich darf auch hier bitten, dem Antrag zuzustimmen. Danke! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Huber.

Abg. Ing. Huber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich beschäftige mich wieder zurückkommend auf die zwei Rechnungshofberichte, die Landeskliniken-Holding betreffend. Sehr interessante Berichte, die uns auch zeigen, dass wir mit unserem letzten Antrag, dass man die Landeskliniken-Holding wieder in die Verwaltung des Landes überführt, glaube ich, nicht so schlecht gelegen sind.

Aber es zeigt uns die heutige Diskussion über die Rechnungshofberichte, gerade Wr. Neustadt hat das gezeigt, aber auch Landeskliniken-Holding, wie wichtig diese Prüfungen durch den Landes- und Bundesrechnungshof sind. Denn wir als Landtag sind in viele Kontrollrechte nicht eingebunden. Daher besteht für uns die Möglichkeit, durch diese Berichte darüber zu diskutieren. Und es ist ganz wichtig, die politische Verantwortung auch immer wieder zu erwähnen und darüber zu diskutieren.

Und dazu darf ich gleich festhalten: Die Kritik an der Landeskliniken-Holding oder an den Aufgaben der Landeskliniken-Holding, die jetzt folgen werden, die richten sich nicht an die Beschäftigten dort, die richten sich nicht an die Ärzte, an die Pfleger, die im medizinischen Bereich hervorragende Arbeit leisten trotz der nicht immer ganz perfekten Arbeitsbedingungen. Ihnen ist höchstes Lob auszusprechen. Sondern sie richtet sich an die politischen Verantwortlichen.

Wir kennen die Landeskliniken-Holding. Wir wissen, sie hat die Aufgabe gehabt oder hat die Aufgabe, die Führung und den Betrieb der Krankenanstalten zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die finanzielle Last für die Bürger so gering wie möglich gehalten wird. Dass das finanzielle so lange und effektiv wie möglich durchgeführt wird. Dass es zu einer effektiven Gesundheitsversorgung für unsere Niederösterreicher kommt. Dass jeder Cent, der aus Steuergeld hier verwendet wird, beim Patienten ankommt.

Aber wir sehen immer wieder und hören das auch von Patienten, die in den Kliniken betreut werden, dass hier der Verwaltungsaufwand extrem gestiegen ist, der Verwaltungsaufwand extrem hoch ist. Dass er viel zu hoch ist. Dass man hier mit Maßnahmen nach unseren Forderungen, dass wir

die Landeskliniken-Holding wieder in die Landesverwaltung übernehmen, wo wir als Landtag erstens die volle Kontrolle wieder darüber haben und wo hier auch die Verwaltung strafen können und nicht uns einen zweiten Staat im Staat leisten sollten oder müssen.

Denn mir kommt es immer wieder so vor, dass man die Landeskliniken-Holding ein bisschen benutzt. Die gesamte Holding-Versammlung besteht aus politisch Verantwortlichen, aus Mandatsträgern. Und dann kommt es immer ... die Holding wird dann sozusagen vorgeschoben weil verschiedene Abteilungen geschlossen werden, zusammengelegt werden. Wir haben das in Waidhofen a.d. Ybbs erlebt, wir haben es in Melk, in Amstetten. In Scheibbs erleben wir es, dass verschiedenste Abteilungen geschlossen werden. Und dann wird die Kliniken-Holding vorgeschickt und nicht der politisch Verantwortliche.

Das ist ein bisschen ein falsches Spiel und das würde ich meinen, das haben sich unsere Landeskliniken nicht verdient. Das hat sich auch unser Gesundheitswesen nicht verdient, sondern die politischen Verantwortlichen sollten auch zu diesen Entscheidungen stehen und nicht hier irgendwen anderen sozusagen vorschicken. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und wie richtig wir mit diesen Forderungen zur Rückführung in die Landesverwaltung liegen, bestätigt ja der Bericht über die Betriebsführung und die Verwaltung der NÖ Landeskliniken. Wenn da ganz einfach zu zitieren ist: Im Hinblick auf den Kosten-, Leistungs- und Investitionsdruck im Krankenanstaltenwesen waren alle Beteiligten gefordert, ihre Zusammenarbeit unter den personellen und organisatorischen Strukturen noch effizienter und effektiver zu gestalten um bei der gemeinsamen Erfüllung des Versorgungsauftrages den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten bzw. Reibungsverluste zu vermeiden.

Der Landesrechnungshof hielt es für zweckmäßig und wirtschaftlich, die im Amt der NÖ Landesregierung vorhandenen fachlichen und methodischen Kompetenzen für die Betriebsführung der Landeskliniken zu nutzen. Genau das ist unsere Forderung. Nutzen wir! Wir haben im Land derartig viele kompetente Personen, die sich jetzt schon mit dem Gesundheitswesen beschäftigen, die mit der Verwaltung gut vertraut sind in den Landeskliniken. Nutzen wir die und bündeln wir die Energien, damit wir wirklich das Geld dort einsetzen, wo es notwendig ist, nämlich in der Versorge. In Vorsorge, Versorgung und Nachsorge bei unseren Patienten.

Und dann kommt man auch in diesem Bericht, ich kann noch einmal daraus zitieren, zur Holding-Versammlung. Ein von der Holding-Versammlung festzulegender Expertenkreis war befugt, an den Sitzungen ohne Stimmrecht teilzunehmen. Absolut richtig! Experten sollen auch beratend tätig sein.

In den Anwesenheitslisten waren die Teilnehmenden geordnet nach Mitgliedern, Ersatzmitgliedern, Angehörigen der NÖ Landeskliniken-Holding und weiteren Teilnehmern erfasst. Passt! Aber was passiert dann? Aus diesen eingesehenen Protokollen oder Anwesenheitslisten war jedoch nicht ersichtlich, welche Personen an der Beschlussfassung mitgewirkt haben.

Ich glaube, wenn das in irgendeinem Betrieb oder einem Verein so ist, dann wird eine Versammlung gemacht, da werden ganz wichtige Entscheidungen getroffen, was gerade im Gesundheitswesen mit großen finanziellen Ausgaben für das Land, und dann wird nicht einmal festgehalten wer in der Abstimmung zur Entscheidung dieser Ausgaben teilgenommen hat, dann stimmt irgendwas nicht. Da muss man da wirklich einmal darauf schauen, dass das ein Ende hat und dass es wirklich hier zu einer rechtmäßigen Zusammensetzung bzw. Beschlussfassung kommt.

Wir sind dafür, dass wir in der Verwaltung einsparen. Schon mehrmals gesagt. Jeder Cent muss zum Patienten. Und wenn ich da immer wieder ... Wir alle haben das, jeder wird einige Interventionen haben, wo sich Bürger als Bürger zweiter Klasse fühlen wenn es um medizinischen Bereich geht.

Ich habe gestern wieder einen Anruf gehabt von einer Dame aus der Stadt Stockerau. Die hat eine chronische Erkrankung, muss regelmäßig Fructose-, Lactose-Untersuchung machen, jede Untersuchung 44 Euro. Sie im Arbeitsprozess sagt, okay, das ist eine laufende Untersuchung. Und ihr wird dann von der Gebietskrankenkasse gesagt, diese zwei Untersuchungen sind laufend von ihnen selbst zu bezahlen, das deckt unsere Leistung nicht ab.

Sie ist ein bisschen ein quirliges Mädchen sozusagen, ruft an bei der Wiener Krankenkasse. Dort hat man gesagt, bei uns wird diese Leistung bezahlt. Ruft sie wieder an bei der NÖ Gebietskrankenkasse, wird ihr dort erklärt, na, wenn sie ein Asylwerber wären, dann würden wir das übernehmen. Die glaubte ihren Ohren nicht zu trauen, ruft in St. Pölten im Landeskrankenhaus an. Da wird ihr das bestätigt. Na, das kann es doch nicht sein, dass wir unsere Bürger die notwendige, medizinische Versorgung nicht zugestehen, die dringend

notwendig ist! Und diese Frau hat laufend diese Untersuchungen zu leisten. Und ich glaube, da muss es wirklich möglich sein, dass sie diese Leistungen auch ersetzt bekommt.

Wenn wir jetzt zurückkommen zur Holding, da haben wir auch den zweiten Rechnungshofbericht, der betrifft die Medientransparente in der Landeskliniken-Holding. Ganz am Anfang ist bei diesem Tagesordnungspunkt schon festgestellt worden, dass zirka 800.000 Euro dafür ausgegeben worden sind. Aber es hat dann eine Differenz gegeben bzw. weitere 4,16 Millionen Euro, die nicht der Bekanntgabepflicht unterlegen sind, weil man sich eines Tricks bedient hat. Von den 800.000 Euro die gemeldet worden sind, die gemeldet werden mussten, darf man auch nicht vergessen, dass es da 146 verschiedene Einschaltungen gegeben hat. Und davon nur 11 den Richtlinien konforme Kennzeichnung, dass die gepasst hat. Von 146 Einschaltungen waren nur 11 konformgemäß gekennzeichnet. Das ist ja für eine Landeskliniken-Holding, wo es um unser Steuergeld geht, wo es um die Gesundheitsleistung unseres Landes geht, da ist man da so schleissig und so schlampig? Das ist ja wirklich ein Skandal sondergleichen!

Damit zum nächsten Punkt, der auch schon angesprochen worden ist. Da gibt sich diese ÖVP/SPÖ-Bundesregierung endlich einmal ein vernünftiges Gesetz, das Transparenzgesetz. Jetzt will man sagen, ah, jetzt trauen sie sich was, jetzt schauen wir, dass wir die politische Werbung, dass man das ein bisschen regelt, dass das ein bisschen gekennzeichnet ist usw. Dass wir vielleicht ein bisschen was einsparen. Das wird dann mit 1. Juli 2012 in Kraft treten. Und was macht man in der Kliniken-Holding, um die politisch Verantwortlichen, die ja in diesem Magazin, das man damals übernommen hat, dann nicht mehr vorkommen? Um diese weiterhin landab und landauf bewerben zu können, kauft man sich sozusagen zwei Verlage, um diesem Transparenzgesetz ausweichen zu können.

Ich weiß jetzt nicht, nebenbei einfach so locker aus dem Budget für „Gesundes in Niederösterreich“ leistet man sich Inserate von 4,16 Millionen Euro, wo dann Pröll, Wilfing usw. herauslachen aus den Medien. Und die brauchen nicht gemeldet werden! Dieser Umgang mit Steuergeld im Gesundheitswesen ist ein Skandal! Und das ist für unser Gesundheitswesen nicht zuträglich.

Daher nochmals unsere Forderung: Zurück zur Diskussion. Versuchen wir, die Landeskliniken-Holding so schlank wie möglich zu gestalten. Und da ist, glaube ich, der Weg dorthin, dass wir sie in die

Landesverwaltung übertragen können. Dass wir die Kontrolle haben. Und versuchen wir im Gesundheitswesen diese Show- und Eigenwerbungspolitik der ÖVP hintanzustellen. Denn hier geht es um die Menschen, hier geht es um die Bürger und die verdienen sich eine entsprechende medizinische Versorgung und keine Werbung in diversen Blättern von ÖVP-Landesräten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Laki.

Abg. Dr. Laki (FRANK): Sehr geehrter Herr Präsident! Landesrätin! Hohes Haus!

Wr. Neustadt ist ein Paradebeispiel, wo man sagen muss, wieso ist das passiert? Und wo ist der nächste Problemfall? Wieso ist das passiert, dass über Jahre, über die letzten 20 Jahre eine derartige Entwicklung stattfinden konnte? Wir haben ja den Problemfall auch schon in Schwechat gehabt. Wie der Bürgermeister Schneeberger sagt, hat man dort eine Verschuldung von 9.400 Euro pro Kopf.

Derzeit haben wir in Guntramsdorf 8.888 Verschuldung pro Kopf. Das ist der nächste Problemfall für die nächste Prüfung. International ist üblich, dass man 4.500 pro Kopf als Grenze annimmt wo das Ganze kippt. Es ist schön, dass man jetzt einen Fall nach dem anderen saniert, aber wieso musste es dazu kommen?

Ich möchte Sie nicht fadisieren. Aber ähnliche Probleme hat man gehabt im Burgenland in den 90er Jahren. Dort waren ungefähr ein Drittel der Gemeinden pleite. Und dort haben die Roten und die Schwarzen gesagt, aus jetzt mit der eigenen Kontrolle, rote Gemeindeaufsicht für die roten Gemeinden und schwarze Gemeindeaufsicht für die schwarzen Gemeinden. Wir machen das seriös und übergreifend. Und dort wurde dann entwickelt das burgenländische Gemeindeinformationssystem. Dort sind beim Hofrat Havlicek alle Daten hereingekommen von den Roten und von den Schwarzen. Das Problem sind ja immer die Folgekosten, die nicht bedacht werden.

Dann hat er gesagt okay, ihr geht an die Grenze. Das sind die Vorgaben, wenn ihr die nicht einhält, dann bekommt ihr keine Bedarfszuweisung. Und die haben das durchgezogen. Die haben heute nahezu keine Problemfälle. Ist das nicht vernünftig, nachzudenken, hier wirklich diese politische Kontrolle - das war nichts anderes als ein Versagen der Kontrolle - aufzulösen? Denn wir haben ja in Wr. Neustadt einen Problemfall drinnen, dass hier Swap-Beschwerden waren, die rechtswidrig waren bei der Gemeindeaufsicht. Und das wurde genehmigt,

gebilligt. Wir haben ja ähnliche Probleme jetzt, wo ein Kontrollversagen vorliegt, ja auch in Tulln in Wahrheit, ja? Mit Bilanzfälschung und allem, was da drinnen ist. Ich will das jetzt nicht aufzählen, weil ich wirklich nur Systemkritik übe.

Wir sind ja nicht die einzigen auf der ganzen Welt, die diese Probleme haben. Auch die Schweiz hat schon eine Stadt in Konkurs gehen lassen. Es sind deutsche Länder zum Teil höher verschuldet als wir bei uns. Nur, ist das nicht ein Anlassfall, Wr. Neustadt, jetzt einmal herzuzugehen und diese Gemeindeaufsicht wirklich ordentlich zu strukturieren? Ordentlich zu strukturieren, das ist wirklich der einzige Punkt um solche Dinge in Zukunft zu verhindern.

Es ist nämlich so: Man kann sagen was man will, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Und die Beamten wissen das wo die Problemfälle sind. Nur, sie werden eigentlich in ihren Handlungen blockiert. Weil der weiß, wenn er in die Wunde greift, dann wird er nichts mehr. Und wir haben in der Gemeindeaufsicht im Land eine irrsinnig hohe Fluktuation. Dort sagen die Leute, naja, wo jetzt im Augenblick das Geld wie Honig fließt, dort gehen wir einfach hin und verdoppeln wir oder verdreifachen unser Gehalt. Die haben einen B-Beamten vom Land, der nach Guntramsdorf gegangen ist. Der verdient 11.000 im Monat, ja? Das verdient er beim Land nicht, ja? Und der holt sich dazu zwei Juristen, die ihm die Arbeit machen. Aber dort haben wir diese Zustände, die in Wr. Neustadt sind. Sie sind dort noch auszuräumen, um nur einen Fall zu nennen.

Also ich würde wirklich an die ÖVP appellieren: Nehmt die Gemeindeaufsicht in die Hand und macht dort was Ordentliches draus. Das ist in eurem Sinne und im Sinne des Steuerzahlers. Danke schön! (*Beifall bei FRANK.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Onodi.

Abg. Onodi (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zu dem Bericht über die Betriebsführung und Verwaltung der NÖ Landeskliniken Stellung nehmen. Es ist ja bekannt, dass aus der Sicht der Gemeinden als Träger der damaligen Gemeindespitäler die Übernahme der Krankenanstalten eine Entlastung für die Gemeinden bedeutete. Und aus Sicht der Patienten kann man sagen, dass es hier zu einer medizinischen Weiterentwicklung gekommen ist und dass der Zusammenschluss für alle niederösterreichischen Spitäler

sicherlich eine sinnvolle, richtungsweisende Lösung ist.

Mit der gemeinsamen Betriebsführung hat die NÖ Landesregierung auch den im Gesetz vorgesehenen öffentlichen rechtlichen Versorgungsauftrag der Krankenanstalten erfüllt. Die Rechtsträgerschaft und die Diensthöhe über die Bediensteten obliegt seitdem dem Land Niederösterreich. Die Errichtung, Führung und der Betrieb wurde in die Hände der NÖ Landeskliniken-Holding gegeben. Diese wurde als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und eigenem Personal konstruiert.

Darunter oder darüber, je nachdem wie man es als Verantwortlicher sehen kann, agiert der NÖGUS als finanzielle Drehscheibe, als Planungs- und aber auch Steuerungsinstrument für das Gesundheitswesen. Mittlerweile deckt sich diese Rangordnung auch mit den entsprechenden Bundesvorgaben.

Zweifellos hat die Zusammenführung dieser unterschiedlich geführten Spitäler und unterschiedlichen Betriebskonstruktionen großer Anstrengung bedurft um daraus eine homogene Spitallandschaft zu machen mit einer eigenständigen Identität. Dazu bedurfte es sicherlich eines innovativen Managements und sicherlich auch der entsprechend guten Zusammenarbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Demzufolge wurde aber auch weit vor der Übernahme jahrelang schon der Sparstift angesetzt und daher musste nachher das Personal in den Landeskliniken um 700 Vollzeitkräfte aufgestockt werden. Alleine 121 Vollzeitkräfte brauchte die Verwaltung mehr. Genehmigt hat das dann der Landtag mit den Beschlüssen zum jeweiligen Dienstpostenplan.

Bezogen auf die Bettenanzahl liegt die Anzahl der Bediensteten in den NÖ Spitälern aber unter dem österreichischen Durchschnitt! Insgesamt gelingt es der Holding gut, den vereinbarten Einsparungspfad einzuhalten. Freilich hat der Landesrechnungshof aber auch Mängel festgestellt. So wurde keine Personalbedarfsermittlung nach wissenschaftlich anerkannten Methoden für den Verwaltungsbedarf angewandt, obwohl das Gesetz das ausdrücklich vorsieht. Und auf die restlichen, kleinen Unzulänglichkeiten möchte ich nicht mehr entsprechend eingehen.

Was aber bis zum heutigen Tage fehlt, ist ein Landeskrankenanstaltenplan, der vom NÖ Landtag genehmigt wird. Einen solchen schreibt das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten ausdrücklich vor. Und wir brauchen diesen auch, damit wir eine Transparenz in der Versorgungsplanung haben. Abgesehen von diesem Punkt hat die

Landesregierung jedoch im Wesentlichen die Umsetzung der Empfehlungen des Landesrechnungshofes zugesagt.

Ein weiterer Bericht liegt noch vor über noeHIT – niederösterreichische Heime, insgesamt die Informationstechnologie. Hier wurde gute Arbeit geleistet. 49 Landespflegeheime mit 9 Landesjugendheimen sind entsprechend gut vernetzt, gemeinsam auch mit den Bezirkshauptmannschaften.

Ausdrücklich wurde hier hervorgehoben vom Landesrechnungshof, dass die einzelnen Projektfortschritte gut dokumentiert worden sind und dass auch das Personal entsprechend eingebunden worden ist. Und dass das sicherlich auch ein Schritt auf dem Weg zum Erfolg ist. In diesem Sinne kann man hier diese entsprechenden Berichte zur Kenntnis nehmen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Haller.

Abg. Ing. Haller (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zum Bericht des Landesrechnungshofes über die Betriebsführung und die Verwaltung in den NÖ Landeskliniken Stellung nehmen und dann auch zur Landes-Holding und Problemen und Neuerungen beim Medientransparenzgesetz.

Sie wissen ja, im Bericht wird festgehalten, dass die Übernahme der Krankenanstalten aus dem Gemeinde- und Verbandsbereich durch das Land Niederösterreich sehr gut geheißen wird und dass die Betriebsführung durch die NÖ Landeskliniken-Holding für sehr zweckmäßig gehalten wird, um die verschiedenen Träger in der Rechtsträgerschaft des Landes Niederösterreich zusammen zu führen. Alleine in meinem Bezirk Korneuburg und Stockerau, zwei Landeskrankenhäuser, der früher im Besitz der Städte und richtige Schuldentreiber und eigentlich nicht mehr finanzierbar von den beiden Stadtgemeinden waren.

In den Jahren 2009 bis 2014 kam es dann zu einer Reduktion des Trägeranteiles des Landes, und zwar um 85,7 Prozent. Das bedeutet, knapp 180 Millionen weniger. Gleichzeitig kam es dadurch zu einem Anstieg des Gesamtaufwandes in der Landeskliniken-Holding mit dem NÖGUS-Personal gemeinsam um 18 Prozent. Eine Erhöhung auf 33 Millionen allein im Jahr 2014.

Bei der NÖ Landeskliniken-Holding erhöhte sich auch der Personalaufwand um rund 45 Pro-

zent. Wobei die Personalausgaben der NÖ Landeskliniken-Holding um 50 Vollzeitkräfte aufgestockt wurden, das sind jetzt 173. Wobei man sicher aufpassen muss, dass hier Personalcontrolling passiert und geschaut wird, dass das nicht noch mehr Vollzeitbeschäftigte werden.

Positiv hervorgehoben wurde im Landesrechnungshofbericht, dass die NÖ Landeskliniken, bezogen auf die Bettenanzahl im Jahr 2014, in allen Berufsgruppen weniger Personal beschäftigen als im Bundesministerium für Gesundheit durchschnittlich für österreichische Krankenanstalten ermittelt wurde. Also hier ist Niederösterreich führend.

Kurz noch zum Medientransparenzgesetz, das ja neu geschaffen wurde und wo vielleicht ein paar Erneuerungssachen in der Landeskliniken-Holding notwendig sind. Im überprüften Zeitraum von 2012 bis 2015 gab die Landeskliniken-Holding 60 Medienmeldungen in der Höhe von zirka 800.000 Euro der KommAustria bekannt. Zwei im Auftrag der NÖ Landes-Holding hergestellte Medien um rund 4 Millionen Euro unterlagen nicht der Bekanntgabepflicht.

Nur 16 Prozent der Gesamtentgelte für Werbemaßnahmen wurden der KommAustria bekanntgegeben bzw. mussten bekanntgegeben werden. Andererseits unterlagen damit regelmäßig erfolgte Abbildungen, eben im neuen Mediengesetz nicht mehr erlaubt, Hinweisen auf Mitglieder der NÖ Landesregierung.

Daher wurde die Empfehlung ausgegeben, ab jetzt ein Sechsaugenprinzip anzuwenden. Vor jeder Meldephase wird zirka eine Woche davor zwingend ein Abstimmungs- und Überprüfungstermin zu den Medienbeiträgen durchgeführt. Ich glaube, das ist ein guter Vorschlag, um die Richtigkeit der Meldungen zu kontrollieren. Daher gibt es zwei Kontrollphasen, das heißt vorab und dann bei der Meldung selbst.

Aufträge für die Medienschaltung an Werbeagenturen werden ab jetzt nicht mehr erteilt, nur die Abteilung Marketing, PR, wird die Einschaltungen wahrnehmen. Es kommt vor, dass Rechnungen zum Zeitpunkt der Meldephase noch nicht eingelangt sind. In diesem Fall wird die beauftragte Summe gemeldet. Die später erlangten Rechnungen werden mit Beauftragung entsprechend verglichen und dann exakt einkodiert.

Zum Zweiten: Die Kennzeichnungspflicht der beauftragten Medien nach dem § 2 der NÖ Medientransparenzgesetzrichtlinien wäre nachweislich zu erfüllen und insbesondere auf die Einhaltung der

Verpflichtung bei den Werbeaufträgen zu achten. Das heißt, bei Beauftragung der Einschaltung wird zukünftig explizit darauf hingewiesen, dass die Schaltung um den Satz, eine entgeltliche Einschaltung der NÖ Landeskliniken-Holding ergänzt wird.

Ich glaube, der Bericht bescheinigt Gutes, mit ein paar Verbesserungsvorschlägen, die von der Holding umgesetzt werden oder teilweise schon vorher in Umsetzung waren. Ich bitte Sie daher um Zustimmung und Kenntnisnahme des Berichtes. Danke sehr! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichtersteller verzichtet auf das Schlusswort.

Ich gebe bekannt, dass Frau Abgeordnete Dr. Von Gimborn mit 16.15 Uhr aus familiären Gründen von der heutigen Landtagssitzung entschuldigt ist.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 770/B-2/24, Bericht des Rechnungshofes betreffend Stadt Wr. Neustadt Holding GmbH bzw. Medientransparenz in der NÖ Landeskliniken-Holding:)* Das ist einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 794/B-2/25, Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen; Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft:) Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 776/B-1/37, Bericht des Landesrechnungshofes über das Projekt „noeHIT – niederösterreichische Heime Informations Technologie“:) Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 795/B-1/38, Bericht des Landesrechnungshofes über Finanzierung des Landes NÖ im Wirkungsbereich des Bundes, Nachkontrolle:) Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 821/B-1/39, Bericht des Landesrechnungshofes über Betriebsführung und Verwaltung der NÖ Landeskliniken:) Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zum Geschäftsstück Ltg. 786-1/A-3/94, Sicherstellung der notärztlichen Versorgung, Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Bader und Ing. Huber betreffend Sicherstellung der notärztlichen Versorgung. Ich ersuche Frau Abgeordnete Hahn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Hahn MEd (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Bader und Ing. Huber gemäß § 34 LGO zum Antrag Ltg. 786-1/A-3/94 betreffend Sicherstellung der notärztlichen Versorgung.

Es geht dabei im Wesentlichen um Maßnahmen, um dem befürchteten Ärztemangel entgegenzuwirken, der da befürchtet wird auf Grund der Novellierung des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes. Der Antrag liegt den Damen und Herren Abgeordneten im Wortlaut vor, daher komm ich gleich zum Antrag des Gesundheits-Ausschusses über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Bader und Ing. Huber (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, - Verhandlungen zu einer Novellierung des KAAZG dahingehend einzuleiten, dass entsprechend der Richtlinie 2003/88/EG die Befristung der Opt out-Regelung überdacht wird, um sicherzustellen, dass neben dem niedergelassenen Bereich und den Spitälern auch ausreichend Notärzte zur Verfügung stehen, - eine Erhöhung der Studienplätze und die Neuregelung des Aufnahmeverfahrens (höhere Gewichtung der ‚social skills‘) für das Medizinstudium umzusetzen und - eine Verbesserung der notwendigen Rahmenbedingungen zur Entlastung der Notärzte umzusetzen.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg. 786/A-3/94-2015 miterledigt.“

Ich bitte um Durchführung der Debatte und um Einleitung der Abstimmung.

Zweiter Präsident Mag. Karner: Danke sehr! Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Klubobfrau Dr. Krismer-Huber.

Abg. Dr. Krismer-Huber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Im Jahr 2013 hat das Land Niederösterreich eine neue Ärztezeitregelung eingeführt in den Häusern der Landeskliniken-Holding. Und ich habe mir erlaubt, am 6. Mai 2013 diesbezüglich eine Anfrage zu stellen. Eben weil ich in großer Sorge war, wenn eben die Grundbezüge geändert werden, wenn es sozusagen im Bereich der Überstunden Neuregelungen gibt, dann wird es unterm Strich ein schmäleres Stundenkontingent geben und damit weniger Stunden der Ärzte/Ärztinnen an den Patientinnen und Patienten.

Darauf erhielt ich die relativ plumpe Antwort in gewohnter Art und Weise. Ich zitiere: Die Sicherstellung der gesetzlich vorgeschriebenen abgestuften Gesundheitsversorgung wird auch mit Inkrafttreten der neuen Regelungen gewährleistet sein. Das war das Jahr 2013. Heute bin ich mit einem Antrag der ÖVP konfrontiert, in dem die ÖVP jetzt selber zugibt, dass es massive Probleme auf Grund der neuen Arbeitszeitregelungen in den Spitälern gibt und dass man vom Bund eben da oder dort eine Nachjustierung wünscht.

Wie im Fall Wr. Neustadt, den wir zuerst debattiert haben, ist die Opposition nicht immer die böse, sondern die Opposition hat die Aufgabe, da oder dort die Regierung darauf hinzuweisen, anzustupsen, dass vielleicht Dinge in eine Richtung gehen. Doch statt dass man das auf Augenhöhe debattiert und zu Lösungen kommt, gibt's eben in Niederösterreich gewohnter Weise irgendwelche patzigen plumpen Antworten. Das haben sich die Patientinnen und Patienten in keinster Weise verdient.

Ich zitiere dann noch den Herrn Landtagspräsidenten Penz, der kürzlich in einer Sitzung des Rechnungshof-Ausschusses meinte: Der tollste Operationssaal nützt nichts, wenn man keine Anästhesisten hat. Genau das trifft es im Moment, dass wir nachmittags in den Häusern fast überhaupt kein Angebot haben. Dass heute in gewissen Häusern das Angebot reduziert wird. Es ist jetzt die Angelegenheit Klosterneuburg, glaube ich, heute wieder in den Zeitungen, dass es dort massive Einschränkungen gibt, was die Leistungen betrifft. Aber wir können uns nicht Milliardenhäuser leisten,

wenn wir dann die Dienstleistungen nicht wirklich anbieten können. Und zwar zumindest an den Tagstunden und darüber hinaus. Wir werden mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um das kommen wir nicht herum, wenn wir in einem Dienstleistungsbereich jene wollen, die die Dienstleistung erbringen. Und das sind die Ärztinnen und die Ärzte.

Und ich wünsche mir als Opposition, weil es heute so gut passt, gerade in Dingen, die, glaube ich, über Fraktionen hinweg ein Anliegen sind, dass man auch auf Augenhöhe und sachlich miteinander diese Dinge thematisieren kann und zu Lösungen kommt. Weil ich glaube, es braucht heute die Mehrheitspartei ÖVP nicht, die wieder den Bund anruft, sondern man war sehenden Auges seit 2013. Danke! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen!

Wir diskutieren ein Thema, wie meine Kollegin als Vorrednerin bereits in ihren Ausführungen wiederholte, das grundsätzlich nichts Neues ist. Aber wie dramatisch es tatsächlich ist, konnten wir in den letzten Monaten immer wieder erfahren. Und darum haben wir auch den Antrag eingebracht betreffend den Notärztebereitschaftsdienst rund um die Uhr. Es ist tatsächlich so, dass das ein Thema ist, wovon ich der Meinung bin, dass die Parteipolitik hier nichts verloren hat. Hier ist Ehrlichkeit angebracht. Und die habe ich vermisst. Ich bin zwar heute froh darüber dass es einen Antrag gibt, aber wie immer wieder dann in den Zeitungen zu erfahren war und wie wir einige Fälle aufgedeckt haben, weil uns Notärzte ihr Leid schilderten, war einmal das erste, mauern. Mauern! Die Politik mauert, die ÖVP mauert, die Holding mauert! Ist kein Problem, ist alles gesichert und es ist überhaupt alles bestens. Da haben wir sündteure Fahrzeuge dann in den Garagen stehen und dann kommt von 40 km entfernt ein Notarzt in den anderen Bezirk. Aber dort ist, wenn was passiert, dann wieder keiner da!

Das heißt, ich verstehe es nicht, und das sage ich jetzt ganz ehrlich, dass man bei diesem Problem, das ja eh bekannt ist, mauert und nicht ehrlich ist! Oder man hat sich selbst etwas vorzuwerfen. Die Problematik kennt man. Wir wissen, dass, egal was unternommen wird, das sich noch mehr zuspitzen wird, weil wir einen Mangel haben. Weil das Krankenanstalten Arbeitszeitgesetz seine Auswirkungen zeitigt. Weil diese eben dramatisch sind, sowohl für Krankenhäuser als auch für Rettungsor-

ganisationen, wenn rund um die Uhr Bereitschaftsdienst zur Verfügung zu stellen ist. Aber das ist etwas, das meiner Meinung nach ehrlich diskutiert gehört. Und da brauch ich weder die Holding vor und die Holding dahinter schieben, da muss ich als Mehrheitspartei auch den Mut dazu haben, dass ich sage ja, wir kennen das Problem. Wir haben nur aus den und den Gründen bisher nicht mehr machen können. Wir sind eh interessiert daran und wir arbeiten an Paramedics und wir arbeiten an dem und dem und dem. Wir wissen, wieviele Ärzte fehlen. Wir haben zu spät reagiert. Der Bund hat zu spät reagiert. Sagen wir offen und ehrlich es ist so. Liebe Opposition, wir können es momentan auch noch nicht besser machen, wir probieren alles. Das sind Notmaßnahmen, damit die Bevölkerung zumindest weiß, dass von einem anderen Bezirk eh wer kommt und es passiert Gott sei Dank in dem Fall dann dort nichts. Hoffen wir es. Aber wir ersuchen alle, das Beste zu machen. Das ist ehrliche Politik!

Aber diese Lüge, die habe ich schon sowas von satt! Weil das sich die Menschen nicht verdienen. Man sagt den Bürgern über die Medien, es ist alles eitel Wonne, und das passt. Obwohl bitte jeder Bürger bereits merkt, dass es nicht so ist. Und ich merke es, dass diese Politik den Bürgern aufstößt. Ich merke aber auch mittlerweile, dass ihr irgendwie beratungsresistent seid seitens ÖVP und SPÖ. Das ist wie euer momentaner Zustand mit der Partei. Euch reißt es links und rechts alles weg. Ihr sitzt teilweise schon ohne Boot im Wasser und merkt noch immer nicht, dass ihr den „Arsch“ schon komplett nass habt. Euch bricht alles weg! Ihr werdet, wenn ihr parteipolitisch so weitertut, werdet ihr untergehen. Doch Österreich ist mir zu schade und Niederösterreich ist mir zu schade. Wenn ihr untergeht, dann seid ihr selber schuld, ich kann euch nicht helfen. Ihr wollt nicht dazu lernen. Weil was jetzt Österreich passiert, seid ihr verantwortlich dafür. Und die Kindeskindern werden wirklich nur mehr fluchen über euch, dass ihr das zulässt. Dass ihr dieses schöne Österreich so ausliefert!

Doch hier in diesem Bereich auch lügen und nicht die Wahrheit sagen und nicht dagegenhalten, was zu unternehmen, das ist mir zu wenig! Und darum sage ich: Bei diesen Dingen Ehrlichkeit, Ehrlichkeit, Ehrlichkeit! Keine weiteren Lügen mehr! Sondern sagen, mit Kraftanstrengung werden wir es lösen. Und ab wann kann die Bevölkerung damit rechnen, dass wir es halbwegs wieder in den Griff bekommen. Aber ihr wollt nicht lernen!

Heute machen wir zwar gemeinsam einen Antrag und das ist auch nur deswegen, weil wir die Initiative gesetzt haben, sonst hättet ihr wieder

nichts gemacht. Jetzt wird wieder dort aufgefordert, da aufgefordert. Ja, eh gut, schön! Aber in Wirklichkeit macht sich die Bevölkerung bereits große Sorgen und ihr merkt es nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Scheele.

Abg. Mag. Scheele (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Die garantierte Notärztebereitschaft wird nicht zum ersten Mal diskutiert, stellt auch bei jeder Budgetdebatte eine wesentliche Diskussion dar. Und ich weise es striktest zurück, dass wir mauern und uns in diesem wesentlichen Bereich der Gesundheitsversorgung und in manchen Bereichen der Vorsorge keine Gedanken machen.

Die notärztliche Versorgung ist heute wie schon seit 30 Jahren ein wesentlicher Bestandteil unseres Angebots der medizinischen Leistungen an unsere Bevölkerung. Niederösterreich war das erstes Bundesland, das vor 30 Jahren hier flächendeckend eine Versorgung zur Verfügung gestellt hat. Unser Rettungswesen ist so organisiert, dass das Land Niederösterreich zur Sicherstellung des überregionalen Rettungs- und Krankenhaustransportes verpflichtet ist. Deswegen ist es uns auch wichtig und euch wird es genauso gehen wie mir, dass, wenn Beschwerden kommen, dass wenn Fälle berichtet werden, wir uns auch erkundigen bei denen, die den Einsatz oder die Benachrichtigung machen und bei 144 und schauen, funktioniert es oder funktioniert es nicht.

Und ja, es gibt da und dort Beschwerden. Und dann gehen wir dem genauso auf den Grund wie das andere machen. Aber unsere Information ist auch, dass es größtenteils stimmt, dass es größtenteils funktioniert. Und ich glaube, das ist auch wichtig. Und auch in einem vor kurzem im Bezirk Melk diskutierten Fall war in der gesetzlichen Zeit, in der die Rettungskräfte anwesend sein müssen, ein Notarzt vorhanden. Ich denke mir, gemeinsam arbeiten wir daran, dass wir schauen, wie die Versorgung funktioniert. Auch euer Antrag im Ausschuss war nicht sozusagen der Weisheit letzter Schluss. Da war die Forderung, dass es flächendeckende Versorgung gibt. Die teilen wir alle! Aber wie wir dazu kommen, ist eben eine mehrschichtige Aufgabe.

Es gibt wahrscheinlich niemanden der sich hier herausstellen kann und sagen, hiermit verkünde ich, dass wir für alle Regionen, für alle Bezirke die Lösung haben. Ich glaube, dass es auch Sinn macht, wenn ein Posten nicht besetzt ist, wenn eine

Rettungsstelle nicht besetzt ist, dass der nächstgelegene Notarztwagen ... (*Abg. Ing. Huber: Das ist eine Selbstverständlichkeit!*)

Na eben! Ist aber gerade kritisiert worden von euch, nicht? Also ich weiß nicht, warum ihr Selbstverständlichkeiten kritisiert. Aber ich stelle nur richtig, dass es Sinn macht, dass, wenn ich ein landesweites System habe wie 144, dass ich dann natürlich die nächstgelegenen Einsatzfahrzeuge nehme und benachrichtige.

Meine Fraktion unterstützt daher den Antrag gemäß § 34 LGO. Und nachdem wir wissen, dass das Krankenanstalten Arbeitszeitgesetz und die damit einhergehende Reduktion der Maximalarbeitszeiten für Spitalsärzte einen generell erheblichen Mehrbedarf an Ärzten und Ärztinnen auslösen wird oder bereits auslöst, dass in Österreich keine Opt out-Regelung vorgesehen ist und die angebotene Lösung der NÖ Gesundheitsplattform, ein FH-Lehrgang zum Studiengang Diplomkrankpflege mit dem Zusatzmodul Sanitäter, Notfallsanitäter erst greift, wenn die Absolventen und Absolventinnen fertig sind und die derzeit bestehenden Verträge mit Ende des Jahres 2016 auslaufen, sind die Vorarbeiten zur Neuregelung der Notärzteversorgung bereits im vollen Gang.

Wir müssen dafür sorgen, dass hier die Versorgung auch weiterhin gesichert ist. Immer nur zu verunsichern, sich herzustellen und zu sagen, es funktioniert nicht, bringt den Menschen in Niederösterreich keine bessere Gesundheitsversorgung! Dankeschön! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bader.

Abg. Bader (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mit einer Anmerkung beginnen. Ich bin heute noch immer sehr, sehr beeindruckt. Ich war gestern bei der Gleichfeier im Landesklinikum St. Pölten. Haus C ist im Rohbau fertiggestellt. Landesrat Mag. Karl Wilfing hat die Gleichfeier abgehalten und konnte mit Kollegen Dr. Michalitsch mich dort überzeugen vom Baufortschritt.

Beeindruckt deswegen, weil hier ein neues Haus am Zentralklinikum in St. Pölten entsteht, das sowohl zeitlich vom Bau her im Rahmen ist, dass vom finanziellen Rahmen im Rahmen, ist im Gegensatz vom Krankenhaus Nord beispielsweise in Wien, und das einen Kostenrahmen von 205 Millionen Euro an Investition umfasst, der natürlich eine besondere Logistik in der Bauabwicklung braucht. Und dass diese Logistik so toll funktioniert, dafür

möchte ich recht herzlich danke sagen. Dem politisch verantwortlichen Landesrat Wilfing, aber allen Verantwortlichen in der Landeskliniken-Holding. Eines ist auch klar: Ich glaube, dass es gut war und richtig war und ganz wichtig war, dass wir, das Land, mit der Holding dieses Krankenhaus in St. Pölten übernommen haben. Denn die Stadt selbst hätte diese Investition, die hier für die Spitzenmedizin im 21. Jahrhundert Versorgungssicherheit garantiert, keine Möglichkeit gefunden und diese auch nicht gestemmt.

Es geht also um Versorgungssicherheit. Und auch beim § 34-Antrag, den wir heute zur Abstimmung haben, geht's ebenfalls um Versorgungssicherheit, nämlich im notärztlichen Bereich, bei der notärztlichen Versorgung. Und es geht dabei um die bestmögliche Versorgung auf der einen Seite und natürlich auch um die schnellstmögliche Versorgung. Dass das natürlich eine besondere Herausforderung war in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart ist, das ist überhaupt nicht in Abrede zu stellen. Denn gerade im ländlichen Raum, auf Grund der Entfernungen gilt es eben, diese besonderen Herausforderungen zu bewältigen.

Es geht um Sachlichkeit! Es geht nicht um Aufregung. Ich verstehe diesen besonders emotionalen Ausbruch vom Klubobmann Waldhäusl nicht. Und es geht schon gar nicht um mauern! Es geht um Verantwortung in diesem Bereich! Und „Lügelei“ weise ich da entschieden zurück!

Wenn man hier vielleicht den einen oder anderen Vorfall hernimmt, so ist eines klar: Die Versorgungssicherheit, die Abdeckung war immer gegeben in der Vergangenheit und ist auch in Zukunft gegeben. Und es ist ein System, das wir in Niederösterreich haben, das das Zusammenwirken aller Standorte natürlich impliziert. Ohne dieses Zusammenwirken könnte dieses System auch nicht funktionieren. Und wenn beispielsweise an einem Notarztwagenstützpunkt ein Einsatz gemeldet wird, ein Unfall zu versorgen ist, und gleichzeitig ein zweiter passiert, dann ist eben die Sicherheit gegeben, dass der Nächstgelegene auch alarmiert werden kann und diese Aufgaben entsprechend wahrnimmt.

Das heißt, es wird auch, und das möchte ich festhalten, dieses Thema laufend, in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart, entsprechend ernst genommen. Das ist wichtig, das ist richtig, das ist gut so. Und die Zeitvorgaben wurden zu jeder Zeit eingehalten.

Es ist dieses Thema auch keine Frage des Geldes in erster Linie. Es ist natürlich eine Frage

der Verfügbarkeit. Und diese wollen wir entsprechend hier sicherstellen. Warum wurde ein § 34-Antrag in diesem Zusammenhang eingebracht? Ich freue mich über eine breite Unterstützung, weil ich glaube, dass wir mit diesem § 34-Antrag diesem ursprünglichen Antrag und der ursprünglichen Intention mehr gerecht werden, weil dieser Antrag umfassender ist und weil er natürlich an die Wurzeln der Thematik klar herangeht. Daher haben wir auch im Antrag diese klaren Forderungen zusammengefasst und in einem Antrag, womit der Bund als Zuständiger entsprechend gefordert ist, formuliert.

Hier geht's um die Novellierung des Krankenanstalten Arbeitszeitgesetzes bezüglich der Opt out-Regelung. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Es geht um die Erhöhung der Studienplätze. Das hat der Landtag auch schon einmal im Jahr 2014 in einem Beschluss gefordert. Und es geht natürlich auch um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Entlastung der Notärzte. Das ist das Thema.

Was tut Niederösterreich? Das ist auch die Frage. Wir sind heute mit diesem Antrag nicht nur dazu da, um an den Zuständigen, den Bund in diesem Fall, entsprechende Forderungen zu stellen. Wir möchten natürlich auch klar dokumentieren, auch das Land tut einiges in diesem Bereich. Und nimmt in seinem Aufgabenbereich die Verantwortung wahr. Landtagsbeschlüsse auf der einen Seite, Kollegin Scheele hat vor mir auch den Beschluss der Gesundheitsplattform vom Dezember angesprochen, wodurch Studienplätze an der FH für Notarztmodule geschaffen wurden. Es gibt das Rekrutierung der Holding in den verschiedensten Bereichen, die Informationsoffensive der Holding bei Masantinnen und Masanten, um entsprechend Medizinstudentinnen und -studenten zu lukrieren. Es gibt auch klar, was die Ausbildung von Ärzten betrifft, den Beschluss für die Errichtung der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitsberufe. Also, es tut sich sehr, sehr viel!

Und es gibt auch eine Umstellung im System auf ein NEF-System, das auch hier implementiert werden soll und eine Verbesserung und eine bessere Versorgungssicherheit garantieren soll.

Auch schon angesprochen wurde die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Notärzte. Hier haben wir einiges vor. Es ist vorgeworfen worden im Ausschuss, dass es keine Inhalte dazu gäbe zu diesem Vorschlag um die Rahmenbedingungen zu ändern. Es gibt schon auch einiges, das in der Pipeline ist. Das sind auf der einen Seite qualifizierte Experten in der präklinischen Notfall-

versorgung. Wir haben das Thema Paramedic schon angesprochen und wollen hier auch entsprechende Fortschritte erzielen. Wir haben, was die überbordenden Dokumentationsaufgaben der Ärzte betrifft, auch verlangt, dass es hier Vereinfachungen geben soll. Und wir wollen natürlich auch in der praktischen Ausbildung der Allgemeinmediziner eine Überarbeitung haben, sodass auch für die Zukunft die Versorgung der Bevölkerung mit notärztlichen Leistungen im Bundesland Niederösterreich entsprechend abgesichert werden kann. Daher bitte ich auch um breite Zustimmung zu diesem Antrag. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Huber.

Abg. Ing. Huber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eine Gesundheitsdebatte muss, glaube ich, emotional geführt werden. Ich glaube, das ist eine unserer Aufgaben, eine unserer Grundaufgaben als Politiker, dass wir die politischen Rahmenbedingungen festsetzen, die die medizinische Versorgung unserer Landsleute sicherstellt. Daher ist hier Emotion angebracht und auch notwendig.

Und ich glaube, wenn man immer wieder dann behauptet oder wenn wir kritisieren, wenn irgendwelche Vorgänge, die zuviel Geld kosten, wo unserer Meinung nach das Geld einfach in falsche Kanäle fließt, wenn wir hier Kritik üben, dann ist das nicht landesfeindlich. Sondern es ist unsere Aufgabe, das hier klarzulegen, wohin die medizinische Versorgung gehen muss.

Und es ist, wie Kollege Bader schon gesagt hat, wir machen es auch, es ist unsere Aufgabe. Und es ist im Gesundheitsbereich die Aufgabe, dass wir es machen und nicht nur sprechen. Es ist unsere Verpflichtung dem Bürger und dem Gesetzgeber gegenüber, dass wir „machen“. Dass wir im Gesundheitswesen die Grundvoraussetzungen schaffen, dass unsere Bürger keine Angst haben müssen wenn sie in einen medizinischen Notfall verwickelt sind.

Zur Finanzierung ist auch angesprochen worden, die ersten 4,16 Millionen Euro würde ich finden in den Eigenverlagen der Landeskliniken-Holding. Ich glaube, das wäre einmal ein Beginn, woraus man einiges investieren könnte in das Notarztwesen des Landes Niederösterreich. Wir haben, und das hat auch Landeshauptmann-Stellvertreter 2014 schon festgestellt, dass wir im Notarztwesen ein Problem haben. Das ist mittlerweile auch schon wieder ein gutes Jahr her, dass es einfach

zu wenig Ärzte gibt in diesem Beruf oder welche, die diese Aufgabe zusätzlich zu ihrer normalen Tätigkeit noch ausüben.

Auch die NÖ Ärztekammer im Namen des Vizepräsidenten Dr. Gerrit Loibl, selbst ein Notarzt, hat das festgestellt. Und stellt auch fest, dass die finanziellen und organisatorischen Bedingungen endlich geändert werden müssen, dass hier wieder die Dienstpläne erstellt werden können damit man auch die Notarzt-Stellen besetzen kann.

Auch wenn die Kollegin Scheele das sagt, nein, Kollege Bader war es, Entschuldigung, sagt, okay, wenn ein Notarzt im Einsatz ist und dann ein zweiter Unfall passiert, dass dann der Nachbar, der benachbarte Notarzt ausrückt. Das ist eine Selbstverständlichkeit! Aber was nicht passieren darf, dass eine Notarztstelle von Haus aus nicht besetzt ist und daher der weiter weg angesiedelte Notarzt ausrücken muss. Das darf nicht unser Zugang im Notarztwesen sein!

Wogegen ich mich auch ganz besonders verwehre ist, was immer wieder propagiert wird und wofür es Ausbildungsplätze gibt, die so genannten Paramedics. Es ist wichtig, dass wir Notfallsanitäter haben, dass Notfallsanitäter auch bei einem Unfall oder bei Einsätzen dabei sind. Aber ein Notarztsanitäter kann nie den Notarzt ersetzen! Da müssen wir das Geld in die Hand nehmen, da müssen wir auch jetzt mit der 48-Stundenregelung für die Ärzte, die sie nur mehr arbeiten dürfen, da müssen wir investieren. Und da müssen wir organisatorisch, aber auch in der Ausbildung was unternehmen damit hier Anreize geschaffen werden, dass sich Ärzte - ich meine, wir haben sehr viele Ärzte in Ausbildung -, dass die auch ihren Dienst in Niederösterreich antreten.

Man hat diese 48 Stunden nicht aus Jux und Tollerei eingeführt, sondern es war sinnvoll, dass man die Arbeitszeit der Ärzte begrenzt. Damit sie fit und ausgeruht im Notfall operieren können oder die Versorgung durchführen können. Und wenn man jetzt wieder versucht, das auszuweiten, dann ist das, glaube ich, nicht der richtige Weg. Weil dann hat man erst wieder die erschöpften Ärzte, die im Notfall vor Ort sein müssen. Wir fordern daher, dass wir unseren Versorgungsauftrag ernst nehmen und durch finanzielle Anreize und organisatorisch das in die Wege bringen, damit Ärzte in Niederösterreich Dienst tun. Und es ist möglich. Es ist auch unsere Aufgabe. Daher unser Antrag *(liest:)*

„Abänderungsantrag

der Abgeordneten Ing. Huber und Gabmann zu Ltg. 786-1/A/39 Antrag gem. § 34 LGO 2001 der

Abg. Bader und Ing. Huber betreffend ‚Sicherstellung der notärztlichen Versorgung‘ betreffend Sicherung der notärztlichen Versorgung in NÖ.

Schon im September 2014 stellte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka als NÖGUS-Vorsitzender fest, dass es zu wenige Notärzte gibt. Auch das Rote Kreuz hat wiederholt vor einem Personalmangel bei Notärzten gewarnt.

Ebenso hat die NÖ Ärztekammer auf einen akuten Notarztmangel hingewiesen. So stellte der Vizepräsident der NÖ Ärztekammer, Dr. Gerrit Loibl, selbst Notarzt, fest, dass die finanziellen und organisatorischen Bedingungen offenbar so schlecht sind, dass die Dienstpläne nicht mehr besetzt werden können.

Im Laufe des Jahres 2015 war in diversen Bezirken Niederösterreichs kein ordnungsgemäßer Notarzt-Dienst gesichert, wie etwa in Hollabrunn, Waidhofen an der Thaya und Scheibbs.

Wesentlicher Grund für diesen Notärzte-Mangel ist die seit Anfang letzten Jahres geltende neue Arbeitszeitregelung für Spitalsärzte. Diese dürfen jetzt nur noch 48 Stunden pro Woche arbeiten und können somit oft nicht mehr zusätzlich als Notärzte im Rahmen ihres Dienstverhältnisses tätig sein. Man hat die Arbeitszeit der Spitalsärzte mit 48 Stunden pro Woche begrenzt, damit nicht erschöpften Ärzten Fehler passieren.

Seit Beginn heurigen Jahres wird die notärztliche Tätigkeit der Spitalsärzte aber als selbstständige Arbeit eingestuft. So wie früher arbeiten daher viele Ärzte wieder mehr als 48 Stunden pro Woche.

Jene, die solche Gesetze zu verantworten haben und riskieren, dass erschöpfte Ärzte operieren, spielen mit der Gesundheit der Patienten. Die Politik ist gefordert, endlich wieder mehr Spitalärzte anzustellen, damit die Gesundheitsversorgung im Krankenhaus sowie die Notärzte gesichert sind.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle der gegenständlichen Landesgesetze zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen, die eine derartige Entlohnung der in den NÖ Krankenhäusern tätigen Ärzte vorsieht, womit sich genügend viele Spitalärzte zur Sicherung der Gesundheitsversorgung sowie der notärztlichen Versorgung in NÖ anstellen lassen.“

Ich glaube, hier ist jeder Cent richtig investiert. Gesundheitspolitik, Notfallmedizin, das ist kein parteipolitisches Thema. Das ist ein Thema, das wir von den Bürgern übertragen bekommen haben, wo wir die Aufgabe haben, wirklich dafür zu sorgen, dass das reibungslos und für jeden in der notwendigen Zeit und im notwendigen Ausmaß erfüllt wird. Und daher bitte ich, dass wir in diesem Thema weiterhin sehr emotional diskutieren, aber machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Mag. Karner: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Ing. Huber und Gabmann vor, der nicht ausreichend unterstützt ist. Ich stelle daher zunächst die Unterstützungsfrage. *(Nach Abstimmung:)* Das ist nicht die Mehrheit. Kommt nicht zur Abstimmung!

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Hauptantrag. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 786-1/A-3/94, Antrag gemäß § 34 der Abgeordneten Bader und Ing. Huber betreffend Sicherstellung der notärztlichen Versorgung:)* Das ist einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zum Geschäftsstück Ltg. 777-1/A-3/88, Ltg. 778-1/A-3/89 und Ltg. 780-1/A-3/91, Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer und Landbauer betreffend umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Seniorbereich. Ich ersuche Frau Abgeordnete Hinterholzer, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich berichte zu Ltg. 777-1/A-3/88, Ltg. 778-1/A-3/89 und Ltg. 780-1/A-3/91, zum Antrag der Abgeordneten Hinterholzer und Landbauer gem. § 34 LGO betreffend umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Seniorbereich.

Der Antrag lautet *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern,
 - Maßnahmen im Sinne der Antragsbegründung zu ergreifen, die die Einstellung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern forcieren und dazu führen, dass Betriebe

wieder vermehrt Personen aus der Generation 50+ einstellen,

- Verhandlungen im Sinne der Antragsbegründung aufzunehmen, um für Bezieher einer Ausgleichzulage im Sinne einer unbürokratischen, antragslosen Vorgehensweise eine Ausweitung der Erlangung von Gebührenbefreiungen im Rahmen der jeweiligen Anspruchsberechtigung zu gewährleisten und
- zur besseren Ermöglichung der Pflege zu Hause eine einmalige lineare Erhöhung des Pflegegeldes im zweistelligen Prozentbereich zur Abdeckung des Kaufkraftverlustes vorzusehen sowie in der Folge eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes sicherzustellen.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO werden die Anträge Ltg. 777/A-3/88-2015, Ltg. 778/A-3/89-2015 und Ltg. 780/A-3/91-2015 mit erledigt.“

Ich ersuche um Einleitung der Debatte und um Durchführung der Abstimmung.

Zweiter Präsident Mag. Karner: Danke! Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Naderer.

Abg. Naderer (FRANK): Danke sehr, Herr Präsident!

Wie schon in den Ausführungen der Berichtstatterin angekündigt, wurden drei Geschäftsstücke auf ein Geschäftsstück zusammengelegt. Ich beschäftige mich hier jetzt mit der Altersarbeitslosigkeit und mit entsprechenden Maßnahmen dagegen so wie sie im Punkt 1 des Antrages angeführt sind.

Wir haben grundsätzlich mehrere Varianten zur Bekämpfung dieser Altersarbeitslosigkeit. Eine davon sind Maßnahmen, die die Menschen in Beschäftigung halten. Das müssten dann aber solche sein, die dann die Atmosphäre in der Unternehmenslandschaft verbessern.

Eine weitere Maßnahme ist dann eine Wiedereingliederung in unterschiedliche Erwerbsprozesse. Und dann teilt sich das schon ein bisschen auf. Weil wir können dann schon differenzieren zwischen den selbständig Erwerbstätigen und den unselbständig Erwerbstätigen. Und die dritte Variante, die ich in den vorliegenden Anträgen, Zusatzanträgen und auch in den Ausführungen noch nicht so vernommen habe, das ist, völlig neue Wege zu gehen im Unternehmertum, im Bereich des Kreierens neuer Wertschöpfungsprozesse. Wir brauchen arbeitsteilige Wertschöpfungsprozesse

und davon möglichst viele kontinuierliche, meine Damen und Herren.

Und wir brauchen Wertschöpfungsprozesse, die den Steuertopf ergänzen. Das heißt, das ist Privatwirtschaft, die Löhne, Sozialversicherungsbeiträge, Steuern erwirtschaftet, möglichst kontinuierlich und nicht solche, wo wir praktisch über Arbeitsplätze in der Nähe der öffentlichen Hand, von öffentlichen Institutionen aus diesem Steuertopf wiederum Geldmittel zehren.

Das Kreieren von neuen Wertschöpfungsprozessen ließe sich durchaus auch mit Gesetzgebung realisieren. Ich nenne hier nur ein Beispiel. Wir haben ja auch die Förderung der thermischen Sanierung. Das läuft schon so lange, dass man sagen kann, mittlerweile ist thermische Sanierung *lowtech*. Innovation. Technologie sieht anders aus! Und ich war erst kürzlich auf der Hausbau und Energiespar Messe Tulln. Und ich habe leider Gottes vermisst Anbieter im Bereich der Gebäudeautomatisierung. Denn diese Gebäudeautomatisierung ist ein Bereich, der auch Energie einspart. Der auch klimaschonend ist. Und der vor allen Dingen einen sehr, sehr regionalen Support benötigt.

Das heißt, die Elektriker vor Ort, die Informatiker vor Ort hätten hier ein Betätigungsfeld. Also wenn wir uns jetzt im Bereich der Energieeffizienz ein wenig neu orientieren wollen, technologieorientiert orientieren wollen, dann wäre hier schon ein Ansatz vorhanden.

Und wenn ich mir die Anträge, die Zusatzanträge, die hier eingebracht werden, so ansehe, so sind die so formuliert als hätten sie Parteistrategen formuliert. Nämlich es gilt, den Bestand zu halten. Doch mit Bestand halten wird es nicht getan sein. Wir haben in Österreich zur Zeit 450.000 Arbeitslose (*Beifall bei Abg. Naderer*) und ein kleiner Betrieb hat Mühe, vier Arbeitsplätze zu schaffen. Denken wir daran, 10 Prozent dieser 450.000 Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, so brauchen wir schon gute Ideen. Wir brauchen sehr gute Ideen! Wir brauchen Innovation! Und was wir sicher weniger brauchen, sind in diesem Zusammenhang Museen.

Wenn ich hier den Antrag der Abgeordneten Königsberger, Waldhäusl, den Zusatzantrag zum FPÖ-Seniorenmodell für Niederösterreich mit dem Bonus-Malus-System mir ansehe, so ist der zu unterstützen. Keine Frage. Aber der Bereich wird es nicht werden. Damit kriegen wir in Niederösterreich keine 4.000 Leute zusätzlich wieder in Beschäftigung. Das müssen die Unternehmer umset-

zen. Aber davor muss die Politik entsprechend in Forschung und Innovation investieren.

Der nächste Antrag von der SPÖ-Fraktion, da ist auch wiederum die Evaluierung des Bonus-Malus-Systems angesprochen. Das ist okay. Aber ich habe dann schon ein Problem wenn ich mich beschäftige mit der Einführung eines Überstunden-Euros, ja?

Wir haben einen Antrag, der ist witzig gegliedert. Da ist ein Punkt volkswirtschaftlich, der andere Punkt ist betriebswirtschaftlich. Und der dritte Punkt ist wieder volkswirtschaftlich. Ich kann jetzt vom Staat viel fordern und ich kann von Unternehmen viel fordern. Aber ich kann in einer Zeit, wo die Atmosphäre aus den verschiedensten Gründen vergiftet ist, nicht Dinge fördern, die nichts bringen. Eine Verteuerung von Überstunden, meine Damen und Herren, wird keine Arbeitsplätze schaffen. Sondern das wird die Laune der Unternehmer entsprechend vermiesen.

Die erwähnten Maßnahmen sind grundsätzlich zu begrüßen, Kollegin Vladyka. Nur, die innerbetriebliche Kalkulation, können wir das wirklich noch den Unternehmern überlassen? Sind wir uns da einig, dass das, ja ... Und darf er dann entscheiden, ob das eine Maßnahme ist, die für sein Unternehmen sinnvoll ist, oder wollen wir ihm das verordnen? Dann wird wieder der eine oder andere Unternehmer sagen okay, danke, das war's. So mach ich da nicht mehr weiter.

Es ist natürlich jetzt leicht zu fordern, die Menschen in Beschäftigung zu halten, ja? Es ist natürlich leicht, wieder Attraktivität für neue Arbeitsplätze irgendwie zu bekommen. Aber es ist, meines Erachtens, viel einfacher, Anreize zu schaffen, dass Menschen Unternehmen gründen. Und dass auch ältere Menschen Unternehmen gründen.

Aber hier gibt es eine Schräglage, eine Schiefelage, eine Diskrepanz. Diese Diskrepanz ist die so genannte Möglichkeit einer Teilpension oder die erweiterte Altersteilzeit. Die gilt ja nur für unselbständig Erwerbstätige.

Bei all den hier diskutierten Überlegungen wird stets auf die Option, dass ehemalige Dienstnehmer auch Dienstgeber werden könnten, immer wieder verzichtet. Erst kürzlich hat die Bundeswirtschaftskammer die Zahlen von 2015 veröffentlicht. Und bei dieser Veröffentlichung hat man auch erfahren, dass das Durchschnittsalter, also der typisch durchschnittliche Gründer eines Unternehmens 37 Jahre alt ist, männlich. Okay, 6 von 10 sind Männer. Aber wenn der Durchschnitt 37 Jahre alt ist,

dann gibt's Menschen, die 50 und älter sind und noch in die Selbständigkeit einsteigen. Die gibt es.

Ich frag mich schon, warum überlegen wir uns nicht, dass wir denen dann noch zusätzlich einen Anreiz dafür geben. Diese Programme, die wir hier vorsehen, die bringen keinen spürbaren finanziellen Anreiz für Neugründer über 50. Wir brauchen hier entsprechende Sonderfinanzierungsmodelle, oder auch - Dr. Leitl hat das angeregt – oder auch ein Steuermodell, wo Investmentkapital, Risikokapital dann entsprechend bis zu einem gedeckelten Beitrag von der Steuer abgesetzt werden kann. Warum denn auch nicht?

Wenn jemand privat einem Unternehmer Geld gibt, Risiko eingeht, warum kann man das nicht irgendwie steuerlich begünstigen? Und alle bestehenden Fördermodelle, wie dann die Kollegen von der ÖVP wahrscheinlich wieder vorexerzieren werden, die es gibt, sind gut und schön. Aber die sind mit so großen bürokratischen Hürden bepflanzt, dass die Attraktivität für Kleinstunternehmer einfach enden wollend ist.

Es wäre daher ein Gebot der Stunde, für reifere, neue Selbständige ein Modell zu schaffen, das dem der Altersteilzeit, der Teilpension für unselbständig Erwerbstätige entspricht. Methoden, um ein solches Modell umzusetzen, sind viele denkbar. Etwa mit einem verminderten Sozialversicherungsbeitrag oder einem ab 54/55 gedeckelten Sozialversicherungsbeitrag, damit dieser Mensch in der Existenzsicherung diese Position einfach kalkulieren kann. Weil große Konzerne werden diese Leute nicht mehr gründen. Die wollen ihre Existenz sichern. Diese Chance sollten wir ihnen geben.

(Dritter Präsident Gartner übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe dafür auch einen Antrag vorbereitet *(liest:)*

„Antrag

des Abgeordneten Walter Naderer gemäß § 60 LGO 2001 zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 778-1/A-3/89-2015 betreffend Schaffung von Anreizen für ‚Reife Neue Selbständige‘ der Altersgruppe 50+- adäquates Modell zur bereits bestehenden Altersteilzeit.

Laut vorliegendem Antrag stellt die, im Arbeitslosenversicherungsgesetz seit 1.1.2016 neu geregelte Möglichkeit einer Teilpension (erweiterte Altersteilzeit), einen wichtigen Ansatz dar, um Menschen länger in Beschäftigung zu halten.

Bei all den hier diskutierten Überlegungen wird leider stets auf die Option bzw. den durch ehemalige Dienstgeber ausgeübten Druck zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit, auch auf Dienstnehmer über 50 vergessen.

Laut den im Jänner 2016 von der BWK veröffentlichten Daten über Unternehmensneugründungen steigt auch die Zahl der Neugründer in der Generation 50+. Wenn der durchschnittliche Gründer männlich und 37 Jahre alt ist, dann kann man abschätzen, dass es auch viele weit ältere Unternehmensgründer gibt.

Grundsätzlich sind alle angebotenen Unterstützungsprogramme der unterschiedlichsten Institutionen zu Unternehmensgründung zu begrüßen, inhaltlich stellen diese Projekte jedoch stets ein direktes Förderprogramm für Beratungsunternehmen dar, die ja ihrerseits wieder die größte Fachgruppe unter den Neugründern bilden. Keines der Programme birgt einen spürbaren finanziellen Anreiz und keines kann für Gründer über 50 eine für diese Altersgruppe geeignete Sonderfinanzierung anbieten. Dabei wäre gerade im Bereich der Risikofinanzierung oder der innerfamiliären Haftung für Kredite viel Spielraum für die Schaffung steuerlicher Begünstigungen für private Geldgeber. Auch Haftungsfonds der öffentlichen Hand für Mikrokredite wären eine Lösung. Alle bestehenden Fördermodelle haben unzählige bürokratische Hürden, die ihre Attraktivität auf Kleinstunternehmer entsprechend schmälern.

Ein weiterer Grund für die negative Entwicklung am Arbeitsmarkt ist auch in NÖ eine steigende Zahl von Betrieben, die mangels Nachfolger geschlossen werden. Auch hier fallen jährlich Arbeitsplätze weg.

Es wäre daher ein Gebot der Stunde für reifere ‚Neue Selbstständige‘ ein Modell zu schaffen, das dem der Teilpension für unselbständig Erwerbstätige entspricht. Viele aus dieser Altersgruppe haben sich im bisherigen Berufsleben Werte geschaffen, die einen Anspruch auf soziale Abfederung, etwa durch eine Mindestsicherung, erschweren. Um hier nun einen attraktiven Einstieg in die Existenzsicherung durch selbständige Erwerbstätigkeit zu schaffen, ist eine Gleichstellung von unselbständig mit selbständig Erwerbstätigen dringendst geboten.

Hier wäre etwa mit einem verminderten Sozialversicherungs-Beitragssatz und einer Deckelung dieses Satzes bei Unterschreiten einer definierten Einkommensgrenze anzustreben. Da für Versicherte der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft für Leistungen der Krankenversicherung

ein Selbstbehalt eingehoben wird, könnte im Zusammenspiel mit dem bereits bestehenden Gesundheitsuntersuchungsmodell ein von den ursprünglichen Antragstellern angesprochenes Bonussystem eingearbeitet werden.

Hier wäre statt dem bereits bestehenden Bonus der Halbierung des Selbstbehaltes, ein gänzlicher Wegfall desselben, bei Erreichen der Gesundheitsziele sinnvoll.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einer Gleichstellung aller älteren Erwerbstätigen unabhängig davon, ob sie unselbständig oder selbständig erwerbstätig sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Haftungsfond für Mikrokredite einzurichten, über den alle Wirtschaftstreibenden in NÖ –

also auch die Landwirte -

„unkompliziert Ausfallhaftungen für Betriebsmittelkredite bis € 10.000,- beantragen können.“ –

Antrag ist eine Sache, Bewilligung ja dann eine ganz andere. -

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese ein Sozialversicherungsmodell für selbständig Erwerbstätige ausarbeitet, das im Sinne der Antragsbegründung eine Gleichstellung dieser Gruppe mit Jenen ermöglicht, die Altersteilzeit beanspruchen.“

Es gibt hier, wie schon erwähnt, eine Benachteiligung. Diese stört eben die ohnehin schon etwas vergiftete Atmosphäre in der Unternehmenslandschaft. Danke! (*Beifall bei FRANK.*)

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Enzinger.

Abg. Enzinger MSc (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir Grüne werden heute dem § 34-Antrag der ÖVP zu Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Seniorenbereich zustimmen. Es wurden, wie wir eh alle wissen, 3 FPÖ-Anträge zusammengefasst und die komplette Verantwortung auf den Bund abgeschoben. Der Mobilitätspass ist aus dem ursprünglichen

Antrag leider weggefallen. Das war jetzt nur ein Detail am Rande. Aber mir ist schon wichtig, dass wir auch über die Mobilität für Menschen, für langzeitarbeitslose Menschen mit wenig Einkommen, diskutieren.

Wir werden dem Antrag zustimmen, das habe ich schon gesagt. Wir werden auch einigen anderen Anträgen, es kommen heute noch etliche, die Zustimmung geben, weil alle gemeinsam etwas aufzeigen. Was zeigen sie auf? Sie zeigen auf, dass das Problem auf dem Arbeitsmarkt aus dem Ruder läuft. Das etwas getan werden muss. Was jetzt passiert, ist ein Hinterherlaufen, ein Nachjustieren, ein nehmen wir da ein Stück, stopfen wir dieses Loch, versuchen wir es mit diesem Anreiz, probieren wir es mit einem Bonussystem. Das sind alles nur wieder Eingliederungsmaßnahmen, die aber nicht so greifen, wie sie greifen sollten.

Warum nicht? Weil dieses ganze System eigentlich am Kollabieren ist! Das ganze System muss neu aufgestellt werden! Die Anträge von der ÖVP, von der SPÖ und von der FPÖ, auch von Stronach, haben teilweise ihre Berechtigung. Aber wir alle hier wissen, wir brauchen eine grundsätzliche Systemreform. Ich fürchte aber auch gleichzeitig, dass die jetzige Regierung zu visionslos, zu mutlos, vielleicht auch zu feig, zu kraftlos, zu ziellos ist um das zu bewerkstelligen.

Das heißt, wie wird es weitergehen? Das ist eine gute Frage. Wir werden dem einen oder anderen Antrag zustimmen. Den Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt sind bzw. arbeitslos sind, eine Arbeit suchen, wird es nicht helfen. Und wer ist verantwortlich? Wer ist für das Hauptproblem verantwortlich? ÖVP und SPÖ, die nicht miteinander reden. Sind in der Regierung seit Jahren, seit Jahrzehnten und bringen es nicht auf die Reihe, den Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass junge Menschen Arbeit finden, dass aber auch ältere Menschen über 55 Arbeit finden. Das wird in Zukunft das Hauptproblem werden! Und da blockiert, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren die ÖVP. Sie blockiert bei den vermögensbezogenen Steuern, sie blockiert bei den so genannten Wertschätzungsabgaben. Das haben wir alle schon vor vielen, vielen Jahren diskutiert, Wertschöpfungsabgaben, ja.

Das haben wir alle schon vor vielen, vielen Jahren diskutiert, aber es geht nichts weiter. Denn der ÖVP ist es wichtig, dass es der Wirtschaft gut geht. Dass alles nach der Wirtschaft ausgerichtet ist. Aber wie es den einzelnen Menschen in Niederösterreich oder in ganz Österreich geht, das ist nicht das Hauptanliegen. Das ist meine Wahrneh-

mung. (Abg. Erber MBA: Das könnte zusammenhängen!)

Daraus resultiert aus meiner Sicht auch die Politikverdrossenheit vieler Menschen. Nicht nur in Österreich, auch in Niederösterreich. Sie wissen, es muss etwas getan werden. Es kann auch eine harte Maßnahme sein. Aber es muss endlich etwas getan werden. Weil so, wie es jetzt im Moment ist, ist es für viele Menschen einfach untragbar. Jeder zweite Langzeitarbeitslose in Niederösterreich ist bereits über 55 Jahre. Und wir wissen auch aus den Studien, viele auch aus den Gemeinden, dem Bekannten-, Freundeskreis, wenn man länger arbeitslos ist, wird es sehr, sehr schwer, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Wieder dem Erwerbsleben etwas abgewinnen zu können. Weil der Markt das nicht hergibt.

Es ist leider so, dass unsere Wirtschaft nicht so wächst wie wir uns das alle wünschen. Die Zahl der Arbeitssuchenden, vor allem der älteren Personen, die auch oft unverschuldet aus dem Arbeitsleben gerissen werden, wächst stark an. Und daran wird auch in Zukunft sich nicht viel ändern.

Und wir wissen auch, die demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen führen zu einer weiteren, bedeutenden Veränderung in der Bevölkerungsstruktur. Aber es passiert nicht wirklich etwas, sodass wir sagen könnten, wir gehen guten Gewissens in die Zukunft. Es würde nachhaltige Politik in diese Richtung gemacht.

Auch mit der zukünftigen Arbeitsmarktindustrie 4.0 wird es nicht einfacher werden für Arbeitssuchende über 50. Da seh ich leider kaum Chancen. Für mich gibt es zu wenig Maßnahmen. Die, die es gibt, sind wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, das zeigen ja auch die Anträge, das zeigen auch alle Zahlen. Und 9.000 arbeitslose Menschen in Niederösterreich über 50, das ist eine alarmierende Zahl.

Und da helfen auch so kleine Integrationsprojekte nicht oder Versuche nicht, wie es jetzt Frau Landesrätin Bohuslav, leider ist sie nicht da, oder Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka initiiert haben. Dass man versucht, speziell Frauen ab 50 zu sagen, was habt ihr bis jetzt alles geleistet? Ihr habt etwas geleistet. Probiert es doch auf dem Arbeitsmarkt. Auch das wird nicht das Problem am Arbeitsmarkt lösen.

Für mich gibt es viele Problemfelder. Jeder von euch weiß, wo man ansetzen könnte. Aber das Haupt-Grundübel ist, dass wir ein neues System

brauchen. Und daher würde ich meinen, redet miteinander ÖVP, SPÖ, es geht um die Zukunft von uns allen, es geht um die Verantwortung. Wir wissen, ältere Menschen haben vielleicht nicht mehr diese Kraft, vielleicht nicht mehr diesen Enthusiasmus. Aber ihre Vorteile sind die Stärken im sozialen Kompetenzbereich, ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten, Verantwortung zu übernehmen. So wie auch, und das ist erwiesen, die positive Wirkung auf das Arbeitsklima.

Auch bei der Kommunikation mit älteren Kundinnen sind Menschen, die älter sind im Vorteil. Da bin ich der Meinung, das sollte man nutzen und nicht immer nur darauf achten, dass ja es möglicherweise auch einen Nachteil gibt.

Es gibt eine gute Studie vom AMS aus dem Jahre 2014, die aufzeigt, wo die Unternehmen Probleme haben mit älteren Arbeitnehmerinnen. Und laut dieser Studie sind monetäre Anreize für die Aufnahme älterer Beschäftigter und Anreize der Steuer- und Sozialversicherung, Einstellenbeihilfe oder Altersteilzeit eine sehr gute Maßnahme und stoßen auf großes Interesse. Aber das wird niemand „derheben“, sag ich jetzt einmal.

Fakt ist auch, dass es immer weniger Bedarf in den Firmen gibt. Weil die Firmen achten schon sehr darauf, wie viele ältere Arbeitnehmer habe ich im Betrieb. Und nur ein Drittel aller Unternehmen in ganz Österreich beschäftigt Mitarbeiterinnen über 55 Jahren. Und das zeigt auch, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Dienstleistungsbereich sehe ich sehr, sehr viele Möglichkeiten, wo noch Arbeitsplätze zu schaffen sind. Denn wir müssen sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation und ihrem Wohnort später einmal oder wenn sie es brauchen, einen Zugang zu qualitativvoller Pflege und Betreuung haben. Und Angehörige unter der großen Last der Pflege nicht zusammenbrechen. Das heißt, hier könnten genug Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber auch hier bedarf es der Investitionen.

Unabhängig davon, dass Langzeitarbeitslose mit vielen Problemen kämpfen, sie teilweise frustriert sind, in die Isolation gehen. Das Gefühl haben, nicht gebraucht zu werden, wertlos sind, dass sie unbedingt arbeiten wollen, ist da auch natürlich der monetäre Fehlbetrag, der ihnen Monat für Monat fehlt. Und da bin ich der Überzeugung, wenn es in Niederösterreich ein gut ausgebautes öffentliches Netz gäbe, dazu ein leistbares Ticket, wie es in Wien zum Beispiel den Mobilitätspass gibt, dann

könnten Menschen, die keine Arbeit finden, auf der Arbeitssuche sind, langzeitarbeitslos sind oder junge Menschen, die keine Arbeit finden, trotzdem am Sozialleben, am kulturellen Leben teilhaben. Könnten sich engagieren in den diversen Vereinen. Und dafür steht, glaube ich, Niederösterreich schon, dass sehr, sehr viele Menschen sich in Vereinen engagieren. Das könnte dann bewerkstelligt werden.

Und daher, denke ich, gibt es sehr wohl auch einen Zusammenhang mit leistbarer Mobilität, das 365-Euroticket auch in Niederösterreich einzuführen und einem kompletten Neusystem auf dem Arbeitsmarkt. Danke! (*Bifall bei den GRÜNEN.*)

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Meine beiden Vorredner haben ja schon sehr viel Richtiges zu diesem Thema gesagt. Ich möchte zu Beginn eingehen auf bürokratische Hürden, denen unsere älteren Menschen ausgesetzt sind und die einzuebnen sind.

Wir haben in Österreich 226.000 Menschen über 65 Jahre, die von Einkommensarmut betroffen sind. Und es verbergen sich dahinter sehr viele Schicksale. Menschen, die in schlechten Wohnsituationen leben müssen, mangelnden finanziellen Spielraum haben, an sozialer Isolation leiden und auch an einem erhöhten Risiko zu erkranken. Und ich denke, hier gehört angesetzt und hier gehört auch dementsprechend geholfen.

Alarmierend ist auch die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher, die wir in unserem Land haben. Es sind in ganz Österreich 224.209, davon knapp 40.000 in unserem Bundesland Niederösterreich. Diese Menschen bekommen nicht einmal die Mindestpension und sind eben auf die Zuschüsse des Staates angewiesen. Und Österreich hat es sich geleistet im letzten Jahr, in Summe 1.161 EU-Bürgern, und darunter sogar zwei Staatenlosen, diese Zuschüsse zu gewähren. Aber für unsere Menschen wird die Beantragung der Ausgleichszulage wirklich oftmals zum Hürdenlauf, meine Damen und Herren.

Und sie haben Probleme genug, diese Menschen, tagtäglich. Daher soll man ihnen diese Hürden abnehmen und auch den Weg zur Ausgleichszulage vereinfachen. Es soll auch vereinfacht werden der Zugang zur Befreiung von Rezept- und Rundfunkgebühren, vom Serviceentgelt für die E-

Card. All das soll automatisch an den Bezug der Ausgleichszulage gekoppelt sein und nicht separat zu beantragen sein. Da könnte die jeweilige Pensionsversicherungsanstalt mit der Bewilligung der Ausgleichszulage eben diese Formalitäten für diese Menschen gleich miterledigen.

Wir werden diese freiheitlichen Forderungen ja heute in diesem Sinne beschließen. Darüber bin ich sehr froh. Und ich hoffe, dass dies auch eine entsprechende Umsetzung finden wird.

Ich komme jetzt noch zum Pflegegeld. Wir alle wissen, es hat hier Verschlechterungen gegeben. Wieder Verschärfungen mit 1.1.2015. Und wir sind der Meinung, Niederösterreich braucht eben ein Pflegenetz, das jeden Pensionisten auffängt und das keine Ungleichheiten zulässt. Das Problem sind hier nicht in erster Linie die mangelnden Pflegebetreuungsmöglichkeiten, sondern in erster Linie geht's wieder um das Geld, um den schnöden Mammon. Um die finanziellen Möglichkeiten, dass sich unsere Senioren und Pensionisten diese Pflege auch leisten können.

Eine spürbare Anhebung dieses Pflegegeldes könnte diesem Missstand und auch der Entwicklung in Richtung einer Zweiklassenpflege in der Medizin wirklich entgegenwirken. Die jüngst von der Bundesregierung angekündigte Erhöhung des Pflegegeldes um 2 Prozent, das ist wirklich leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn seit der Einführung dieses Pflegegeldes im Jahre 1993 beträgt der jährliche Inflationsverlust in der Pflegestufe 1 1.310,88 Euro, in der Stufe 2 1.014,12 Euro, in der Stufe 3 1.513,44 Euro, in der Pflegestufe 4 2.270,88 Euro, in der Pflegestufe 5 3.081,96 Euro und in der Pflegestufe 6 3.847 Euro, in der Pflegestufe 7 5.420 Euro.

Ich glaube, diese Zahlen machen deutlich, dass man mit dieser kleinen Erhöhung meilenweit von der Realität weg ist! Eine wirkliche Inflationsabgeltung, die den Wert des Pflegegeldes wieder herstellen könnte, glaube ich, die ist wirklich unumgänglich, um der Alters- und Einkommensarmut unserer pflegebedürftigen Menschen entgegenzuwirken. Und das würde auch nicht nur eine Entlastung für unsere Pensionisten bringen, sondern es würde auch dem Staat sehr viel Geld ersparen, da weniger stationäre Pflege in Anspruch genommen werden würde.

Leider wurde in den Jahren 2011 und 2015 der Zugang zum Pflegegeld erschwert und es wurden zu Beginn des Jahres 2015 die Stundenwerte in der Stufe 1 und 2 massiv erhöht. In der Stufe 1 von 60

auf 65 Stunden, in der Stufe 2 von 85 auf 95 Stunden. Meine Damen und Herren! Wir fordern, dass diese Verschlechterungen bei der Pflegegeldbeziehung umgehend rückgängig gemacht werden. Und es muss auch sichergestellt sein, dass es hier nicht wieder zu weiteren Erhöhungen dieser Stundenwerte kommt.

Ich darf dazu auch einen Antrag stellen (*liest:*)

„Zusatzantrag

der Abgeordneten Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer zu Ltg. 777-1/A-3/88-2015, Ltg. 778-1/A-3/89-2015 und Ltg. 780-1/A-3/91-2015 – Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer und Landbauer betr. ‚Umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Seniorenbereich‘ betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – unsoziale Verschlechterungen beim Bezug des Pflegegeldes sofort aufheben.

Mittlerweile ist Altersarmut kein Einzelphänomen mehr, sondern betrifft – nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung – immer mehr Pensionisten. Prekäre Lebensverhältnisse nehmen zu, viele unserer älteren Mitbürger können sich das tägliche Leben nicht mehr leisten. Insbesondere dem Pflegesektor kommt diesbezüglich eine entscheidende Rolle zu.

Sowohl 2011 als auch 2015 wurde der Zugang zum Pflegegeld wesentlich erschwert. Zu Beginn des Jahres 2015 wurden die Stundenwerte für die Pflegestufe 1 und 2 wieder massiv erhöht. So sind nun für die Pflegestufe 1 nicht mehr 60 sondern 65 Stunden, in der Pflegestufe 2 95 statt 85 Stunden erforderlich, um das entsprechende Pflegegeld beziehen zu können. Diese unsozialen Verschlechterungen müssen umgehend rückgängig gemacht werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1) Der NÖ Landtag spricht sich für eine sofortige Senkung der Stundenwerte in den Pflegestufen 1 und 2 auf 60 bzw. 85 Stunden aus.

2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, diesbezüglich bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und zu erwirken, dass die Stundenwerte in den Pflegestufen 1 und 2 sofort auf den Stand vor dem 1. Jänner 2015 gesenkt werden.“

Ich darf dann zum Schluss meiner Ausführungen noch zur Altersarbeitslosigkeit kommen. Es ist halt leider Faktum, dass das höhere Lebensalter am Arbeitsmarkt nicht als Positivfaktor betrachtet wird. Ältere Menschen, die arbeitslos werden, die haben es wesentlich schwerer, wieder am Arbeitsmarkt unterzukommen als jüngere. Das sieht man an den Daten, die sich seit Jahren entwickeln. Da wird dieser Zustand leider dokumentiert. Man sieht die aktuellen Arbeitsmarktdaten. Alleine im letzten Jahr ist in der Gruppe der Menschen ab 50 ein Anstieg in Österreich um 15,7 Prozent auf 85.245 zu beklagen. Und jeder dritte Niederösterreicher ist älter als 50. In den letzten 5 Jahren hat sich die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe in unserem Bundesland bis Oktober 2015 auf insgesamt 16.321 leider fast verdoppelt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, diese Entwicklung, die gehört unbedingt gestoppt. Es handelt sich bei diesen Menschen nicht um Menschen, die zum alten Eisen gehören, nicht zum alten Eisen einer Gesellschaft, sondern um Menschen im besten Alter mit oftmals sehr hoher Qualifikation! Und diese Menschen verfügen über einen großen und enormen Erfahrungsschatz. Von dem, glaube ich, könnten die Arbeitgeber wirklich nur profitieren.

Um diese Menschen der Generation 50+ wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, haben wir hier drei Forderungen gestellt. Was wir wollen ist aber keine Bestrafung der Arbeitgeber durch ein Malussystem, sondern wir wollen die Einführung eines reinen Bonusystems für alle Unternehmer, welche eben diesen Arbeitnehmern und arbeitslosen Menschen über 50 einen Arbeitsplatz geben. Und wir wollen zweitens jene Unternehmer und Arbeitgeber, die Arbeitnehmer über 50 beschäftigen, die sollen von der Entrichtung des Arbeitgeberbeitrages zur Arbeitslosenversicherung in der Höhe von 3 Prozent befreit werden. Und drittens ist bei der Neueinstellung eines Arbeitnehmers über 50 Jahre dem Arbeitgeber darüber hinaus jeweils für alle fünf Jahre durchgehender Beschäftigung eine Bonuszahlung eines Bruttomonatsgehaltes zu gewähren.

Ich darf dazu hier auch folgenden Antrag stellen (*liest*):

„Zusatzantrag

der Abgeordneten Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer zu Ltg. 777-1/A-3/88-2015, Ltg. 778-1/A-3/89-2015 und Ltg. 780-1/A-3/91-2015 – Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinter-

holzer und Landbauer betreffend ‚umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Seniorenbereich‘ betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – Neues Bonus-System zur Verringerung der Altersarbeitslosigkeit.

Es ist leider Faktum, dass höheres Lebensalter am Arbeitsmarkt nicht als Positivfaktor betrachtet wird. Ältere Menschen, die arbeitslos werden, haben es wesentlich schwerer, wieder in den Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden als jüngere Arbeitssuchende. Untermauert wird diese, sich schon seit Jahren dramatisch zuspitzende Entwicklung, durch die aktuellen Arbeitsmarktdaten. Alleine seit dem letzten Jahr ist in der Gruppe der Menschen ab 50 ein Anstieg der Arbeitslosen in Österreich um 15,7 Prozent auf 85.245 zu beklagen. Fast jeder dritte Niederösterreicher ist 50 Jahre oder älter. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe bis Anfang Oktober 2015 auf insgesamt 16.321 fast verdoppelt.

Will man ein Überdehnen der Sozialnetze und eine großflächige Altersarmut verhindern, ist es unbedingt notwendig, diese belastende Entwicklung für die ältere Generation zu stoppen. Es handelt sich nämlich bei ihnen nicht, wie oft fälschlicherweise verbreitet, um das „alte Eisen“ einer Gesellschaft, sondern um Menschen im besten Alter und mit oftmals sehr hoher Qualifikation. Sie verfügen über einen enormen Erfahrungsschatz, von dem Arbeitgeber nur profitieren können.

Um die Generation 50 plus wieder verstärkt in den Arbeitsmarkt einzugliedern, sind sofort Anreize für die Arbeitgeber zu schaffen:

1. Keine Bestrafung durch ein Malus-System, sondern die Einführung eines reinen Bonus-Systems für alle Unternehmen, welche Arbeitnehmern und Arbeitslosen über 50 einen Arbeitsplatz geben.
2. Jene Unternehmer, die Arbeitnehmer über 50 beschäftigen, sollen von der Entrichtung des Arbeitgeberbeitrages zur Arbeitslosenversicherung in der Höhe von 3 % befreit werden.
3. Bei Neueinstellung eines Arbeitnehmers 50+ ist dem Arbeitgeber darüber hinaus jeweils für alle 5 Jahre durchgehender Beschäftigung eine Bonuszahlung in Höhe eines Monatsbruttogehaltes zu gewähren.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um ein neues Bonus-System für Unternehmen, welche Arbeitnehmer über 50 beschäftigen einzufordern.“

Geschätzte Damen und Herren! Ich ersuche Sie im Sinne unserer älteren Menschen, unserer arbeitslosen Menschen über 50 unseren Anträgen die Zustimmung zu erteilen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. Vladyka (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute ein wichtiges Geschäftsstück zur Diskussion und Abstimmung vorliegen. Meine Vorrednerinnen haben das ja schon gesagt. Es befasst sich mit Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und wenn wir hier von ursprünglich drei Anträgen die Rede war, die von Pflegegeld, Bürokratieabbau und einem neuen Bonussystem für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesprochen haben, so wurden diese drei Anträge zusammengefasst und mit einem § 34-Antrag der ÖVP-Fraktion erledigt. Auch wir als SPÖ-Fraktion hätten uns mit diesem § 34-Antrag in einigen Bereichen ja anfreunden können, wären darin nicht wesentliche Punkte enthalten, die unserer Meinung nach nicht gerechtfertigt sind bzw. genau in die falsche Richtung zielen würden.

Wenn die ÖVP in ihrer Antragsbegründung festhält, dass die Gründe für die im Vergleich mit anderen Altersgruppen hohe Arbeitslosigkeit bei der Generation 50+ unter anderem auch steile Lebensverdienstkurven, höhere Urlaubsansprüche für ältere Arbeitnehmer, erschwerte Kündigungsbedingungen für Mitarbeiterinnen über 50 bzw. besondere Schutzbestimmungen zurückzuführen und kontraproduktiv sind, so sind gerade solche Aussagen kontraproduktiv und dienen nur dazu, die Generationen gegeneinander auszuspielen.

Gerade der Umstand, dass es ohnehin nur mehr für bestimmte Gruppen gewisse Schutzbestimmungen gibt, bewahrt ältere Generation davor, dass nicht noch mehr Menschen aus der Arbeitslosigkeit in Pension gehen müssen. Ebenso ist der Wunsch, zur besseren Ermöglichung der Pflege zu

Hause zum Beispiel die einmalige lineare Erhöhung des Pflegegeldes im zweistelligen Prozentbereich zu fordern, zwar etwas, was man sich wünschen kann. Aber woher und wie das finanziert werden soll, von dem ist hier nicht die Rede.

Das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist eine Forderung, die man nur als polemisch bezeichnen kann. Auch wir sind selbstverständlich dafür, dass Pflege leistbarer sein sollte. Auch unser Wunsch ist und war es immer, das Pflegegeld jährlich der Inflation anzupassen. Das ist eine Forderung, meine sehr geschätzten Damen, die eher zu realisieren ist und die wir selbstverständlich auch gerne unterstützen.

Was den Bereich der Einführung eines Bonus-Systems für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen betrifft, darf ich nur anmerken, dass beim Arbeitsmarktgipfel der Regierung im Oktober 2015 ohnehin Folgendes beschlossen wurde: Jene Betriebe, die über dem Branchendurchschnitt Beschäftigungsanteile 55+ liegen, erhalten ab dem 1.1.2018 einen Bonus in Form einer zusätzlichen Senkung der Lohn-Nebenkosten in der Höhe von 0,1 Prozentpunkten des FLAF. Firmen, die die Quote nicht erfüllen, müssen beim Abbau von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die doppelte Auflösungsabgabe zahlen. Stichtag für diese Quotenmessung ist Mitte 2017 und in Kraft treten würde diese Regelung ab 2018.

Das ist meiner Meinung nach ein erster wichtiger Schritt, den man sicher weiter ausbauen bzw. dem sicher weitere Schritte folgen müssen. Für uns ist es wichtig, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, die helfen würden, Menschen auch gesünder und damit auch länger in Beschäftigung zu halten. Eine dieser Maßnahmen wäre die Einführung eines Überstundenneuro zur Finanzierung von gesetzlich verpflichtenden Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung und betrieblichen Wiedereingliederung nach langen Krankenständen.

Eine der Voraussetzungen für eine lange und möglichst kontinuierliche berufliche Tätigkeit liegt in der Reduktion von Überstunden. Das hohe Überstundenniveau kostet nicht nur Arbeitsplätze, sondern geht auch zu Lasten der Gesundheit! Denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die häufig in der Nacht arbeiten oder Überstunden leisten müssen, sind weniger mit dem Arbeitsklima zufrieden. In Österreich leisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rund 240 bis 300 Millionen Überstunden pro Jahr. Damit liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Durch den Zeit- und Leistungsdruck und die damit verbundene längere Arbeitszeit ist die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer sowohl in psychischer als auch in physischer Hinsicht stark gefährdet.

Arbeitszeitverkürzung sichert Lebensqualität und auch Arbeitsplätze. Als ersten Schritt zur Reduktion von Überstunden sollten diese für die Arbeitgeberinnen teurer gemacht werden. Dies soll mit einer Abgabenerleistung von 1 Euro pro Überstunde an die Krankenversicherungsträger erfolgen. Dieser Euro sollte als Überstunden-Euro, Gesundheits-Euro, zweckgewidmet für Zuschüsse zu arbeitgeberseitigen Maßnahmen verwendet werden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf daher namens der SPÖ-Fraktion einen Zusatzantrag zum vorliegenden Antrag einbringen (*liest:*)

„Zusatzantrag

der Abgeordneten Vladyka, Rosenmaier, Gruber, Hahn MEd, Dworak, Gartner, Onodi, Razborcan, Mag. Scheele, Schagerl, Dr. Sidl und Thumpser MSc gem. § 60 LGO zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer und Landbauer betreffend umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Seniorenbereich, Ltg. 777-1/A-3/88, Ltg. 778-1/A-3/91, Ltg. 780-1/A-3/91 betreffend Beschäftigung und Unterstützung älterer ArbeitnehmerInnen.

Ältere ArbeitnehmerInnen sind eine vom anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffene Gruppe. In Niederösterreich waren im Dezember 2015 20.939 Personen über 50 Jahre von Arbeitslosigkeit betroffen, dies entspricht rund 30 Prozent der Gesamtarbeitslosenzahl in NÖ.

Daher ist zum Einen eine Verbesserung der Beschäftigungschancen für diese Gruppe vordringlich, zum Anderen muss die Weiterführung des Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung (zusätzliche Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik) sichergestellt sein.

Beim Arbeitsmarktgipfel der Regierung im Oktober 2015 wurde beschlossen, dass jene Betriebe, die bei Beschäftigungsanteilen im Segment 55+ über dem Branchendurchschnitt liegen, ab dem 1.1.2018 einen Bonus in Form einer zusätzlichen Senkung des FLAF-Beitrages in Höhe von 0,1 Prozentpunkten erhalten. Firmen, die die Quote nicht erfüllen, müssten beim Abbau von MitarbeiterInnen und Mitarbeitern die doppelte Auflösungsabgabe zahlen. Diese beträgt derzeit 118.- Euro.

In Österreich gibt es rund 15.500 Unternehmen, die 25 oder mehr ArbeitnehmerInnen be-

schäftigen. Hinsichtlich der Beschäftigung Älterer (55 plus) zeigt sich hier ein sehr unterschiedliches Bild:

Nur rund 5.000 Unternehmen erfüllen die Quote, während bei 9.000 Unternehmen zwischen einem und zehn ältere Beschäftigte (in Summe rund 30.000) fehlen.

Im Regierungsprogramm ist das Ansteigen des faktischen Pensionsalters auf 60,1 Jahre festgelegt. Das bedeutet, dass der Anteil der über 55-Jährigen an den Beschäftigten in den ö. Unternehmen von 11 auf 14 Prozent steigen muss. Um ein solches Ziel zu erreichen, braucht es ein System, das neben allen Förderungen für Unternehmen (die AMS-Mittel für Eingliederungsbeihilfen und auch die Förderungszeit wurden im letzten Jahr stark erhöht) auch einen wirksamen Anreiz schafft, mehr Ältere zu beschäftigen.

Daher ist die beim Arbeitsmarktgipfel der Regierung vereinbarte Regelung, wonach Firmen, die die Quote nicht erfüllen, bei Kündigungen nur mit einem Malus zu bestrafen sind, zu wenig und greift zu kurz. Unternehmen, die gar keinen Älteren beschäftigen, würden von einem solchen Modell z.B. gar nicht erfasst. Eine Evaluierung und Schaffung eines echten Bonus Malus Systems scheint daher dringend geboten.

Länger leben bedeutet auch, die Erwerbsarbeit an die demographischen Fakten so anzupassen, dass dieser Entwicklung Rechnung getragen wird.

Es ist jedoch nicht realistisch, dass zum Beispiel in personennahen Dienstleistungen wie in den Pflegeberufen über Jahrzehnte schwere körperliche und psychisch belastende Arbeit geleistet wird, oder dass in manchen Berufen wie am Bau körperliche Schwerstarbeit geleistet wird. Hier sind früh- und rechtzeitig Maßnahmen zu setzen, wie beispielsweise Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten oder der Einsatz von technischen Hilfsmitteln. Wenn Menschen durch die Dauerbelastung krank werden, verlieren sie ihre Arbeit und werden dann auch noch ungerechtfertigterweise auf das geltende Höchstalter zur Pension verwiesen. Faktum ist, dass gesundheitlich beeinträchtigte Menschen nicht wieder eingestellt werden, sondern dauernd arbeitslos bleiben. Ein weiteres Faktum ist, dass ältere ArbeitnehmerInnen keinen besonderen Kündigungsschutz genießen und, sollten sie ihren Arbeitsplatz verlieren, nur mehr geringe Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz mit einem existenzsichernden Einkommen haben.

Es ist deshalb dringend notwendig, ein System aus Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit, zur Schaffung von mehr altersgerechten

Arbeitsplätzen und zur Schaffung von Anreizen zum Verbleib in der Erwerbsarbeit zu erarbeiten, dies auch unter Einbeziehung der Arbeitgeber. Mit der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und gesunden Arbeitsplätzen kann die Erwerbsfähigkeit erhalten und länger ausgeführt werden.

Eine der Voraussetzungen für eine lange und möglichst kontinuierliche berufliche Tätigkeit liegt in der Reduktion von Überstunden. Das hohe Überstunden-Niveau kostet nicht nur Arbeitsplätze, sondern geht auch zu Lasten der Gesundheit. Durch den Zeit- und Leistungsdruck und die damit verbundene längere Arbeitszeit ist die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen sowohl in physischer als auch in psychischer Hinsicht stark gefährdet.

Arbeitszeitverkürzung sichert Lebensqualität (und auch Arbeitsplätze). Als erster Schritt zur Reduktion von Überstunden sollen diese für die ArbeitgeberInnen teurer gemacht werden. Dies soll mit einer Abgabenleistung von 1 Euro pro Überstunde an die Krankenversicherungsträger erfolgen. Dieser Euro sollte als ‚Überstunden-Euro‘ zweckgewidmet für Zuschüsse zu arbeitgeberseitigen Maßnahmen wie obligatorische Betriebliche Gesundheitsförderung, altersgerechte Adaptierung von Arbeitsplätzen und Betriebliche Wiedereingliederung nach langen Krankenständen verwendet werden.

Das ausgeprägte Gesundheitsrisiko am Arbeitsplatz zeigt, dass diese Maßnahme nicht länger aufgeschoben werden darf.

Eine weitere wichtige sozialpolitische Maßnahme stellt das Pflegegeld dar. Seit über 20 Jahren gibt es das Pflegegeld, das 5,3 Prozent der Bevölkerung beziehen. Mit dem Pflegegeld wird ein Teil der pflegebedingten Mehraufwendungen durch eine Geldleistung abgegolten. Dadurch soll die notwendige Pflege gesichert und ein möglichst selbstbestimmtes und bedürfnisorientiertes Leben ermöglicht werden.

Inbesondere soll die Entscheidung über die Verwendung des Pflegegeldes und die Wahl der Betreuungsart dem Pflegebedürftigen überlassen werden. Gleichzeitig sollen durch das Pflegegeld familiäre und ambulante Pflege gefördert werden. Erfahrungen zeigen jedoch auch, dass gerade in den Pflegestufen 1 und 2 vielfach das erhaltene Pflegegeld nicht für professionelle Hilfe in Anspruch genommen wird, was zu einem Reformschritt in diesen Pflegestufen geführt hat. Dennoch sollte für eine leistbare Pflege das Pflegegeld regelmäßig in gleicher Höhe wie die Pensionen, nämlich in Abhängigkeit von der Teuerungsrate, erhöht werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung mit folgenden Forderungen vorstellig zu werden:

- Evaluierung des Bonus Malus Systems für ältere Arbeitnehmer und anstelle der Auflösungsabgabe Schaffung einer neuen spürbaren Abgabe für alle Betriebe, die nicht genug Mitarbeiter über 55 Jahren beschäftigen,
- Einführung eines ‚Überstunden-Euros‘, um diese Mittel zweckgebunden für Zuschüsse zu arbeitgeberInnenseitigen Maßnahmen der obligatorischen Betrieblichen Gesundheitsförderung, der altersgerechten Adaptierung von Arbeitsplätzen sowie der Betrieblichen Wiedereingliederung nach langen Krankenständen zu verwenden, und
- Schaffung gesetzlicher Vorgaben zur regelmäßigen Anpassung des Pflegegeldes in Relation der Teuerungsrate.“

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich ersuche Sie, unserem Antrag zuzustimmen und danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erber.

Abg. Erber MBA (ÖVP): Geschätzte Herren Präsidenten! Meine Damen und Herren!

Ich hoffe, Sie sind jetzt nicht sanft entschlummert bei diesem Vortrag. Daher in aller Kürze gleich zum Antrag.

Wissen Sie, ich habe genau aufgepasst, Frau Abgeordnete Vladyka und geschätzte Damen und Herren. Es ist ja nicht so, dass wir da von zwei Welten sprechen. Hand aufs Herz: Niederösterreich ist geprägt von einem sehr starken Klein- und Mittelunternehmertum. Und sehr viele werden jetzt das Verhältnis der Unternehmer zu ihren Mitarbeitern kennen. Da ist ja viel mehr Einheit, als da hier beschrieben wurde. Da gibt's ja nicht den reichen Unternehmer auf der einen Seite, der sozusagen nicht will, dass er seinem Arbeitnehmer das gibt, was er ihm geben kann und was ihm zusteht. Sondern sehr oft ist es so, dass es gemeinsame Ziele gibt. Und die Arbeitnehmer wissen sehr genau,

dass sie mit ihrer Leistung das Unternehmen stützen. Und die Unternehmer wissen auch, was sie an einem Arbeitnehmer haben, an einem guten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit komm ich auch schon zu Ihrem Antrag, weil der passt mir eh recht gut herein. Wissen Sie, Österreich zahlt Abgaben wie fast noch nie zuvor. Und ich kann nur noch einmal wiederholen: Das Unsozialste was ein Staat machen kann, ist es, pleite zu sein. Denn wo nichts mehr ist, da kann nichts mehr gegeben werden und da hört sich letztlich auch die Sozialpolitik auf. Man kann jetzt hier alles fordern, nur irgendwann wird man es nicht mehr bezahlen können.

Ich sage das auch in aller Klarheit, damit wir uns richtig verstehen. Ich hab großes Verständnis wenn man von Firmen spricht wie Amazon oder wie Starbucks, wenn die sehr wenig Steuern zahlen oder fast keine Steuer zahlen, dass man da nachschaut und dass man sich überlegt, wie man sie auch am gerechten Anteil beteiligen kann, dass sie ihre Steuern zahlen wie jeder andere Klein- und Mittelbetrieb auch.

Nur, jetzt möchte ich schon ganz in aller Kürze auf eine Studie aus der Schweiz von IMT verweisen, die uns sagt, Österreich hinkt im Wirtschaftswachstum um 1 Prozent hinter dem europäischen Schnitt nach. Und beim Wirtschaftsstandort waren wir 2007 an 11. Stelle unter 61 untersuchten Regionen. Wissen Sie: 2015 sind wir nicht mehr auf Platz 11 sondern auf Platz 26!

Jetzt komm ich zu Ihrem Antrag, ja, zu Ihrem Überstunden-Euro, der das noch ein bisschen teurer macht. Wissen Sie, worin wir auf Platz 59 sind von 61 untersuchten Regionen? Bei Steuern und Abgaben! Und Ihre Antwort lautet jetzt sozusagen, noch mehr Steuern und noch mehr Abgaben einzuhoben. Also wenn Sie glauben, dass das die Arbeitslosigkeit verringern kann ... Wir sind inzwischen mit den Schulungen bald auf 500.000. Wir sind mit 280.000 Mindestsicherungsempfängern sehr weit fortgeschritten. Und Ihre Antwort ist eine Verteuerung der Lohn- und Lohnnebenkosten. Ich glaube, das wird wohl jeder wissen, dass das nicht die Antwort sein kann.

Vielmehr geht's darum, und das ist kurz durchgekommen, unsere Mittel- und Kleinbetriebe zu stärken, dass sie im ureigensten Sinn wieder unternehmerisch tätig werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß schon, Sie kommen dort nicht hin. Aber reden Sie einmal wirklich, und Sie können mir

ja nicht sagen, dass das alles nichts ist, aber reden Sie wirklich einmal mit gestandenen Unternehmerfamilien, wie die derzeit ihre Sorge ausdrücken. Wie schwierig es momentan ist, wie schwierig das Umfeld ist, wie schwierig die Rahmenmaßnahmen sind. Also hier sich herzustellen und zu glauben, die Wirtschaft macht nicht, was sie kann, also das glaube ich überhaupt nicht ganz. Im Gegenteil, die Wirtschaftstreibenden und Unternehmer sind genauso wie die Arbeitnehmer sehr bemüht!

Und jetzt, weil ich zugesagt habe, nicht zu lang zu reden, Abgeordneter Königsberger, ganz kurz: Sie haben gesagt, Rezeptgebührenbefreiung. Ein Ausgleichszulagenbezieher ist von den Rezeptgebühren befreit. Und das war dieser Landtag, der das beschlossen hat, dass jeder andere nicht mehr zahlt als 2 Prozent seiner Nettopension und ab dann aber automatisch befreit ist. Das heißt, da bekommen Sie dann auf Ihr Rezept unten den Stempel drauf und ab diesem Zeitpunkt zahlen Sie keine Rezeptgebühr mehr.

Ich möchte das nur deswegen sagen, weil das eine Pionierleistung gerade dieses Landtages war. Wir haben das gefordert und das ist dann auf Bundesebene auch umgesetzt worden.

Das, was Sie sagen mit der Erhöhung der Zugangsbeschränkungen beim Pflegegeld Stufe 1 und 2, da muss ich Sie korrigieren. Das ist nicht einmal passiert, sondern sogar zweimal. Und dahinter steckt ... *(Abg. Waldhäusl: So grauslich seid ihr!)*

Nein, so grauslich nicht nicht wir! Sondern dahinter steckt einmal mehr der Satz: Pleite sein ist unsozial! Das heißt, gerade deswegen ist es auch so wichtig, dass wir darauf schauen, dass wir unsere Ausgaben in den Griff bekommen. Damit wir dementsprechend solche Maßnahmen nicht machen müssen. *(Beifall bei Abg. Dr. Laki.)*

Und Hand aufs Herz: Wir haben hier immer, und das ist auch dokumentierbar, wir haben hier immer Maßnahmen und machen es auch in diesem § 34-Antrag, immer Maßnahmen zur Absicherung des Pflegegeldes und zur Kaufkraft des Pflegegeldes gefordert. Aber Hand aufs Herz: Das war schon der Sozialminister, der damit er mit seinem Budget ausgekommen ist, diese Maßnahmen ergriffen hat und zweimal das Pflegegeld erhöht hat. Da kann man schon sagen, der Sozialminister Hundstorfer hat zweimal den Pflegegeldzugang erhöht. Sozialminister Hundstorfer hat das gemacht! *(Abg. Waldhäusl: Aber im Parlament habt ihr es schon mitgetragen!)*

Ja, ja!

So. Damit noch ganz, ganz kurz, wo kann die Zukunft hingehen? Ich glaube, das ist bei den Worten schon durchgekommen. Hingehen kann es nur dort, dass man wieder einen Zusammenhang herstellt.

Das heißt, Österreich muss wieder auf eine Basis kommen, wo etwas erwirtschaftet wird, damit man etwas verteilen kann. So kann es ein Privater machen in seinem Haushalt. Und ein Staatshaushalt ist auch ein Haushalt. Zuerst ist etwas zu erwirtschaften und dann zu verteilen. So wie Sie es vorschlagen, zuerst zu verteilen, das funktioniert nicht. Darum sind wir so hoch bei der Abgabenquote. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Gartner: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Zu diesem Geschäftsstück liegt ein Antrag des Abgeordneten Naderer vor, der ist nicht ausreichend unterstützt. Ich stelle die Unterstützungsfrage. *(Nach Abstimmung:)* Das ist die Minderheit. Damit wird dieser Antrag nicht abgestimmt.

Ich komme zum Hauptantrag Ltg. 777-1/A-3/88, Ltg. 778-1/A-3/91, Ltg. 780-1/A-3/91, § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer und Landbauer betreffend umfassende Maßnahmen zur Unterstützung älterer ArbeitnehmerInnen im Seniorbereich. *(Nach Abstimmung:)* Das sind die GRÜNEN, die ÖVP, die Liste FRANK und die FPÖ. Damit ist dieser Antrag angenommen!

Zu diesem Antrag gibt es drei Zusatzanträge. Der erste Zusatzantrag von den Abgeordneten Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – unsoziale Verschlechterungen beim Bezug des Pflegegeldes sofort aufheben. *(Nach Abstimmung:)* Das ist die Liste FRANK und die FPÖ, damit ist dieser Antrag in der Minderheit geblieben und abgelehnt!

Nächster Zusatzantrag der Abgeordneten Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer betreffend FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – neues Bonus-System zur Verringerung der Altersarbeitslosigkeit. *(Nach Abstimmung:)* Das ist die FPÖ und zwei Stimmen der Liste FRANK und die GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag in der Minderheit geblieben, abgelehnt!

Dann gibt es einen nächsten Zusatzantrag der Abgeordneten Vladyka, Rosenmaier, Gruber, Hahn ME, Dworak, Gartner, Onodi, Razborcan, Mag.

Scheele, Schagerl, Dr. Sidl und Thumpser MSc gemäß § 60 LGO betreffend Beschäftigung und Unterstützung älterer Arbeitnehmerinnen. *(Nach Abstimmung:)* Das sind die GRÜNEN, die SPÖ und Abg. Dr. Laki. Damit ist dieser Antrag in der Minderheit geblieben und abgelehnt.

Wir kommen zur Debatte der Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Dr. Pernkopf betreffend finanzieller Probleme im Zivilschutzverband Niederösterreich, Ltg. 800/A-5/153. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich darf zu Beginn gleich den Antrag stellen auf Nicht-Kennntnisnahme dieser Anfragebeantwortung durch den Landesrat Dr. Stephan Pernkopf, Ltg. 800/A-5/153, und werde das jetzt noch begründen.

Es ist wieder einmal, wie es heute schon die Kollegin Krismer erwähnt hat, eine Beantwortung, die keine ist. Es ist eigentlich eine Verhöhnung des Landtages. Es ist eine Missachtung des Landtages, so quasi, habt mich alle gern, ich sag euch nichts. Volkstümlich kann ich es nicht sagen, aber küsst mir halt die Rückseite, so ähnlich kommt mir diese Beantwortung vor.

Ich bin schon gespannt, was der Kollege Kainz dann dazu sagen wird. Ich weiß nicht, was soll da wieder zugedeckt, was soll vertuscht werden? Ich bin schon gespannt was du dann sagst. Ich bin auch gespannt, ob wir vielleicht dann morgen in Tulln Aufklärung kriegen, wie es da aussieht bei diesem Verband finanziell und was da los war, was da los ist.

Weil es gibt schon so eine Antwort, so zwischen den Zeilen. Der NÖ Zivilschutzverband auf die Frage, ob er irgendwelche Verbindlichkeiten gegenüber den Mitarbeitern hat, ob er keine Gehälter an die hauptberuflich tätigen Mitarbeiter ausbezahlt hat. Dann die Antwort: Der Zivilschutzverband wird ausgeglichen bilanzieren im Jahr 2015 und allen seinen Verbindlichkeiten, insbesondere auch jenen gegenüber seinen hauptberuflich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachkommen.

Das heißt, durch die Blume hat man eigentlich quasi zugegeben, dass sehr wohl Verbindlichkeiten vorhanden waren gegenüber den Mitarbeitern. Es war auch die Frage, wie viele Mitarbeiter sind betroffen und seit wann. Da war die Frage, um welchen Betrag handelt es sich hierbei. Es war die

Frage, wer dafür verantwortlich zeichnet. Es war die Frage, ob daraus personelle Konsequenzen gezogen worden sind und welche.

Keine Antwort! Es war eine Frage, was sind die Ursachen für diese prekäre Finanzlage des Zivilschutzverbandes. Keine Antwort! Frage 6: Bestehen im Zivilschutzverband weitere Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern, nicht nur gegenüber den Mitarbeitern? Wenn ja und in welcher Höhe? Wieder wenn ja, wer zeichnet dafür verantwortlich? Keine Antwort!

Frage 7: Welches Kontrollsystem bezüglich der Finanzgebarung ist in den Satzungen des NÖ Zivilschutzverbandes vorgesehen? Keine Antwort! Frage 8: Wurden in dieser Funktionsperiode regelmäßig Kassaprüfungen durchgeführt und mit welchem Ergebnis? Keine Antwort! Sind welche durchgeführt worden? Sind keine durchgeführt worden? Ich sag es euch einfach nicht.

Frage 9: Sind in der Buchführung dieses Verbandes Unregelmäßigkeiten aufgetaucht oder zu beobachten? Wenn ja, wer ist dafür verantwortlich? Wenn ja, wurden daraus personelle Konsequenzen gezogen und welche? Keine Antwort! Geht euch nichts an im Landtag.

Frage 10: Wurden seitens des Landes Niederösterreich dem Zivilschutzverband bereits Förderungen, die über den Voranschlag 2015 hinausgehen, zugesagt oder zuerkannt? Keine Antwort! Geht dich auch nichts an, Herr Abgeordneter. Geht überhaupt niemanden da herinnen was an.

Meine Damen und Herren! Das ist keine Antwort! Das ist wirklich eine Verhöhnung. Sowas kann man nicht zur Kenntnis nehmen. Deshalb eben dieser Antrag auf Nichtzurkenntnisnahme. Und ich bitte Sie auch, diesem Antrag von mir zu folgen. Dankeschön! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kainz.

Abg. Kainz (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Herren Präsidenten! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Königsberger! Sich zu diesem Zeitpunkt da herauszustellen und zu behaupten, dass diese Anfragebeantwortung eine Verhöhnung des Landtages ist, halte ich wirklich für stark. (*Abg. Waldhäusl: Was für ein Zeitpunkt ist besser?*)

Aber ich glaube, dass der Zeitungsartikel „finanzieller Fehlalarm beim Zivilschutzverband“ ei-

gentlich die Sache auf den Punkt bringt. Weil damals hat schon die Zeitung darüber geschrieben, dass diese Anfrage, die Sie gestellt haben und in den Raum gestellt haben, dass der Zivilschutzverband hier seinen Aufgaben nicht nachkommen kann und noch dazu auf die hauptamtlichen Mitarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes losgeht und sie verunsichert. Weil Sie in aller Öffentlichkeit behaupten, dass der Zivilschutzverband hier auch die Gehälter nicht zahlen kann, ist das in Wahrheit eine Verunsicherung, so wie ich mir Sachpolitik zum Wohle der Bevölkerung gerade in dieser sensiblen Frage der Sicherheit in Wahrheit nicht vorstelle.

Ja, es stimmt, wenn wir jetzt zurückblicken auf die Landtagssitzung, auf die Budgetlandtagssitzung im Juni des Vorjahres, dass im Voranschlag, im Haushaltsjahr 2016 und 2017 300.000 Euro budgetiert sind und der Landtag diese auch beschlossen hat. Und wenn man jetzt die Gebarung des Verbandes und des Vereins Zivilschutzverband kennt, weiß man, dass man mit 300.000 Euro plus die rund 220.000 Euro an Mitgliedsbeiträgen, die der Zivilschutzverband durch seine Mitgliedsgemeinden erhält (diese sind steigend), trotzdem seinen Aufgaben, nämlich die Gehälter der hauptamtlichen Mitarbeiter, die Informationsveranstaltungen und all die Aufgaben, die der Zivilschutzverband zu erledigen hat, nicht erledigen kann.

Zu diesem Zeitpunkt gab's aber bereits intensive Gespräche mit dem jetzigen Präsidenten Abg. a.D. Ing. Hofbauer und auch mit dem verantwortlichen Regierungsmitglied, nämlich Landesrat Dr. Pernkopf und den Verantwortlichen im Verband. Als uns bewusst war, dass wir hier diese Situation auch nützen wollen, um uns einerseits neu zu strukturieren, auch eine Neuausrichtung wahrzunehmen und dieser Prozess, der ein äußerst sachlicher, ein sehr, sehr konstruktiver war mit der Generalversammlung am morgigen Tag, wo du ja dich auch der Wahl stellen wirst – nicht nur ich, auch du wirst dich der Wahl stellen –, sozusagen hier seinen Abschluss findet.

Ich bin stolz darauf, dass der Zivilschutzverband in guter Kooperation mit dem zuständigen Regierungsmitglied Landesrat Pernkopf und auch in guter Kooperation mit dem Finanzlandesrat Mag. Sobotka auch finanziell in Zukunft so ausgestattet sein, dass wir unseren Aufgaben, die wir bis jetzt gehabt haben, gerecht werden können und uns den Aufgaben, die wir uns in Zukunft stellen wollen, auch stellen können.

Deswegen möchte ich auf deine Aussagen, nämlich Verhöhnung, Missachtung, küss mir die Rückseite, im Detail gar nicht eingehen. Weil heute

ist eines ganz klar geworden: In Wahrheit ist die Verunsicherungspartei in dem Land die Freiheitliche Partei. Und sonst niemand, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was nämlich noch dazu kommt, dass die Anfrage der Freiheitlichen Partei am 7. Dezember eingebracht worden ist und am 27. November in einer Vorstandssitzung in Hadersdorf-Kammern einstimmig der Rechnungsabschluss 2014, einstimmig der Voranschlag 2015 und einstimmig der Voranschlag 2016 von den Funktionären beschlossen wurde. Und das das beste Zeichen dafür ist, dass der Zivilschutzverband zum Ersten in keiner finanziellen Notsituation sich befindet. Dass zum Zweiten das zuständige Regierungsmitglied, Landesrat Pernkopf, in Wahrheit der Sicherheitslandesrat des Landes ist und zum Dritten ich daher voller Überzeugung den Antrag stelle, diese Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Lieber Kollege Kainz! So einfach wird das nicht sein! Und liebe Kollegen der ÖVP, für euch schon gar nicht so einfach! Ich weiß schon, wenn man das alles hinterfragt, dann hat die ÖVP ein Problem damit. Und ich glaube, wir sollten das auch sachlich diskutieren. Denn der Zivilschutzverband als Verein ist eine wichtige Einrichtung. Und daher habe ich, Kollege Kainz, auch bei dieser Budgetdebatte und bereits im Ausschuss dazu die Frage gestellt, ob tatsächlich der Zivilschutzverband seinen Aufgaben mit diesen Budgetmitteln nachkommen kann. Die Antwort war: Ja, selbstverständlich!

Und jetzt muss ich schon euch Kollegen der Mehrheitspartei fragen: Habt ihr es nicht kapiert? Wollt ihr es nicht kapieren oder was war mit euch los? Weil ihr habt dieses Budget gemeinsam mit der SPÖ beschlossen. Ich habe euch ja noch gefragt. Oder habt ihr einfach mich und alle anlügen wollen?

Und genau um diese Sachlichkeit geht's mir. Aber ich komm euch immer wieder drauf, dass ihr entweder lügt, dumm seid oder euch dumm stellt! Und das ist das Problem dabei.

Dritter Präsident Gartner *(gibt Klingelzeichen):* Herr Kollege! Bitte Mäßigung der Worte!

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Ja, es gibt diese drei Möglichkeiten. Und ich lass mich nicht gern belügen. Darum habe ich gefragt, weil mir der Zivilschutzverband am Herzen liegt. Und ihr habt alle ein Budget beschlossen, obwohl ich gefragt habe. Das hättet ihr früher machen können, wie es einen Waldhäusl nicht im Landtag gegeben hat. Aber ich komm euch immer wieder drauf, wo ihr nicht bei der Wahrheit bleibt.

Und dann muss ich auch nachfragen, so Kollege Bader und so, ist es die Belohnung, dass man da auch drinnen gesessen ist und dass man dann Vizepräsident wird. Weil wenn ich mir jetzt die neuen Satzungen anschau und den Wahlvoranschlag, wenn nicht, weil der Kollege Kainz, der künftige Obmann sagt, der Königsberger Erich, der Kollege, stellt sich der Wahl. Der hat ja nur deswegen überhaupt die Möglichkeit sich der Wahl zu stellen, weil er auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung entsandt wird von unserem Gemeindevertreterverband. Sonst hätte sich ja das Schwarz-Rot ausgehandelt, damit noch weniger hinter diese Zahlen kommen könnten ob was passt oder nicht passt. *(Abg. Bader: Aber bis jetzt ward ihr nicht dabei!)*

Du kannst dich zu Wort melden, jetzt bin ich dran!

Dass bei dieser Finanzgebarung nicht alles in Ordnung war, das wissen wir. Aber da muss man halt einmal darüber nachdenken, ob der Präsident und gleichzeitige Geschäftsführer alles in Ordnung gemacht hat. Und ich kann euch eines sagen: Ich kenn euch mittlerweile schon so gut, jeden Einzelnen. Wäre dieser Präsident und Geschäftsführer ein Roter, na den hättet ihr aber zerrissen in der Luft. Aber so, weil der Kollege Hofbauer ein braver Schwarzer war, darum musste man stillhalten.

Ist eh ganz zufällig, dass er jetzt Gott sei Dank in Pension gegangen ist. Jetzt ist er weg und jetzt wird schon Ruhe sein. Nein! Da ist keine Ruhe! Das sind öffentliche Gelder! Und da sind viele ehrenamtliche Mitarbeiter, die es sich nicht verdient haben, dass hier Unregelmäßigkeiten immer wieder im Raum stehen, die aber in keiner Weise entkräftet wurden.

Jetzt können wir darüber diskutieren, ob ihr es im Ausschuss nicht verstanden habt, und jetzt können wir darüber diskutieren, wie ihr es mit Deutsch habt. Wenn eine Anfragebeantwortung dann so lautet: Der NÖ Zivilschutzverband wird 2015 daher ausgeglichen bilanzieren und allen seinen Verbindlichkeiten, insbesondere auch jenen gegenüber seinen hauptberuflich tätigen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern nachkommen. Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern! Ist jetzt alles in Ordnung? Ist es eine Lüge, wenn behauptet wird, es gibt da Probleme? Ist alles in Ordnung? Oder hat der Landesrat tatsächlich, weil er weiß, bei einer Anfragebeantwortung sollte man, nicht so wie im Ausschuss die Unwahrheit sagen, da sollte man aufpassen. Weil es könnte ja sein, dass irgendwann einiges ans Tageslicht kommt.

Und da ist der Landesrat Pernkopf ein Ehrenmann. Er sagt die Wahrheit. Er muss halt nur soviel bekanntgeben, damit es halbwegs in der Diskussion dann standhält und durchgeht. Aber du als Wirtschaftstreuhand wirst mir Recht geben, wenn da steht, Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, dann ist das nicht so, dass die Mitarbeiter dem Unternehmen Geld schulden, sondern eher umgekehrt, oder? Gibt's mir da noch Recht, Kollege Riedl?

Und wenn du als künftiger Obmann dich heute da herstellst und dich darüber ärgerst und sagst, das ist ein Wahnsinn, dass wir das im Landtag diskutieren: Wo bitte, wenn nicht im Landtag? Wir beschließen Gelder für diesen Verband! Was willst du für ein Obmann sein, wenn du sagst, du willst diese Diskussion da nicht führen?

Kollege Königsberger, ich empfehle dir, diesen Obmann nicht zu wählen! Er ist es nicht würdig, Präsident und Vorsitzender dieses Verbandes zu werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und eines geb ich euch noch mit auf den Weg, liebe ÖVP: Wenn ihr Probleme habt in den eigenen Reihen, auch mit dem Personal, mit einem Geschäftsführer, der gleichzeitig Abgeordneter ist: Es ist immer schlecht, zu mauern. Denn es bricht immer wieder was auf. Besser wäre, reinen Tisch zu machen: Es ist passiert. Wir werden es nicht mehr machen.

Der Kollege Bader lacht. Du wirst wahrscheinlich von dem Ganzen gar nichts gewusst haben, oder? Weil darum wirst ja jetzt auch Vizepräsident. Weil du ja nichts mitbekommen hast. Weil ich merke ja, jeder, der nichts mitbekommen hat, steigt jetzt auf. Die Dummen werden Weltmeister! Dankeschön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Gartner: Die Rednerliste ist erschöpft. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, daher ist die Debatte beendet. Es ist ein Antrag eingegangen vom Herrn Abgeordneten Kainz. Er hat den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung:)* Das sind die Stimmen der ÖVP, der SPÖ. Damit ist das

die Mehrheit, gegen die Stimmen der GRÜNEN, der Liste FRANK und der FPÖ. Mit Mehrheit angenommen!

Wir kommen zur Debatte der Anfragebeantwortung von Frau Landesrätin Mag. Schwarz betreffend Landesförderung für Kinderbetreuerinnen, Ltg. 789/A-5/151. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Waldhäusl bitte.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen!

Hier handelt es sich um eine Thematik, die wir sehr sachlich führen können, weil es im Prinzip darum geht, wie die neue Regelung seit dem Budgetlandtag die Gemeinden trifft. Die Anfragebeantwortung, da geht's um die Landesförderung für Kinderbetreuerinnen, war ja früher anders geregelt, wird jetzt durch den Bürokratieabbau gegenverrechnet mit der Sozialhilfeumlage, wo 50 Prozent die Gemeinden zu tragen haben. Und auf Grund der Finanzstärke der Gemeinden, wissen wir eh alle, die das Geschäftsstück kennen, wie das damals alles passiert ist und wie es auch dann im Landtag mehrheitlich beschlossen wurde.

Jetzt gibt es viele Gemeinden, die merken, weil das sind ja alles Vorausrechnungen, und dann erst durch den Rechnungsabschluss kennt man dann die tatsächlichen Zahlen, dass viele Gemeinden schlechter gestellt sind. Und ich komm aus einer Gemeinde, wo ich Vizebürgermeister bin und für Finanzen zuständig bin, sage, mir fehlen fast 50.000 Euro. Und ich kenn andere Gemeinden, die sagen, ja, bei uns ist es nicht so viel, aber mir fehlt auch etwas.

Ich habe noch keine Gemeinde gefunden, die gesagt hat, sie wird jetzt mehr bekommen. Aber die werden sich wahrscheinlich nicht melden. *(Abg. Mag. Riedl: Wie wirst du Finanzreferent wenn du nicht rechnen kannst?)*

Tatsache ist, dass uns 50.000 fehlen. Und die Anfragebeantwortung sagt zwar, dass das möglich ist, aber sagt eigentlich nichts anderes, als dass man das intern ausgeglichen sehen muss. Also wird es Gemeinden geben, die mehr bekommen. Jetzt muss man einmal nachdenken, ob das auf Grund der Finanzkraft, wo es gesetzlich, glaube ich, im § 59 geregelt ist, ob das auch gerecht ist. Weil dann würden ja jene Gemeinden, die viel mehr an Kindergartenleistungen haben, im Endeffekt eigentlich dafür bestraft werden.

Aber im Detail beantwortet ist es eigentlich nicht. Und ich glaube, dass das einfach ein

Sachthema ist, worüber wir uns gemeinsam einmal unterhalten müssen bzw. beim nächsten Budgetlandtag, wenn die Rechnungsabschlüsse dann auch dementsprechend da sind. Ob es jetzt insgesamt fürs Land billiger oder teurer geworden ist, wird man dann wahrscheinlich gegenüberstellen können. Aber ich glaube nicht, dass es in Ordnung ist, dass Gemeinden jetzt auf Grund dieser Regelung gegenseitig sich so verschieben, dass man zweimal bestraft wird. Nämlich durch die Finanzkraft - und das sind ja die Gemeinden, die mehr an Wirtschaftskraft haben, wo auch mehr Menschen leben, wo ich auch mehr an Leistungen für die Familie aufbringe, dass ich dann unterm Strich 50.000 weniger jetzt einmal im Budget habe.

Kollege Riedl, du weißt sehr wohl, was das anbelangt, soviel kann ich rechnen, dass mir das abgeht. Das ist ja etwas, was man über die Parteigrenzen hinweg sehen muss. Weil ich habe einen ÖVP-Bürgermeister und den schmerzen die 50.000 genauso wie mich, weil wir die zusätzlich aufbringen müssen. Das hilft nichts, die gehen ab!

Und das ist einfach etwas, wovon ich glaube, die Anfragebeantwortung schaut halt so aus wie sie jetzt ausschaut, hat aber das Problem in sich natürlich nicht aufgezeigt und kann es auch nicht lösen. Lösen muss man es, wenn man es ändern will, politisch. Und ich werde sicher im Zuge der Budgetdebatte dann wieder einfordern, dass man sich das wirklich im Detail anschaut. Ich stelle den Antrag, dass wir es nicht zur Kenntnis nehmen. Obwohl ich weiß, dass wir, egal wie die Abstimmung dazu ausfällt, das Problem nicht ändern. Doch ich hoffe, dass ihr versteht, worum es mir wirklich geht. Es ist ein Unterschied ob man so wie vorher eine Anfragebeantwortungsdiskussion auch aus politischen Gründen macht, weil deswegen sind wir auch Politiker, oder ob man dies auch sachpolitisch macht. Das ist eine rein sachpolitisch orientierte Thematik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Gartner: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dworak.

Abg. Dworak (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zum Antrag der FPÖ Landesförderungen für Kinderbetreuerinnen, ein ganz kleiner und auch klarer Hinweis in diesem Zusammenhang: Bei den Verhandlungen im Kommunalgipfel ist es darum gegangen, dass wir feststellen als Gemeinden, dass der NÖKAS und die Sozialhilfeumlage die größten Preistreiber in den Gemeindebudgets sind. Und dass es uns hier zweifelsfrei gelungen ist, bis

2018 eine deutliche Entlastung für die Gemeindebudgets zustandezubringen.

Ich sage das deshalb, weil wir natürlich auch im Bewusstsein dessen leben, dass dieser Bereich der Pflege einer ist, der eine gute Nachricht hat. Demografisch werden wir alle älter. Wenn ich den 60. Geburtstag hier zitiere. Frank Schiermayer sagt, der 60-Jährige ist 38 Jahre im Vergleich zu früher. Das ist eine gute Nachricht. Aber das heißt auch, dass der Pflegeaufwand steigt und wir uns ausrechnen können, als Gemeindevertreter, dass wir hier enormes Potenzial benötigen. Wenn du dir diese Zahlen anschaut, Gottfried *(Waldhäusl)*, auch im Budget ganz klar ausgewiesen, so halte ich fest, dass die Gesamtzahlen stimmen. Es haben sich auch zwei, drei, vier Gemeinden an mich gewandt, die sagen, es geht sich nicht aus, da fehlen 5.000. Bei dir sind es mehr. Aber die Gesamtsummen der Frau Landesrätin hier in ihrer Anfragebeantwortung stimmen. Und ich sage auch, die Situation wird sich verbessert. Wir haben in Wirklichkeit diese 17,6 Millionen Euro, die das Land für die Kinderbetreuerinnen zuschießt, getauscht. 2016 beträgt die Einsparung 18 Millionen, 2017 schon 22,3 Millionen, 2018 27,1 Million und 2019 32,3.

Das ist die Wahrheit! Ich glaube, das war ein guter Tausch. Uns ist bewusst, es gibt ein paar Gemeinden, die gerechnet haben auf Grund der Finanzkraft, das geht sich nicht ganz aus. Aber ich sage hier, ein Gutteil der NÖ Gemeinden hat im heurigen Jahr schon davon profitiert und deshalb werden wir diese Anfragebeantwortung zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und Teile der ÖVP.)*

Dritter Präsident Gartner: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Moser.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich gebe dem Kollegen Schneeberger völlig Recht, ich brauch im Prinzip nur mehr feststellen, Kollege Dworak hat das richtig kommentiert, der Herr Präsident. Weil Präsident Dworak war ja gemeinsam mit Präsident Riedl federführend daran beteiligt, dass dieser Kommunalgipfel zustande gekommen ist. Und lieber Kollege Waldhäusl, es ist völlig richtig, dass natürlich die Situation in den Gemeinden bezüglich Sozialhilfeaufwand unterschiedlich ist, bezüglich Kinderbetreuungsaufwand unterschiedlich ist, und daher das Ergebnis natürlich nicht für jede Gemeinde genau am Cent das gleiche ist. Durchaus unterschiedlich, keine Frage.

Aber ich glaube, wir müssen rückblickend festhalten, dass es im Kommunalgipfel gelungen ist, dass wir im Kommunalgipfel schon 2014 die Steigerungsbeträge der Sozialhilfe für die Gemeinden eingedämmt haben. Erinnert euch zurück, da hat es zweistellige Steigerungsbeträge in Prozenten gegeben. Und es wurde damals festgelegt, 3,5 Prozent Steigerung 2016 und dann jeweils 5,5 Prozent.

Da wurde nachgebessert! Und zwar wurde im Juni 2015 dann vereinbart, dass nicht 3,5 Prozent, sondern 4 Prozent Senkung beschlossen wird für die Sozialhilfe, für die Gemeinden. Jetzt rechnen wir die Steigerung dazu, dann sind wir bei 7,5 Prozent und umgerechnet eben bei den genannten rund 18 Millionen Euro.

Faktum ist, dass die Leistungen, die die Gemeinden bekommen, allein im Jahr 2016 18 Millionen betragen. Der Kollege Dworak hat es bereits angesprochen. Das steigt dann bis 2019 auf 32 Millionen. Da kann man ganz einfach zusammenfassend festhalten, dass es sich insgesamt um eine für die Gemeinden positive Regelung handelt. Und dass vor allem eines damit noch begleitend gelun-

gen ist, dass die Transfers reduziert werden. Dass damit Verwaltung eingespart wird. Und das Besondere daran ist, das nicht nur von der Stunde 1, sondern nachhaltig. Weil wenn der Betrag einmal niedriger festgesetzt wird, dann ist auch bei den Steigerungen von einem geringeren Betrag auszugehen. Und so profitieren die Gemeinden nachhaltig davon. Daher stelle ich den Antrag, der Anfragebeantwortung zuzustimmen und diese zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Gartner: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Debatte ist damit beendet. Es liegt ein Antrag vor von den beiden Abgeordneten Dworak und Moser, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung:)* Das ist mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der Liste FRANK die Mehrheit.

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung ist für den 18. Februar 2016 in Aussicht genommen. Die Einladung und die Tagesordnung werden im schriftlichen Weg bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 18.11 Uhr.)*